



Seite 15



Seite 2



Seite 6



Seite 19

# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Ministerpräsident Dr. Markus Söder während seiner Regierungserklärung im Plenarsaal des Bayerischen Landtags. Bildarchiv Bayerischer Landtag/Foto: Rolf Poss

**Bayerische Krisenbewältigung:**

## Hilfe, Sanktionen und Schutz des Landes

Regierungserklärung von Ministerpräsident Söder im Bayerischen Landtag

„Wir sind alle Ukrainer in dieser Zeit“, konstatierte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei seiner Regierungserklärung im Bayerischen Landtag. Vor dem Hintergrund des andauernden Krieges in der Ukraine und seinen immer spürbareren Folgen für das Leben der Menschen in Bayern zeigte sich Söder beeindruckt von der Solidarität und dem Mitgefühl der Bürger, die Spenden und Hilfsgütertransporte organisierten und auch hier vor Ort den Geflüchteten in jeder erdenklichen Weise Unterstützung zukommen ließen. Ebenso dankte er den Kommunen für ihren großen Einsatz bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge.

Der Ministerpräsident machte deutlich, dass er auch den Bund in der Verantwortung sieht. Neben dem Kostenersatz für die unmittelbare Unterbringung der Geflüchteten gelte das vor allem für die Wirtschaft. Söder stellte sich ausdrücklich hinter die beschlossenen Sanktionen, verwies aber auf die Verantwortung für die soziale Lage im eigenen Land.

Nach seinen Worten fußt die Handlungsstrategie Bayerns auf drei Säulen: Hilfe, Sanktionen und Schutz des Landes. Besonders die Sanktionen im Finanz- und Energiesektor träfen Russland hart. Dies habe aber auch Konsequenzen für Deutschland. Ziel sei es, in der Energiefrage komplett unabhängig von Russland zu werden. Daher müsse der Bund einen Energie-Notplan

vorlegen, um einen realistischen Weg zum energiepolitischen „Independence Day“ einzuschlagen. Topografisch und geografisch sinnvoll sollten die erneuerbaren Energien ausgebaut und darüber hinaus die Laufzeiten der noch am Netz befindlichen deutschen Kernkraftwerke verlängert werden.

### 500 + x neue Windräder

Im Rahmen eines Windgipfels werde sich die Bayerische Staatsregierung auch der Frage des Windenergieausbaus in Bayern widmen. 500 + x neue Windräder wolle man auf den Weg bringen, betonte Söder, wandle sich aber zugleich gegen die pauschale Kritik an den bayerischen Abstandsregeln. „10 H ist eine Form der Bürgerbeteiligung“, so der Ministerpräsident, der zudem darauf hinwies, dass 61 Prozent der Klagen gegen Windkraftanlagen von Umwelt- und Naturschutzverbänden kämen.

### Topthema Energie

Da Energie das Topthema für die Bürgerinnen und Bürger sei, forderte Söder die Ampelregierung in Berlin erneut zu klarem Handeln auf: „Keine Mini-Pakete, sondern eine deutliche Entlastung.“ Der Spritpreis müsse sinken, es brauche eine Entlastung um rund 50 Cent bei Benzin und Diesel. Darüber hinaus sei es notwendig, die Pendlerpauschale zu erhöhen, die Stromsteuer zu senken, einen Industriestrompreis einzuführen und den Heizkostenzuschuss für sozial Schwächere zu verdoppeln.

Zu den Lehren der Krise gehöre auch, eine neue Wertschätzung für die heimische Lebensmittelproduktion zu zeigen. Flächen müssten erweitert werden, aber es sei ebenso notwendig, die Landwirtschaft von den Betriebsgrößen her neu zu denken. Das Credo laute: Familienbetriebe statt Agrarfabriken! Söder erneuerte dabei den Vorstoß, regionale Lebensmittel- (Fortsetzung auf Seite 4)

### Bayerischer Krankenhaustrend 2022:

## Kliniken fürchten rote Zahlen

Zwei Jahre Corona-Pandemie haben Spuren hinterlassen. Dies macht sich in der neuesten Umfrage zum Bayerischen Krankenhaustrend (BKT) bemerkbar, den die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) bei einer Pressekonferenz im Münchner Presseclub vorstellte. Neben der regelmäßigen Erhebung der wirtschaftlichen Situation wurden bis Ende Februar Daten zur Impfpflicht, zum Ausbildungs- und Fachkräftemangel, zur Digitalisierung und zum aktuellen Kostendruck, insbesondere bei der Energieversorgung, erhoben.

„In bayerischen Krankenhäusern bedrohen die akuten Folgen des Kampfes in der Pandemie die nötigen Weichenstellungen für die Zukunft. Personell und finanziell ist die Kraft verbraucht“, unterstrich Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der BKG. Fast zwei Drittel der bayerischen Kliniken schrieben nach ihren Worten vergangenes



Roland Engehausen, Geschäftsführer BKG. Bild: Eduard Fuchshuber

## Heimische Rohstoffe sind unverzichtbar

Virtuelle GZ-Expertenrunde im Rahmen des Bayerischen InfrastrukturForums 2022

Mineralische Rohstoffe sind für die industrielle Wertschöpfung und den Erhalt unseres Wohlstands von grundlegender Bedeutung. Doch kann die Rohstoffindustrie längst nicht auf alle Lagerstätten zurückgreifen, müssen doch u.a. zahlreiche konkurrierende Nutzungen, wie Wasserschutz- und Landschaftsschutzgebiete, Wohn- und Gewerbegebiete sowie Verkehrsflächen berücksichtigt werden. Nicht zuletzt stellt dieser Mangel an geeigneten Verfüllstandorten die Gemeinden bei der Entsorgung von Bodenaushub vor große Herausforderungen. Lösungen und Argumentationshilfen lieferte hierzu eine GZ-Online-Expertenrunde zum Thema „Heimische Rohstoffe“. Entwickelt wurde das praxisnahe Programm gemeinsam mit dem Bayerischen Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden (BIV).

150 Mio. Tonnen beträgt der Bedarf an Gesteinsrohstoffen in Bayern pro Jahr, betonte eingangs Moderatorin und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel. Deutschland sei in der glücklichen Lage, mit mineralischen Rohstoffen gesegnet zu sein und diese regional fördern zu können. „Das macht uns unabhängig von Importen und schon die Umwelt durch kurze Transportwege.“

### Spagat zwischen Bedenken und gesellschaftlichem Auftrag

Ohne Frage sei eine Rohstoffgewinnungsstätte zunächst ein

Eingriff in die Landschaft – jedoch in vielerlei Hinsicht ein positiver, so von Hassel. Kommunale Entscheider befänden sich hier oft im Spagat zwischen Bedenken der Bevölkerung und dem gesellschaftlichen Auftrag, den alltäglichen Bedarf zu decken.

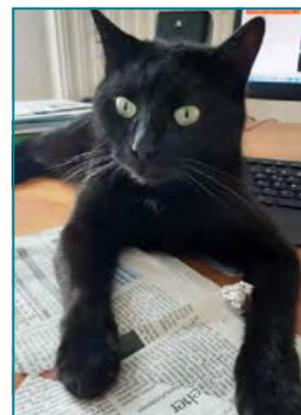
### Hintergrundwissen und stringente Kommunikation

Gefragt seien Hintergrundwissen und eine überzeugende Kommunikation, denn von den vielen Aspekten der Rohstoffgewinnung vor Ort könnten Gemeinden und sogar die Natur profitieren.

Ein Plädoyer für Baumaterial aus der Region hielt Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger in seinem Grußwort. Kies, Sand und Naturstein bezeichnete er als Grundlage wirtschaftlicher Aktivitäten zahlreicher mittelständischer Unternehmen, die seit Generationen in Bayern verwurzelt seien. Wohnungsbau und Infrastrukturprojekte würden boomen, hier würden Rohstoffe dringend benötigt. Wirtschaft und Politik zögen daher an einem Strang, um die Akzeptanz für die heimische Rohstoffgewinnung weiter zu erhöhen und regionale Versorgungsstrukturen voranzutreiben.

### Recyclingmöglichkeiten verbessern

Dr. Bernhard Kling, Geschäftsführer des Bayerischen Industrieverbands Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV), wies in seinem Impulsvortrag darauf hin, dass der jährliche Flächenbedarf zur Rohstoffgewinnung im Freistaat ca. 860 Hektar beträgt. Dies entspräche lediglich 0,01 (Fortsetzung auf Seite 4)



„Kann man Dreads jetzt nicht mehr tragen, einfach weil man sie schön findet?“ Unser Rathauskater Pino ist irritiert, dass sich unsere wokene und verbohrtene Jugend das Recht herausnimmt, allein aufgrund von Äußerlichkeiten Rückschlüsse auf eine vermeintlich rassistische Grundeinstellung ziehen zu dürfen. Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Innenminister Herrmann legt Kriminalstatistik vor	2
Landräte fordern mehr Mitsprachrechte	2
Holetscheck: Von positiven Beispielen lernen	2
GZ-Kolumne Josef Mederer: ZAMMA-Festival des Bezirks Oberbayern	3
60 Gesundheitsregionen plus in Bayern	3
Kompensation der Gewerbesteuer 2021	4
Kommunikationstechnik • IT • Breitband	5 - 11
Umwelt • Abfall	12 - 13
Garten- und Landschaftsbau • Forst • Kommunalfahrzeuge	14 - 15
Aus den bayerischen Kommunen	16 - 20

## Polizeiliche Kriminalstatistik 2021:

## Weniger Straftaten, hohe Aufklärungsquote

„Bayern ist und bleibt in Deutschland im Bereich der Inneren Sicherheit Spitzenreiter.“ Darauf verwies Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorlage der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2021. Nach seinen Worten „hatten wir vergangenes Jahr die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit 44 Jahren. Gleichzeitig steigerte die Bayerische Polizei ihre Aufklärungsquote auf den höchsten Stand seit 27 Jahren.“ Sicherste Großstadt Bayerns sei erneut Fürth, es folgten Erlangen und München, wie der Minister ergänzte. Damit stehe die Kleblattstadt bereits zum 18. Mal in Folge an der Spitze.

Das polizeiliche Einsatzgeschehen sei vor allem im ersten und vierten Quartal des vergangenen Jahres stark von der Verschärfung der Corona-Schutzmaßnahmen und der daraus resultierenden Intensivierung der Polizeikontrollen geprägt gewesen, erläuterte Herrmann. „Darüber hinaus war die Polizei ganzjährig gefordert, unzählige Versammlungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie mit höchster Sensibilität zu betreuen.“

Auch machte der Minister deutlich, dass aufgrund der coronabedingten Einschränkungen zahlreiche Tatgelegenheiten wegfielen. Beispielsweise waren zeitweise viele Geschäfte geschlossen und es wurde vermehrt zuhause gearbeitet. Infolgedessen hat sich 2021 die Zahl der Wohnungseinbrüche in Bayern nahezu halbiert (-44,5 Prozent auf 2.322 Fälle). Die Zahl der Raubüberfälle nahm um

15,3 Prozent auf 1.819 Delikte ab. Es gab auch deutlich weniger Gewaltkriminalität (16.882 Fälle, -13,5 Prozent). Dazu zählen unter anderem Tötungsdelikte (516 Fälle, 13,1 Prozent) sowie gefährliche und schwere Körperverletzungen (13.439, -13,3 Prozent). „Mit dem Wegfall der Einschränkungen wird auch der ‚Corona-Effekt‘ auf die Kriminalität wegfallen“, erklärte Herrmann. „Das wird sich dann 2022 möglicherweise mit steigenden Deliktzahlen bemerkbar machen.“

### Rückgang bei ausländerrechtlichen Delikten

Zurück ging auch die um rein ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise oder illegale Aufenthalt bereinigte Kriminalitätsbelastung: um 9,8 Prozent auf 3.869 Straftaten pro 100.000 Einwohner (2020: 4.291). Die Zahl der Straftaten ohne ausländerrechtliche Delikte sank um 9,7 Prozent auf 508.387 (2020: 563.187). Mit eingerechnet sind auch die Fälle, bei denen es beim Versuch blieb (33.233, Anteil: 6,5 Prozent). Gleichzeitig stieg die Aufklärungsquote auf 66,9 Prozent (+0,5 Prozentpunkte).

Den größten Anstieg gab es bei der Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (13.664 Fälle, +22,0 Prozent). „Besonders erschütternd

ist die enorme Steigerung im Bereich der Kinderpornografie auf 5.070 Fälle, ein Plus von knapp 84 Prozent“, betonte der Minister, weshalb der Kampf gegen Kinderpornografie und Kin-



Staatsminister Joachim Herrmann  
Bild: Bayerisches Innenministerium

desmissbrauch verstärkt werde: „Unsere hochengagierten Fahnder setzen alles daran, die skrupellosen Täter hinter Gitter zu bringen.“ Problematisch sei aber die faktisch ausgesetzte Verkehrsdatenspeicherung. „Die Ermittlungen gegen Kinderpornografie scheitern häufig, weil Provider keine Verbindungsdaten speichern“, so Herrmann. Die vom Bundesjustizminister geplante Einführung eines sogenannten Quick-Freeze-Verfahrens helfe hier nicht weiter: „Daten, die nicht gespeichert sind, können auch nicht eingefroren werden.“

### Zunehmende Internet- und Cyberkriminalität

Ebenfalls Sorgen bereitet dem Innenminister die zunehmende Internetkriminalität. Herrmann verwies auf 39.469 registrierte Fälle, ein Plus von 10,7 Prozent im Vergleich zu 2020. „Polizeiexperten gehen aber von einem großen Dunkelfeld aus, da viele Internetstraftaten nicht angezeigt werden.“ Daher sein Appell: „Bitte zeigen Sie Straftaten im Internet unbedingt um-

gehend an. Nur so kann die Polizei die Täter sowie deren Hintermänner schnell aus dem Verkehr ziehen und damit andere vor weiteren Straftaten schützen!“

### Präventionsmaßnahmen

Zu den schrecklichsten Ereignissen des vergangenen Jahres zählten laut Minister zwei entsetzliche Messerangriffe im Juni in Würzburg und im November in einem Zug in der Oberpfalz. In beiden Fällen sei die Bayerische Polizei mit Hochdruck im Einsatz gewesen. Zudem wurden zur Bekämpfung der steigenden Fallzahlen im Bereich der Cyberkriminalität und von Kriminalitätsphänomenen wie etwa dem Callcenter- bzw. Einzeltrickbetrug Konzepte und Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung dieser Straftaten auf den Weg gebracht bzw. konsequent fortentwickelt. Außerdem wurde der Personallumfang der Bayerischen Polizei erneut um weitere 500 Kolleginnen und Kollegen verstärkt. **DK**

### Bayerischer Landkreistag zu Klima-, Mobilitäts- und Energiewende:

## Landräte fordern Mitspracherechte

Freistaat soll sich beim Bund für technologieoffene und bedarfsbezogene Ausbauziele und gegen Berliner Dirigismus einsetzen

Ende 2021 hat die Bayerische Staatsregierung einen Entwurf zur Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes vorgelegt. Die bayerischen Landrätinnen und Landräte wissen um ihre besondere Verantwortung als Ansprechpartner für die Menschen vor Ort. Bereits in der Vergangenheit haben sie sich deswegen als Partner von Freistaat, Bund und EU bei der Umsetzung von Klima- und Energiewende verstanden. Zudem haben sie selbst durch vielfältige Maßnahmen einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Trotzdem stoßen sie in ihrem Wirken immer wieder an Grenzen. Diese könnten im Entwurf des Bayerischen Klimaschutzgesetzes noch angegangen werden. Unter anderem deswegen haben sich die Mitglieder des Präsidiums des Bayerischen Landkreistags am 24. März mit dem Bayerischen Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, MdL, ausgetauscht. Mehr Mitspracherechte auf Bundes- und Landesebene waren dabei das Mindeste, was sie angesichts ihrer Rolle bei der Umsetzung der Klima-, Mobilitäts- und Energiewende forderten.

### Praxistaugliche Regelungen für den Klimaschutz

Viele Aspekte sind auf kommunaler Seite auf dem Prüfstand. Ob es um die Forderung nach einer Stimme der Landkreise im von der Staatsregierung angedachten Klimaschutz-Koordinierungsstab geht oder die kreiseigene Energieerzeugung. So sollen die Landkreise die Gemeinden bei Wärme- und Energieerzeugungsplänen und beim Ausbau der Erneuerbaren zwar unterstützen. Selbst können sie häufig aber nicht einmal die Dachflächen ihrer Bauhöfe für Photovoltaik vollständig nutzen. Sonst würden sie als „Energieerzeuger“ gegen das Kommunalrecht verstoßen.

„Wir wünschen uns im Bayerischen Klimaschutzgesetz zeitgemäße und praxistaugliche Regelungen“, so der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck). „Wir sind uns unserer Verantwortung zur Erreichung der Klima- und CO2-Reduktionsziele bewusst. Schon heute werden wir unabhängig von der eigentlichen gesetzlichen Zuständigkeit von den Menschen daheim für das Gelingen von Klima-, Energie- und Mobilitätswende in die Verantwortung genommen. Das überarbeitete Klimaschutzgesetz muss wenigstens für die Zusammenarbeit von Bund, Freistaat und Kommunen Klarheit bei Zuständigkeiten, Finanzen

## GZ

## Akademie

## GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

### Social Media für Kommunen

21. Juni 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen an die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de)

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

### Schwierigkeiten mit Personal meistern

22. Juli 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Überall, wo Menschen aufeinander treffen, kann es knirschen. Kaum eine Bürgermeisterin, kaum ein Bürgermeister hat Erfahrungen in der Personalführung in einer Verwaltung. Viele Anreize, die man aus der freien Wirtschaft einsetzen kann, fehlen im öffentlichen Dienst. Umso mehr kommt es darauf an, die Mitarbeiter\*innen bei Laune zu halten. Wie geht das und was kann man tun, wenn Dinge aus dem Ruder laufen?

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de)

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Arno Zengerle  
87499 Wildpoldsried  
am 1.4.

Bürgermeister Hans Kaltner  
86647 Buttenwiesen  
am 4.4.

Bürgermeister Leinhard Eder  
90587 Tuchenbach  
am 9.4

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Angelika Krebs  
63828 Kleinkahl  
am 5.4.

Bürgermeister Thomas Fischer  
97647 Nordheim v.d.R.  
am 13.4.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Armin Warmuth  
97762 Hammelburg  
am 1.4.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Frank Bauer  
82439 Großweil  
am 3.4.

Bürgermeister Jürgen Schano  
94143 Grainet  
am 4.4

Bürgermeister  
Peter Ostenrieder  
86971 Peiting  
am 7.4.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Beckel  
87534 Oberstausen  
am 10.4.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Florian Atzmüller  
97797 Wartmannsroth  
am 9.4.

#### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Kroner  
94209 Regen  
am 3.4.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

### Leserbrief an die GZ

Zu unserer Berichterstattung in GZ-Ausgabe Nr. 6 rund um die Corona-Maßnahmen und die heiß diskutierte Impfpflicht erreichte uns folgender Leserbrief:

## Schutz durch Impfpflicht?

In ihrem Artikel auf Seite 1 zitieren Sie den Präsidenten des Deutschen Landkreistags Reinhard Sager, der behauptet es sei wichtig kranke und pflegebedürftige Menschen durch eine einrichtungsbezogene Impfpflicht zu schützen. Selbstverständlich ist es wichtig diese Menschen zu schützen, aber durch eine Impfpflicht???

Ich frage mich auf welchem Planeten Herr Sager lebt, weil die inzwischen allgemein verbreitete Erkenntnis, dass die Impfung keinerlei Fremdschutz bietet, anscheinend noch nicht bis zu ihm vorgedrungen ist. Selbst Karl Lauterbach musste bei Maischberger zugeben, dass er als Geimpfter bei einer Infektion mit Delta genau so ansteckend wäre wie ein Ungeimpfter (<https://www.daserste.de/information/talk/maischberger/videos/lauterbach-maischberger-die-woche-video-100.html>), was für die Omikron-Variante in noch höherem Ausmaß gilt. Und „Impfpapst“ Mr. Bill Gates bedauerte kürzlich auf der Münchner Sicherheitskonferenz, dass das Virus – speziell die Omikron-Variante – bei der Immunisierung der Bevölkerung einen besseren Dienst leiste als die Impfung ([https://www.youtube.com/watch?v=U70Q9WqBMF-M&ab\\_channel=CNBCInternationalTV](https://www.youtube.com/watch?v=U70Q9WqBMF-M&ab_channel=CNBCInternationalTV)).

Außerdem mehren sich die Hinweise darauf, dass die Imp-

fung längst nicht so sicher ist wie immer versprochen wurde. Nicht nur dem Chef der Betriebskrankenkassen Andreas Schöfbeck ist das aufgefallen (wofür er aus dem Verkehr gezogen wurde – siehe Beitrag in Radio München „Kündigung für Sorgfalt“ vom 15.3.2022), sondern das schildert sehr eindrucksvoll auch der Pathologe Prof. Dr. med. Arne Burkhardt vor dem sächsischen Landtag ([https://www.youtube.com/watch?v=FsbK6FW2W58&ab\\_channel=AfD-FraktionimS%C3%A4chsischenLandtag](https://www.youtube.com/watch?v=FsbK6FW2W58&ab_channel=AfD-FraktionimS%C3%A4chsischenLandtag)).

Weshalb die Impfpflicht immer noch ein Thema ist, kann meiner Meinung nach nur dadurch erklärt werden, dass die Impfloobby in den Jahren seit der gescheiterten Schweingrippe-Pandemie dazu gelernt und ganze Arbeit geleistet hat. Oder wie es in Kriminalgeschichten ausgedrückt wird: „Folge der Spur des Geldes!“. Dazu gibt es sehr aufwendige und interessante Recherchen im Buch „Insider Corona“ von Thomas Röper.

Umso mehr freut mich ihr Artikel über den offenen Brief der Kommunalpolitiker aus dem Landkreis Bad Tölz - Wolfrathausen. Diese parteiübergreifende Initiative gibt endlich wieder zu Hoffnung Anlass.

Beate Küffner-Predojevic  
per eMail



Gesundheitsregionplus Kempten-Oberallgäu im Bild v.l.: Referent der Stadt Kempten Thomas Baier-Regnery, Oberbürgermeister Thomas Kiechle, Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek, Geschäftsführer der Gesundheitsregion Markus Weber, Landrätin Indra Baier-Müller und Abteilungsleiter Ralph Eichbauer.

Bild: Franziska Springer

## 60 Gesundheitsregionen plus in Bayern

Die Gesundheitsregionen plus sind weiter auf Erfolgskurs. Vor kurzem überreichte Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek Förderplaketten für die Gesundheitsregion plus Kempten-Oberallgäu sowie für die Gesundheitsregionen plus in Lichtenfels und im Landkreis Kelheim. Mittlerweile werden bereits 60 Gesundheitsregionen plus unterstützt und damit 77 der 96 Landkreise und kreisfreien Städte abgedeckt.

„Unser Ziel ist es, dass Städte und Landkreise passgenaue Lösungen für die Gesundheitsversorgung, Pflege und Prävention der Bevölkerung vor Ort entwickeln können“, unterstrich Holetschek. Eine Mitgliedschaft

tergrund, „dass wir den demografischen Wandel aktiv gestalten und nicht von ihm überrollt werden wollen“. „Gesundheit ist ein Thema, das alle Bevölkerungsgruppen betrifft, Kinder genauso wie Menschen middle-

ken profitierten ebenfalls niedergelassene Mediziner sowie eine Vielzahl von Dienstleistern und Berufsgruppen rund um das Thema Gesundheit.

Nach den Worten von Kelheims Landrat Martin Neumeyer „hat sich das medizinische und pflegerische Personal im Landkreis über die vergangenen zwei Jahre hinweg hauptsächlich um die Folgen der Pandemie kümmern müssen. Viele Themen sind verständlicherweise unter den Tisch gefallen und Vernetzungstreffen konnten nicht selten überhaupt nicht stattfinden. Deshalb wird die erste Aufgabe der Geschäftsstellenleitung die Vorbereitung des Gesundheitsforums und die Planung einer Bestands- und Bedarfsanalyse für den Landkreis sein.“

### Förderprogramm

Bereits seit Anfang 2015 werden Landkreise und kreisfreie Städte gefördert, die Gesundheitsregionen plus bilden: Sie erhalten bis zu 250.000 Euro, verteilt über fünf Jahre. Das große Interesse am Förderprogramm zeigt laut Holetschek, dass sich die Kommunen bei den Themen Gesundheit und Pflege mit viel Eigeninitiative und Engagement einbringen wollen. „Wir brauchen sie, um das Ziel einer optimalen medizinischen und pflegerischen Versorgung in ganz Bayern zu erreichen.“



Gesundheitsregionplus Lichtenfels: Von links: Landrat Christian Meißner, Staatsminister Klaus Holetschek, Franziska Götz (Leiterin Geschäftsstelle GR+LK LIF), Emmi Zeulner, MdB

Bild: Andreas Grosch

in der mittlerweile großen Familie der Gesundheitsregionen plus bringe positive Effekte für die medizinische und pflegerische Versorgung der Menschen vor Ort – nicht nur im Ballungsraum, sondern auch in den ländlichen Regionen.

### Demografischen Wandel aktiv gestalten

Wie Landrätin Indra Baier-Müller anlässlich der Übergabe der Förderplakette für die Gesundheitsregion plus Kempten-Oberallgäu in Sonthofen erläuterte, sei das Oberallgäu eine vitale Region. Damit dies auch künftig so bleibt, liege ihr eine gute Versorgungsstruktur sehr am Herzen – auch vor dem Hin-

### Gutes Netzwerk

Als „Auszeichnung und großartige Perspektive zugleich“ bezeichnete Lichtenfels' Landrat Christian Meißner den Umstand, dass der Landkreis nunmehr Gesundheitsregion plus ist. Gerade auch die Pandemie habe gezeigt, wie wichtig ein gutes Netzwerk zwischen Kliniken, Ärzten sowie Blaulichtorganisationen ist. Von Netzwer-

### Gesetzentwurf des Ministerrats:

#### Änderung des Landeswahlgesetzes

Nach Anhörung der kommunalen Spitzenverbände hat der Bayerische Ministerrat den Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes beschlossen. Laut Innenminister Joachim Herrmann „setzen wir mit dem Entwurf die im Stimmkreisbericht vorgeschlagenen Änderungen um“.

Künftig soll bei der Verteilung der Mandate auf die Wahlkreise sowie bei der Stimmkreiseinteilung nicht mehr auf die Zahl der „deutschen“, sondern der „wahlberechtigten“ Einwohner abgestellt werden. Zudem ist eine Änderung der Berechnungsmethode für die Sitzverteilung vorgesehen: Angewendet werden soll das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers. Dieses hat sich Herrmann zufolge bereits bei Bundestagswahlen sowie den bayerischen Gemeinde- und Landkreiszahlen bewährt. Änderungen bei der Verteilung der Mandate auf die Wahlkreise oder die Stimmkreiseinteilung gehen mit der Gesetzesvorlage nicht einher. **DK**

GZ

KOLUMNE  
Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

seit mehr als zwei Jahren sind die bayerischen Kommunen als Krisenmanager gefordert. Die Pandemie eindämmen, Bürgerinnen und Bürger schützen, wechselnde Vorgaben umsetzen – das alles bindet unsere Kraft. Und seit Februar nimmt uns auch die Versorgung der vielen Menschen, die aus der Ukraine fliehen müssen, in Anspruch. Gerade in dieser Zeit investiert der Bezirk Oberbayern in ein Kulturfestival – und das ist gut so.

Im Juli feiern wir in Bad Aibling eine Woche lang das ZAMMA – Kulturfestival Oberbayern. ZAMMA ist ein Mitmach-Festival, das der Bezirk Oberbayern alle zwei Jahre in und mit einer anderen Kommune ausrichtet. Das Besondere daran ist, dass der Bezirk kein fertiges

### ZAMMA-Festival des Bezirks Oberbayern

Programm mitbringt, sondern die Vereine, Institutionen und Kulturschaffenden vor Ort die Veranstaltungen selbst entwickeln. Ein Theaterstück, bei dem Menschen mit und ohne Behinderung mitspielen, ein Chorkonzert für Jung und Alt oder ein Kulturgarten, den alle mitgestalten können – das sind nur einige Beispiele.

Der Bezirk Oberbayern unterstützt die einzelnen Programmpunkte mit einem Zuschuss, übernimmt die Kosten für das Programmheft, den Webauftritt und die gesamte Öffentlichkeitsarbeit. Die Infrastruktur wie Räumlichkeiten, Bühnen und Technik stellt die ZAMMA-Kommune kostenfrei zur Verfügung. Die Vorbereitungen für das Festival starten bereits ein Jahr zuvor mit dem sogenannten Ideentag. Dieser Vorlauf mag lang erscheinen, ist aber notwendig, wenn Veranstaltungen nicht einfach gebucht und gekauft, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern einer Gemeinde „selbst gemacht“ werden.

ZAMMA ist ein inklusiv ausgerichtetes Festival. Deshalb legen wir großen Wert auf die Barrierefreiheit. Das fängt bereits bei der barrierefreien Programmübersicht auf der ZAMMA-Webseite an. Bei den Veranstaltungen ist uns wichtig, dass Besucherinnen und Besucher im Rollstuhl freien Zugang haben. Zudem bieten wir Informationen in Leichter Sprache und Braille-Schrift an und sorgen bei Bedarf für eine



Übersetzung in die Deutsche Gebärdensprache.

Menschen mit und ohne Behinderung, aller Generationen und Kulturen sind bei ZAMMA aber nicht nur als Gäste dabei, sondern gestalten das Festival aktiv mit. Ich habe das selbst oft erleben dürfen und finde, dass dadurch der abstrakte Begriff „Inklusion“ auf beeindruckende Weise lebendig wird. Alle mitnehmen heißt auch, dass der Geldbeutel einem Festivalbesuch nicht im Wege stehen darf. Bei

ZAMMA können wir fast alle Veranstaltungen mit freiem Eintritt anbieten. Das verdanken wir regionalen Unternehmen und Geschäftsleuten, die unser Festival auch in Bad Aibling großzügig unterstützen.

Wenn es ums Geld geht, ist es natürlich richtig, dass wir das ZAMMA-Programm mit Steuergeldern fördern. Deshalb ist es mir auch ein großes Anliegen, dass das ZAMMA nach einer Woche nicht vorbei ist, sondern in den Städten und Gemeinden etwas davon bleibt: Kunst im öffentlichen Raum, neu gestaltete grüne Ecken, Veranstaltungsorte und Programmformate, die es vorher nicht gab. In Bad Aibling soll mit ZAMMA unter anderem ein Stadtführer in leichter Sprache entstehen, der dauerhaft über Smartphone und QR-Code abrufbar sein wird.

Nachhaltige Impulse gibt ZAMMA auch für das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger. „Die Menschen bei uns sind im wahrsten Sinn des Wortes näher zusammengerückt“, sagte mir nach unserem letzten Festival die damalige Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen. Wie in vielen früheren Festivalskommunen wird auch dort das inklusive Festival fortgesetzt ([www.gap-beinand.de](http://www.gap-beinand.de)). Der Bezirk Oberbayern fördert ein solches Engagement der Kommune noch für sechs Jahre – in den ersten beiden Jahren mit jeweils 15.000 Euro.

Natürlich ist es unter den aktuellen Bedingungen nicht leicht, ein Mitmach-Festival zu organisieren. Wir konnten es auch nicht wie geplant 2021 anbieten, sondern mussten es auf dieses Jahr verschieben. Doch nun freuen wir uns zusammen mit den vielen Akteurinnen und Akteuren in Bad Aibling darauf. Auch für andere Kommunen könnte ZAMMA eine Möglichkeit sein, nach den großen Verwerfungen durch die Pandemie den sozialen und kulturellen Zusammenhalt zu stärken. Wer sich nicht sicher ist, ob ZAMMA für die eigene Gemeinde das Richtige ist, der kann sich vom 2. bis 9. Juli in Bad Aibling selbst ein Bild machen. Ich lade Sie dazu herzlich ein!

Programm ab Mai unter [www.zamma-festival.de](http://www.zamma-festival.de).

Ihr Josef Mederer

Bezirkspräsident von Oberbayern

Die Gesundheitsregionen plus seien aber auch in Prävention und Gesundheitsförderung sehr engagiert und setzten als Multiplikatoren vor Ort die Schwerpunktthemen des Bayerischen Gesundheitsministeriums um. „Zudem bieten sie den Bürgerinnen und Bürgern Informationsangebote zu ganz aktuellen Themen – wie beispielsweise zum

Thema psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“, ergänzte der Minister. Inhaltlich unterstützt werden die Gesundheitsregionen plus von der eigens dafür eingerichteten Leitstelle am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL). Ein vom jeweiligen Landrat oder Oberbürgermeister geleitetes Gesund-

heitsforum übernimmt Planung und Steuerung. Organisation und Zusammenarbeit innerhalb der Gesundheitsregion plus werden von einer dafür eingerichteten Geschäftsstelle koordiniert. Arbeitsgruppen befassen sich mit den vor Ort drängenden Fragen zu Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsversorgung und Pflege. **DK**

Ich lese die **GZ**

» ... weil alle Bürgerinnen und Bürger tagtäglich mit den Entscheidungen kommunaler Politik konfrontiert sind. «

Eric Beißwenger, MdL

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz im Bayerischen Landtag



## Hilfe, Sanktionen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

tel auch in der Mehrwertsteuer besser zu stellen.

Ausdrücklich begrüßt wird seitens der Bayerischen Staatsregierung die Ankündigung, 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr zur Verfügung zu stellen. Das Geld müsste dezidiert dafür verwendet werden, mahnte Söder und erteilte anderen Verwendungsideen eine Absage. Unmissverständlich forderte er die Bundesregierung auf, bereits in der Vergangenheit gegebene Zusagen einzuhalten und sich klar zu Bayern als wichtigem Standort der Bundeswehr zu bekennen: „Pacta sunt servanda – das gilt auch für die Ampel.“

„Energiepolitisch müssen wir uns vom Tropf Russlands lösen und Bayerns Wohlstand nicht länger dem Gutdünken eines Autokraten im Kreml ausliefern“, betonte Dr. Fabian Mehring, Parlamentarischer Geschäftsführer der Freien Wähler-Landtagsfraktion, in der anschließenden Aussprache. „Unsere Antwort darauf, dass Putin die Uhr der Geschichte zurückdrehen will, darf sich nicht im Rückfall in die energiepolitische Vergangenheit des letzten Jahrhunderts erschöpfen.“ Vielmehr bedürfte es eines Turbos für die Erneuerbaren Energien, um Wertschöpfung und Versorgungssicherheit zurück ins Land zu holen.

### Energiepolitik ist auch Sicherheitspolitik

Laut der Grünen-Fraktionsvorsitzenden Katharina Schulze „führt uns der Ukraine-Krieg gerade vor Augen, dass Energiepolitik nicht nur Klimaschutz bedeutet, sondern auch Sicherheitspolitik ist. Wind und Sonne können nicht von Diktatoren vereinnahmt werden, sie gehören uns allen. Kein Bundesland kann sich bei bestimmten Energieträgern rausziehen, man muss bei jedem Fleckchen schauen, welcher erneuerbarer Energieträger Sinn macht und da ist in Bayern noch viel Potenzial für mehr Windkraft!“

Statt Bayern zu einem Vorzeigeland für die Energiewende zu machen und den Anspruch zu formulieren, auch die bayerische Industrie vollständig mit klimaneutraler Energie zu versorgen, sei der Freistaat unter der CSU das Bundesland mit der höchsten Abhängigkeit von russischem Öl und Gas und plädiere für längere Laufzeiten der Atomkraftwerke, stellte SPD-Fraktionsvorsitzender Florian von Brunn fest. Die Bundesregierung habe dies sorgfältig geprüft und objektiv und transparent gezeigt, dass es nichts bringt. „Solche Vorschläge sind unseriös“, so von Brunn.

Um die Menschen bei den gestiegenen Energiekosten zu entlasten, verwies er auf die vielfachen Hilfen und Erleichterungen, die die Bundesregierung

bereits beschlossen habe – etwa die Abschaffung der EEG-Umlage, eine Einmalzahlung für Grundsicherungs-Empfänger und eine Erhöhung der Pendlerpauschale. Dies seien gezielte Entlastungen für die hart arbeitenden Menschen in diesem Land. Bei den höheren Spritkosten forderte der Fraktionschef, zum Beispiel über Einmalzahlungen nachzudenken oder die Extra-Gewinne von Energieunternehmen jetzt abzuschöpfen, wie es bereits in Frankreich praktiziert werde. „Dass der Porsche Cayenne-Fahrer jetzt einen staatlichen Zuschuss zum Tanken bekommt, ist nicht einzusehen“, machte von Brunn deutlich.

### Wo bleibt der Krisenstab?

„Ehrenamtliche und Wohlfahrtsverbände krepeln seit dem ersten Tag die Ärmel hoch, kümmern sich um Geflüchtete. Daran sollte sich die Staatsregierung ein Beispiel nehmen“, meinte die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Julika Sandt und fragte: „Wo ist der Krisenstab für die Verteilung der Geflüchteten in Bayern? Wer koordiniert, dass die Menschen, die in den Großstädten ankommen, weiterverlegt werden in Gemeinden, die Aufnahmekapazitäten haben? Wieso unterstützt die Staatsregierung nicht die Privathaushalte, die bis zu acht Personen aufnehmen und auf den Kosten dafür sitzen bleiben?“

In solchen Ausnahmesituatio-

nen erwarte sie proaktives und pragmatisches Handeln, erklärte Sandt. Ministerpräsident Söder mokiere sich lieber über den Bund, anstatt selbst zu schauen, was man in Bayern machen kann. „Anpacken, zupacken – das erwarte ich auch von der Bayerischen Staatsregierung. Beenden sie den Behördenschunegel, um den Geflüchteten schnell und unkompliziert zu helfen.“

„Während wir für den bewährten Strommix aus konven-

## Heimische Rohstoffe ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Prozent der bayerischen Landesfläche. Mineralische Rohstoffe kämen zum Einsatz bzw. seien Bestandteil von Gebäuden, Kanalisations, Verkehrswegen, Denkmälern, Gebrauchskeramik, Porzellan, Unterhaltungselektronik, Landwirtschaft, Hygieneartikeln, Sportstätten und Genussmitteln. Für jeden Einwohner bedeute dies, dass er pro Tag über 30 Kilogramm benötigt – also mehr als ein Kilogramm pro Stunde.

Nur rund 10 Prozent des Bedarfs könnten allerdings mit Sekundärrohstoffen gedeckt werden, so Kling. Das für Recycling zur Verfügung stehende Material reiche nicht aus, um den hohen Bedarf insbesondere der Bauwirtschaft zu decken. Bayernweit fielen nur rund 10,5 Millionen Tonnen an Bauschutt und 4,5 Millionen Tonnen Straßenaufbruch an. „Um also auch nur in die Nähe des Gesamtbedarfs an Rohstoffen von 150 Millionen Tonnen pro Jahr in Bayern

tionellen Kraftwerken, Kernenergie und erneuerbaren Energien eintreten, hat die Staatsregierung dafür gesorgt, dass die Energiepreise allmählich unbezahlbar werden“, äußerte sich der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion, Gerd Manes. Es sei jetzt dringend geboten, die Mehrwert- und Energiesteuern zu senken, die CO<sub>2</sub>-Abgabe abzuschaffen und die Stromsteuer sowie die EEG-Umlage zu streichen. DK

zu kommen, müssten zuvor ganze Städte abgerissen werden“, verdeutlichte Kling. Die Branche arbeite kontinuierlich an Lösungen, um die Recyclingmöglichkeiten zu erhöhen.

### Rückzugsgebiete für Amphibien

Amphibien wie Kreuzkröten, Gelbbauchunken oder Laubfrösche finden in der freien Natur kaum noch Rückzugsgebiete. Diese aber können ihnen Steinbrüche sowie Kies-, Sand- oder Lehmgruben bieten. Dabei kann die Rohstoffgewinnung sogar ungemeinert weitergehen. Um bedrohte Amphibien zu schützen, hat der Landesbund für Vogelschutz (LBV) gemeinsam mit dem BIV und der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Bergbau- und Mineralgewinnungsbetriebe (ABBMM) das bayernweite Partnerschaftsprojekt „Natur auf Zeit“ ins Leben gerufen.

Wie LBV-Landesfachbeauftragter Dr. Andreas von Lind-

## Kliniken fürchten ...

(Fortsetzung von Seite 1)

in jedem vierten Krankenhaus blieb die Anzahl konstant. Fakt ist auch: Teilzeit liegt im Trend und führt zu reduzierter Personalkapazität. In fast jedem zweiten Krankenhaus nahm die Teilzeitbeschäftigung von Pflegefachpersonen in den Jahren der Pandemie zu, 42 % berichten von keinerlei Veränderungen. In fast allen Kliniken fehlen abteilungsübergreifend Fachkräfte, sowohl bei Pflegefachpersonal (insbesondere in den intensivmedizinischen Abteilungen), im ärztlichen Bereich und sonstigen Gesundheitsberufen, aber auch in den Servicebereichen, wie Reinigung und Küche sowie zunehmend auch in der IT.

### Unbesetzte Stellen nehmen zu

Kontinuierlich nehmen unbesetzte Stellen weiter zu: So konnten hunderte verfügbare Ausbildungsplätze in Bayerns Kliniken in den vergangenen Jahren nicht besetzt werden – Tendenz steigend. Nur knapp 7 % der Klinik-Geschäftsführer erwarten eine bessere Situation der Besetzung von Ausbildungsplätzen für 2022 im Vergleich zu den Vorjahren, während mehr als 40 % von einer Verschlechterung ausgehen.

„Wir wollen die Beschäftigungsbedingungen weiter verbessern und die Politik und Kostenträger müssen dafür die Grundlagen verbessern. Wir brauchen außerdem Lösungen der Zukunft, um mit dem allgemeinen Fachkräftemangel umzugehen“, machte BKG-Geschäftsführer Roland Engehausen deutlich. „Die Gebote der Stunde lauten: mehr Kooperation, mehr digitale Unterstützung und mehr klinisch-ambulante Versorgungsangebote für Patientinnen und Patienten in den Krankenhäusern.“

Engehausen forderte einen „Transformationsprozess Krankenhaus“, d.h. einen verlässlichen Fahrplan in die Zukunft mit finanzieller Absicherung der Jahresbudgets für die Krankenhäuser. Der Koalitionsvertrag

der Bundesregierung sehe mit dem ambulanten-stationären Hybrid-Fallpauschalen, der Pflegepersonalbemessung „PPR 2.0“ und Vorhalte-Finanzierungen für eine Rund-um-die-Uhr-Versorgung richtige Ansätze vor. „Bis diese wirken können und die Umstellung auf mehr klinisch-ambulante Leistungen in Krankenhäusern erfolgt ist, benötigen die Kliniken eine vollständige Absicherung der vereinbarten Jahresbudgets zu 100 %, so der Geschäftsführer.“

### Überfällige Digitalisierung

Dass auch die längst überfällige Digitalisierung einen wichtigen Beitrag zur besseren Versorgung und der Bürokratie-Entlastung von Fachkräften leisten kann, hob Christina Leinhos, Leiterin Digitalisierung der BKG, hervor. Der Weg dorthin sei freilich kein Selbstläufer: „Nur jede dritte Klinik sieht sich für die künftigen Anforderungen der Digitalisierung und der Telematik-Infrastruktur nach Umsetzung der einmalig über das Krankenhaus-Zukunftsgesetz (KHZG) geförderten Maßnahmen gut gerüstet.“ Die Klinik-Geschäftsführungen forderten unisono einen verlässlichen IT-Betriebskosten-Zuschlag für die kontinuierliche digitale Entwicklung der Telematikinfrastruktur. Dabei seien die bayerischen Kliniken zur Kooperation auch in der IT bereit: Zwei von drei Kliniken wollen Ihre IT-Kräfte bündeln. Leinhos zufolge möchte die BKG für die digitale Zusammenarbeit der Kliniken in Bayern in diesem Jahr in guter Abstimmung mit dem Freistaat eine professionelle Plattform schaffen.

Auch die deutlich steigende Inflation in Deutschland macht sich in den Kliniken längst bemerkbar, so die Umfrage. Der Krieg in der Ukraine tut ein Übriges. 86 % der Klinik-Leitungen befürchten zusätzliche Defizite, die von den Trägern ausgeglichen werden müssen. Eine zunehmende Gefahr von Klinikschließungen aus rein wirt-

schaftlichen Gründen bzw. steigender Druck auf die Belegschichten (jeweils 73 %) bedeuten auch eine Gefährdung der Versorgung (65,9 %). Über 90 % der Krankenhaus-Geschäftsführungen erwarten von der Politik, dass sie sämtliche nachgewiesene Kostensteigerungen refinanzieren bekommen. 75 Prozent fordern zur Finanzierung der steigenden Energiekosten in den nächsten Jahren einen CO<sub>2</sub>-Zuschlag. Nur jeder dritte Krankenhaus-Verantwortliche geht davon aus, dass der Kostendruck zur Hebung von Wirtschaftlichkeitspotenzialen führen wird.

„Die sachfremde Begrenzung auf die Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen der Versicherten der Gesetzlichen Krankenversicherung bedroht 2022 und die nächsten Jahre die wirtschaftliche Existenz vieler Kliniken, zumal erhöhte Steuerzuschüsse des Staates an die Krankenkassen aufgrund dieses methodischen Fehlers von den Kassen nicht an die Kliniken weitergegeben werden dürfen“, betont die BKG.

### Sorgen nehmen zu

Auch „im Ausblick auf die kommenden zwei bis drei Jahre“ erwarten Bayerns Klinik-Verantwortliche keine weitere Aufhellung der Situation – im Gegenteil: Die Sorgen nehmen zu. 70 % der bayerischen Krankenhäuser sehen die künftige wirtschaftliche Gesamtsituation negativ. Laut Bischof „ist der Bundesgesetzgeber nun aufgerufen, die gestellten Weichen im Koalitionsvertrag als verlässliche Grundlage für die Kliniken kurzfristig umzusetzen und die Betriebskostenfinanzierung weniger fallabhängig und auskömmlicher für alle bedarfsnotwendigen Krankenhäuser zu machen.“ Um die Klinik-Infrastruktur in Bayern zukunftsfest zu gestalten, müsse der Freistaat die Investitionsfinanzierung spätestens nach der nächsten Landtagswahl 2023 deutlich erhöhen, forderte die Landrätin. DK

## Kompensation der Gewerbesteuer 2021

„Auf den Freistaat Bayern ist Verlass, auch wenn der Bund sich seiner Verantwortung entzieht! Wir leisten unseren Beitrag für die Corona-bedingten Gewerbesteuerauffälle der bayerischen Gemeinden auch im Jahr 2021. Hierfür hat der Freistaat Bayern 330 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Bereits im Dezember 2021 gingen Abschlagszahlungen in Höhe von 200 Millionen Euro an die betroffenen Gemeinden. Noch im März werden die endgültigen Zuweisungen ausbezahlt“, kündigt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Bekanntgabe der Berechnungsergebnisse für den Ausgleich der kommunalen Gewerbesteuerauffälle für das Jahr 2021 an.

„Insgesamt betrachtet haben sich die kommunalen Steuereinnahmen in 2021 erfreulich entwickelt. Allerdings hatten auch zahlreiche Gemeinden, vor allem unter den kreisangehörigen Gemeinden und im ländlichen Raum, noch erhebliche Steuermindereinnahmen. Mit der erneuten Gewerbesteuerkompensation sorgen wir für Stabilität in den Kommunalfinanzen und erhalten die einzigartige Investitionskraft unserer Kommunen!“, so Füracker.

Die Verteilungskriterien wurden in Anlehnung an das Verfahren der Gewerbesteuerkompensation 2020 und in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden festgelegt. Zur Berechnung des Ausgleichs wird für jede Gemeinde das Gewerbesteueraufkommen 2021 mit dem durchschnittlichen Aufkommen der Vor-Corona-Jahre 2017 bis 2019 verglichen und aus Gleichbehandlungsgründen um eine fiktive Gewerbesteuerminderungsrate bereinigt. Daneben werden Mindereinnahmen bei der Spielbankabgabe als Gewerbesteuersurrogat und Härtefälle, die bei der Gewerbesteuerkompensation 2020 entstanden sind, berücksichtigt. Die zur Verfügung stehenden 330 Millionen Euro aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie werden vollständig benötigt, um die Hälfte der so ermittelten Mindereinnahmen auszugleichen. Die endgültigen Zuweisungen werden am 31. März ausbezahlt.

Wie bereits im Vorjahr werden die pauschalen Ausgleichszahlungen in die Berechnung der Steuerkraft einbezogen. Dadurch wird die Verteilung der Schlüsselzuweisungen stabilisiert. Auch bei der Berechnung der Kreis- und Bezirksumlage werden die Zuweisungen berücksichtigt. □

einer berichtete, solle erreicht werden, dass der Abbau weitgehend ungestört vorantreiben gehen kann und die Arten sich trotzdem in einem Nebeneinander entwickeln können.

Ein Novum des Projekts sei der Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Kooperationsvertrags, der zwischen dem LBV, dem jeweiligen Abbaubetrieb und der Höheren und Unteren Naturschutzbehörde geschlossen wird. Er diene als Rechtssicherheit in Bezug auf das allgemeine Tötungsverbot nach §§ 44 ff. BNatSchG und das Verbot der Zerstörung von Lebensstätten.

### Umweltgerechte Flächennutzung

Wie effiziente Flächennutzung inklusive Rohstoffgewinnung aussehen kann, schilderte Pius Geiger (Gesellschafter Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf). Mit den firmeneigenen Kiesgruben, Werken und Steinbrüchen gewährleiste man eine umfassende Versorgung der Kunden mit hochwertigen Rohstoffen wie Sand, Kies und Steinen aus der Region.

Nach dem Abbau der Baustoffe kümmere sich das Unternehmen um eine umweltgerechte Renaturierung und Rekultivierung der Areale und Sorge für eine ungestörte Erholung der Natur. Auf ehemaligen Abbaufeldern entstehen teilweise wertvolle Biotope und damit Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten oder landwirtschaftliche Nutzflächen. So wird Geiger zufolge sichergestellt, dass die notwendigen Eingriffe in die Natur auch für die nächsten Generationen so verträglich wie möglich gestaltet werden.

### Abfall oder Ressource?

Mit der Frage „Bodenaushub – Abfall oder Ressource?“ befasste sich Rechtsanwalt Holger Seit vom Landesverband Bayerischer Bauinnungen (LBB). Er verwies auf diverse Rechtssysteme wie Abfallrecht, Bodenschutzrecht, Wasserrecht, Immissionsschutzrecht und technisches Regelwerk, die je nach Entsorgungsart zu beachten seien, sowie zahlreiche umweltfachliche Regelungen. Ab 1. August 2023 trete die neue Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und ab 1. Ja-

nuar 2024 ein Deponierungsverbot für verwertbare Bauabfälle in Kraft.

Um den Boden als Ressource zu nutzen, empfahl Seit unter anderem die Schaffung von Zwischenlagern für nicht aufbereitetes Bodenmaterial gemäß § 18 EBV in Kooperation von Gemeinden, Landkreisen und Bauunternehmen. Zudem müssten Bauprojekte so geplant und verwirklicht werden, dass verdrängter Bodenaushub z.B. durch Höherlegung wiederverwendet wird. Empfehlenswert seien auch Materialbörsen für wiederverwendbares Aushubmaterial.

### Mantelverordnung

Die Sicht der Gemeinden auf den Bodenaushub erläuterte Direktor Stefan Graf vom Bayerischen Gemeindetag. Nach seiner Überzeugung wird das Inkrafttreten der Mantelverordnung im kommenden Jahr die Bodenverwertung weiter verteuern, schaffe die neue Ersatzbaustoffverordnung doch einen komplexen Dokumentations- und Analyseaufwand, wie zum Beispiel die flächendeckende bodenkundliche Begleitung.

Hinzu komme, dass keine zusätzlichen Verfüll- und Deponiekapazitäten vorhanden seien. Seit Inkrafttreten der TA Siedlungsabfall 2005 wurden laut Graf keine neuen nennenswerten Deponiekapazitäten geschaffen; vielmehr seien zahlreiche Deponien geschlossen worden. Auch fehle es ihnen an öffentlicher Akzeptanz. Zudem hielten sich Investoren wegen langjähriger gerichtlichen Verfahren zurück. Das Deponierungsverbot für verwertbare Bauabfälle ab 2024 tue sein Übriges. Deshalb sollte aus Graf's Sicht der Bodenaushub vermieden und die stoffliche Verwertung unterstützt werden. DK

In Ausgabe 9 der Bayerischen Gemeindezeitung (Erscheinungsdatum: 28.04.2022) wird eine Sonderdokumentation der Online-Konferenz veröffentlicht. Bereits freigegebene Vorträge stehen unter [www.bayerisches-infrastrukturforum.de](http://www.bayerisches-infrastrukturforum.de) zum Download bereit. Das Passwort erhalten Sie per Mail an [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de). DK

### Daten zur Impfpflicht

Auch wenn die meisten Beschäftigten in den Kliniken „vollständig geimpft“ sind, beschäftigt die seit Mitte März geltende einrichtungsbezogene Impfpflicht die Krankenhäuser intensiv.

Mit gemischten Gefühlen blicken die befragten Klinikgeschäftsführungen auf die politischen Entscheidungen. So hält jeder dritte Klinik-Geschäftsführer die einrichtungsbezogene Impfpflicht grundsätzlich für richtig, etwa mehr als 20 % begrüßen sie zum Teil. Über 40 % standen ihr zum Zeitpunkt der Befragung ablehnend gegenüber. DK

GZ-Interview Wolfgang Bauer, Präsident LDBV:

## Agile Entscheidungsstrukturen beim Standortfaktor Digitalisierung

Die 51 Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung sind 2014 aus den bayerischen Vermessungsämtern hervorgegangen. Die dazugehörige Aufsichtsbehörde und Schnittstelle zum Finanzministerium ist das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) mit Sitz in München und dessen Präsident ist seit 2017 Wolfgang Bauer. Bereits zu seinem Amtsantritt sprachen wir mit ihm über die vielfältigen Aufgaben des Landesamts und die Dienstleistungen für Kommunen, die hier abgerufen werden (vgl. GZ 21/2017). Fünf Jahre später, im digitalen Zeitalter eine halbe Ewigkeit, ist es Zeit für ein Update.

**GZ:** Kaum eine Entwicklung der letzten Jahre hat so große Auswirkungen auf alle Lebensbereiche genommen, wie das Internet und die damit verbundenen Dienste und Möglichkeiten. Die anhaltende Pandemie hat diesen Prozess nochmals beschleunigt. Ist Bayern gut vorbereitet und ausgestattet auf dem Weg in das digitale Zeitalter?

**Bauer:** Grundlage jeder digitalen Gesellschaft ist eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Diese ist mehr denn je Standortfaktor für Unternehmen und sichert das tägliche digitale Leben und Arbeiten für Bürgerinnen und Bürger. Der Freistaat hat bereits Ende 2013 entscheidende Weichen gestellt und die Bayerische Vermessungsverwaltung eng in diesen Transformationsprozess eingebunden. Mit der Breitbandförderung wurden wir mit dem größten Infrastrukturförderprojekt in Bayern betraut. Als sichtbares Zeichen trägt unsere Verwaltung deshalb diese Zuständigkeiten auch im Namen: Digitalisierung und Breitband.

Freistaat, Kommunen und

Bund haben seitdem insgesamt über 2,5 Mrd. Euro für den Ausbau gigabitfähiger Infrastruktur in Bayern zur Verfügung gestellt. Und das mit Erfolg! Insbesondere im ländlichen Raum kommen bayerische Fördergelder zur Wirkung. Seit Ende 2013 konnte dort die Versorgung mit schnellem Internet (mind. 30 Mbit/s) um 66 Prozentpunkte auf rund 94 Prozent der Haushalte gesteigert werden.

### Bayern ist gut vorbereitet

Bayernweit können über 90 Prozent der Haushalte 100 Mbit/s oder mehr nutzen, 64 Prozent sogar Gigabitbandbreiten. Damit wurden Distanzunterricht und Homeoffice in der Pandemie fast überall möglich gemacht. Mit der im März 2020 in Kraft getretenen Bayerischen Gigabitrichtlinie geht der Ausbau nun verstärkt weiter. Kurzum: Bayern ist gut vorbereitet!

**GZ:** Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche (z.B. Homeoffice, Distanzunterricht ...) ist eine gute Internetanbindung ein zentraler

Standortfaktor für jede Kommune. Rückgrat aller digitalen Anwendungen ist der Breitbandausbau in Bayern. Als Maß aller Dinge gilt inzwischen die Glasfaser ins Haus. Trotzdem gehört die Versorgung mit schnellem Internet nicht zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge und ist damit „eigentlich“ keine ureigene kommunale Aufgabe. Wie sehen Sie das?

### Deutschlandweit einmalige Begleitung der Kommunen

**Bauer:** Die Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern ist hier eindeutig: Breitbandausbau ist keine kommunale Pflichtaufgabe. Vielmehr sind gemäß Grundgesetz der Bund und die privaten Netzbetreiber für die Versorgung mit Telekommunikationsdiensten zuständig. Das ergibt auch Sinn, da Netze und Kommunikation schließlich nicht an den Gemeindegrenzen enden. Da der Glasfaserausbau durch die Netzbetreiber seit Jahren jedoch nur dort umfassend erfolgt, wo es sich wirtschaftlich rechnet, unterstützen hier der Freistaat und seine Kommunen auf freiwilliger Basis. Bayern hat unter den Bundesländern den größten Anteil an ländlichen Räumen. Über ein Viertel aller bundesdeutschen Haushalte in ländlichen Räumen befinden sich im Freistaat. Das ist in diesem Kontext eine enorme Herausforderung, denn gleichwertige Lebensverhältnisse ha-

ben in Bayern Verfassungsrang. **GZ:** Die Regensburger Landrätin Tanja Schweiger sprach im GZ-Gespräch in Ausgabe 4/2022 von einem Glücksgriff, dass den Vermessungsämtern auch die Aufgabe übertragen wurde, als Breitbandmanager den Kommunen in Förderfragen hilfreich zu Seite zu stehen. Können Sie bitte diese Struktur skizzieren und erläutern, wor-

wicklung absolviert. Damit besteht ein umfassendes Hintergrundwissen zu allen Fragen mit Raumbezug und ein gutes Verständnis im Bereich kommunaler Planungsaufgaben. Dieses Verständnis und die guten Kontakte nutzen wir vor Ort für die Breitbandberatung der Kommunen. Gerade für kleinere Gemeinden mit knappen Personalressourcen ist diese kostenfreie

kümmert. Neben der Umstellung auf eine „Virtuelle Behörde“ sollen Kommunen nun insgesamt „smarter“ werden. Worauf sollten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister den Fokus legen?

**Bauer:** Die Begriffe „Smart Cities“ oder „Smart Regions“ werden meiner Meinung nach etwas überstrapaziert. Im E-Government ging es schon immer um eine möglichst smarte, also für den Bürger möglichst einfache und unkomplizierte Abwicklung von Verwaltungsaufgaben. Die genannten Begriffe gehen natürlich weit darüber hinaus und haben alle Abläufe einer Ortschaft oder Region im Fokus.

### BayernPortal

In einem ersten Schritt sollten alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Wert auf eine gute Infrastruktur – also Breitbandausbau – als Grundlage für alle weiteren Digitalisierungsmaßnahmen legen. In einem zweiten Schritt müssen Partnerschaften geschlossen werden, da eine Gemeinde alleine nicht alle Digitalisierungsaufgaben bewältigen kann und es darüber hinaus auch keinen Sinn ergibt, dass sich 2.056 Gemeinden, Märkte und Städte in Bayern mit den gleichen Dingen beschäftigen. Hier müssen die Landkreise und auch der Freistaat Bayern mit entsprechenden Angeboten unterstützen. Mit dem BayernPortal oder im Rahmen der Geodateninfrastruktur Bayern bietet der Freistaat hier hochwertige Infrastrukturdienste.

**GZ:** Im Zuge der Frage, ob pandemiebedingte Schulschließungen rechtens waren, hat

(Fortsetzung auf Seite 6)



Wolfgang Bauer, Präsident des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV).

Bild: LDBV

**in der Nutzen dieser Dienstleistung für unsere Städte und Gemeinden besteht?**

**Bauer:** Die Breitbandmanagerinnen und -manager sind als Leitung der Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in jedem bayerischen Landkreis vertreten und stehen im Tagesgeschäft im ständigen Austausch mit den dortigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie der Gemeindeverwaltung. Die Kolleginnen und Kollegen haben ein Geodäsie-Studium und eine Referendarausbildung zusammen mit der Verwaltung für ländliche Ent-

beratung und Begleitung durch die Förderverfahren eine große Hilfe. Eine Beratung und Begleitung in der Fläche ist in dieser Form deutschlandweit einmalig. An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass Bayern das einzige Bundesland ist, das neben dem erst seit April 2021 verfügbaren sogenannten Graue-Flecken-Förderprogramm des Bundes eine eigenständige Gigabitförderung für seine Kommunen anbietet.

**GZ:** In ihrem vorigen Berufsleben haben Sie sich in der Staatskanzlei um die eGovernment-Anfänge in Bayern ge-

# WIR BAUEN FÜR BAYERN.



Bayern und Deutsche Glasfaser gehen gemeinsam Richtung Zukunft – mit wegweisender Technologie, gegenseitigem Respekt und Vertrauen.

### Grüß Gott, Zukunft!

Die Zukunft kommt nicht, sie hat schon begonnen: 85 Gemeinden und 45 Gewerbegebiete in Bayern versorgen wir bereits mit Glasfaser-Netzen. Ganze 105.000 Haushalte sind von uns mit echter Glasfaser bis ins Haus erschlossen (FttH – Fiber to the Home). Und mehr als 70 Gemeinden arbeiten derzeit mit uns am Glasfaser-Ausbau. Für zukunfts-sichere Lebensverhältnisse im Freistaat.

### Alle für Glasfaser – Glasfaser für alle.

So beeindruckend diese Zahlen sind und so stolz sie uns machen: Erst wenn alle bayerischen Haushalte über eine zukunftsfeste Internetanbindung verfügen, ist unser gemeinsames Ziel erreicht. Gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wollen wir darum den Anschluss von 550.000 Haushalten ans Glasfaser-Netz bis 2025 realisieren.

### Hand in Hand auf Augenhöhe.

Dabei legt Bayern ebenso wie wir höchsten Wert auf moderne Verlegeverfahren, einen zügigen Ausbau und maximalen Schutz für die bestehende Infrastruktur. Zu diesem Zweck haben wir auch mit dem Bayerischen Gemeindetag und dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft Vereinbarungen getroffen. Diese Art der Zusammenarbeit auf Augenhöhe pflegt Deutsche Glasfaser mit den Bundesländern seit nun schon über zehn Jahren. Wir freuen uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit in Bayern!

[deutsche-glasfaser.de/kommunen](https://deutsche-glasfaser.de/kommunen)

**Deutsche Glasfaser**

# Wettbewerb auf dem Netz, nicht um das Netz

GZ-Gespräch mit Peter Reisinger, Regionalleiter Kommunale Kooperation Bayern, Deutsche Glasfaser

80 Prozent der 6,3 Mio. bayerischen Haushalte haben keinen Glasfaseranschluss. Das sind mehr als 5 Mio. Haushalte. Im internationalen Vergleich aller OECD-Mitgliedstaaten steht Deutschland mit 5,4 Prozent gar auf dem fünfletztsten Platz, wenn es um den Anteil von Glasfaseranschlüssen an allen stationären Breitbandanschlüssen geht. Schlechter als in Deutschland sieht es nur noch in Großbritannien, Österreich, Belgien, und Griechenland aus. Deutschland ist also Entwicklungsland, was die Versorgung mit schnellem Internet angeht. Mit dem Markteintritt der Deutschen Glasfaser hat der Ausbau einen Schub erlebt.

Bereits 2011 hat das Unternehmen erkannt, dass besonders der ländliche und suburbane Raum den größten Ausbaubedarf hat und sich auf diese Bereiche spezialisiert. „Damit“, erklärte Peter Reisinger, Regionalleiter Kommunale Kooperation Bayern, im Gespräch mit der Bayerischen GemeindeZeitung, „war das Unternehmen in Deutschland Pionier für den eigenwirtschaftlichen Ausbau im ländlichen Raum und hat damit die Basis zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Regionen gelegt.“

Die Deutsche Glasfaser, deren Name ist Programm, steht für einen kompletten FTTH-Aus-

bau, d.h. hier kommt nur Glasfaser ins Haus.

## Eigenwirtschaftlicher Ausbau und staatliche Förderung

Ausgebaut wird vorrangig eigenwirtschaftlich, ergänzt durch den Zugang von unterversorgten Gebieten mit „Weißen Flecken“ durch gezielte staatliche Förderung. Das deutschlandweite Investitionsvolumen des Unternehmens beläuft sich inzwischen auf sieben Mrd. Euro. Zum Vergleich: Laut einer Marktanalyse des Bundesverbands Breitbandkommunikation e.V. (BREKO) stehen bis 2025 insgesamt 43 Mrd. Euro an privat-

wirtschaftlichen Investitionen für die Glasfaserversorgung zur Verfügung. Die hohe Attraktivität des Breitbandausbaus ist bei Investoren also angekommen. Unterstützt wird dies durch das im Koalitionsvertrag formulierte Bekenntnis der neuen Bundesregierung zum Breitbandausbau mit Glasfaser. Außerdem verspricht die Regierung, dass Open Access zu fairen Bedingungen ermöglicht werden soll, wo nötig auch regulatorisch. Für die Deutsche Glasfaser ist das eine Absage an die Mitverlegungswünsche anderer Telekommunikationsanbieter.

## Doppelten Netzausbau vermeiden

„Ein doppelter Netzausbau ist unnötig. Jeder doppelt ausgebaute Ort bedeutet, dass ein anderer Ort länger auf die Erschließung mit Glasfaser warten muss. Mit Open Access lassen sich Netze wirtschaftlich, nachhaltig und im Sinne aller Betei-



Peter Reisinger, Regionalleiter Kommunale Kooperation Bayern, Deutsche Glasfaser und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

ligten nutzen. Der Wettbewerb muss auf dem Netz stattfinden. Wir haben ja auch nur einen Stromanschluss im Keller liegen und trotzdem die Möglichkeit, aus mehreren Stromanbietern zu wählen“ konstatiert Reisinger.

## Weisse und graue Flecken

Investitionsmittel wären also reichlich vorhanden und daher solle der eigenwirtschaftliche Ausbau Vorrang haben. Förderprogramme wären nur auf Orte zu beschränken, deren Ausbau tatsächlich unrentabel sei: „Die staatliche Förderung leistet ohne Frage einen wichtigen Beitrag für unterversorgte weiße Flecken. Bei den grauen Flecken sind allerdings weniger als 10 Prozent auf Subventionen angewiesen. Diese gilt es zu identifizieren und mit dem privatwirtschaftlichen Ausbau zu verzahnen. Wir sprechen dabei von „Integraler Planung“. Die Gemeinde Haimhausen ist hierfür ein gutes Beispiel“, appelliert Reisinger.

Im Normalfall brauche die Deutsche Glasfaser ab der Übereinkunft mit einer Kommune zum gemeinsamen Gang des Projekts 18 Monate, um eine Gemeinde an das schnelle Internet anzuschließen. Für einen reibungslosen Ablauf werden schlanke Prozesse und moderne Verlegeverfahren benötigt. Daher hat das Unternehmen diverse Kooperationen und Absichtserklärungen unterzeichnet. 2019 wurde gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindetag ein Mustervertrag für alle bayerischen Gemeinden erstellt. So konnte die Anzahl der beteiligten Ansprechpartner reduziert werden.

## Memorandum of Understanding mit VBEW

Seit August 2021 sorgt ein Memorandum of Understanding mit dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW) dafür, dass vor Aufnahme der Baumaßnahmen alle Kontaktdaten der kommunalen Versorger bekannt sind. Schließlich liegen im Gehweg neben der Telefonleitung auch die Gas- und Stromversorgung. In einem Letter of Intent mit dem Bayerischen Finanzministerium, unterzeichnet im Dezember 2021 von Finanzminister Albert Füracker und CEO Thorsten Dirks, erklärt das Unternehmen bis 2025 für insgesamt 550.000 Glasfaseranschlüsse in Bayern sorgen zu wollen. Gebaut sind derzeit 100.000 und weitere 250.000 sind in der Planung. Ende Januar folgte schließlich eine weitere Erklärung mit dem Bayerischen Gemeindetag zu weiteren Standardisierungen und Handlungsrichtlinien. Die Deutsche Glasfaser hat sich so verpflichtet, Glasfaser-Infrastrukturen nach den anerkannten Regeln der Technik

munale Zustimmung zu modernen Verlegeverfahren, durch die viermal schneller gebaut werden kann. Das Unternehmen verpflichtet sich die Qualität der Baumaßnahmen sicherzustellen und als Ansprechpartner bis zur Abnahme durch die Gemeinde nach Beendigung der Baumaßnahme zur Verfügung zu stehen.

## Zukunftssichere Bandbreiten

„Die Pandemie hat die Schwachstellen der Digitalisierung in Deutschland klar aufgezeigt. Gleichzeitig hat sie für einen notwendigen Schub im Bewusstsein der Bevölkerung für eine leistungsfähige Glasfaserinfrastruktur gesorgt. Distanzunterricht und Homeoffice erfordern die Versorgung mit schnellem Internet – und nur der Ausbau mit Glasfaser garantiert zukunftssichere Bandbreiten im Gigabitbereich. Umso wichtiger ist es, dass wir unsere Ressourcen jetzt nicht durch einen unnötigen Doppelausbau verbrauchen, der den flächendeckenden Glasfaser Ausbau in die Länge zieht und dabei auch noch wertvolle Ressourcen verschwendet.“, fasste Reisinger den Unternehmensanspruch zusammen. **CH**

# Agile Entscheidungsstrukturen ...

(Fortsetzung von Seite 5)

**das Bundesverfassungsgericht ein Recht der Kinder und Jugendlichen gegenüber dem Staat auf schulische Bildung anerkannt. Das heißt: Sollten erneut Schulen geschlossen werden müssen, müssen Kommunen, als Sachaufwandsträger der Schulen, auf digitalen Distanzunterricht vorbereitet sein. Wie ist es um die digitale Infrastruktur der bayerischen Schulen bestellt und welche Schritte sollten hier ggf. in naher Zukunft unternommen werden?**

## Enorme Fortschritte bei der Breitbandversorgung

**Bauer:** Die Breitbandversorgung der Schulen wird immer wieder kritisch thematisiert, die tatsächlich sehr gute Versorgungslage wird häufig nicht gesehen. Tatsache ist, es gibt enorme Fortschritte. Bereits seit 2018 liegt der Fokus der Bayerischen Staatsregierung auf diesem Thema: mit der Glasfaser/WLAN-Richtlinie wurde 2018 ein unbürokratisches und einfaches Förderprogramm für Schulen, Krankenhäuser und Rathäuser aufgelegt. Bislang wurden über 78 Mio. Euro allein für Schulen zugesagt, 80 Prozent der öffentlichen Schulen sind aktuell gigabitfähig versorgt. 56 Prozent aller öffentlichen Schulen sind direkt mit Glasfaser angebunden, Glasfaseranschlüsse von weiteren 31 Prozent der öffentlichen Schulen befinden sich im Bau. Die Träger von weiteren 12 Prozent der öffentlichen Schulen haben Interesse signalisiert oder befinden sich bereits in der Bauausschreibung. Unser Ziel ist die optimale Versorgung aller Schulen in Bayern unter Nutzung der verschiedenen Förderinstrumente. Die Versorgungslage der bayerischen Schulen wird übrigens im BayernAtlas über den Kartendienst „Digitaler Schulatlas“ transparent dargestellt. Bayern ist hier also gut aufgestellt.

## Synergien bei Vermessung und Digitalisierung

**GZ: Wie passt eigentlich „Vermessung“ mit „Breitband“ und „Digitalisierung“ zusammen?**

**Bauer:** Das passt sehr gut zusammen. Die Bayerische Vermessungsverwaltung hat schon immer versucht mit Hilfe der Di-

gitalisierung die eigenen Prozesse zu optimieren. Aktuell machen wir beispielsweise sehr gute Fortschritte beim Einsatz von Methoden der künstlichen Intelligenz zur Objekterkennung aus Digitalen Orthophotos. Der Breitbandausbau wäre ohne einen Raumbezug nicht organisierbar. Das Wissen, wo Infrastruktur vorhanden ist und wo viele Hausanschlüsse zu bedienen sind, erfordert eine genaue Georeferenzierung und einen geübten Umgang mit Geodaten. Dies sind Hauptkompetenzen von Geodätinnen und Geodäten.

Im Zuge der Gigabitförderung werden verschiedene amtliche Geodaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung verarbeitet. So werden beispielsweise rund 3,7 Mio. amtliche Hauskoordinaten, welche von den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung erhoben und gepflegt werden, als wesentliche Grundlage im Förderprozess verwendet. Zusammen mit den Nutzungsdaten aus dem Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) können wir die Gemeinden bei ihrer Bestandsaufnahme in der Festlegung der gewerblichen Nutzung von Hausadressen unterstützen. Ein Angebot, das von den Gemeinden gerne angenommen wird. Über den tagesaktuellen Kartendienst „Gigabitrichtlinie“ im BayernAtlas kann sich jede Bürgerin und jeder Bürger informieren, ob seine Wohnadresse Teil eines geplanten geförderten Gigabitbaus ist.

**GZ: Kommunen verfügen über den Rohstoff der Zukunft: Daten. Sollten Kommunen mit ihren Daten Geld verdienen?**

**Bauer:** Die staatliche und die kommunale Verwaltung existieren nicht zum Selbstzweck, sondern sollen der Gesellschaft dienen. Daher bin ich persönlich der Auffassung, dass es unsere vordringlichste Aufgabe ist, staatlich erhobene Daten in die Nutzung zu bringen. Gebühren sollten kein Einstiegshemmnis darstellen und dazu führen, dass sich die potentiellen Nutzer alternative Datenquellen suchen, die in der Regel keinen Rechtsanspruch auf Richtigkeit zulassen. Auch in Hinblick auf die PSI-Richtlinie der EU – nach dem englischen Titel Re-use of Public Sector Information – hal-

te ich Diskussionen über Gebühren für kommunale Daten für nicht zielführend. Die Daten der Kommunen dienen im Übrigen in der Regel der Zielerreichung auf dem Weg zu Smart Cities und Smart Regions.

**GZ: Was wollen Sie unserer Leserschaft, den Entscheidungs-trägerinnen und Entscheidungsträgern in Bayerns Kommunen, mit auf den Weg geben?**

**Bauer:** Die Digitalisierung erfordert oft ein Umdenken und das Beschreiten neuer Wege. Dazu gehört für mich an erster Stelle der Mut, Entscheidungen in diese Richtung zu treffen, um voran zu kommen. Bekannte Vorgehensweisen funktionieren in der Schnelleibigkeit der Digitalisierung nicht mehr, es werden agile Entscheidungsstrukturen notwendig. In diesem Zusammenhang ist auch eine offene Fehlerkultur wichtig. Um technisch voran zu kommen, müssen Bündnisse eingegangen werden, da die einzelne Gemeinde oder Stadt schnell an ihre Grenzen stoßen wird. Der E-Government-Pakt mit den Kommunen, die Geodateninfrastruktur Bayern oder Cloud-Dienste unseres IT-Dienstleistungszentrums sind hier richtige Ansätze.

## Kommunale IT-Sicherheit

Immer wichtiger wird es auch, sich intensiv mit der IT-Sicherheit auseinander zu setzen. Die Bedrohungslage wird zunehmend komplexer und für die einzelne Kommune nicht mehr beherrschbar. Hier hat die Bayerische Staatsregierung mit der Gründung des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) bereits richtungweisend agiert. Die Kommunen erhalten hier Unterstützungs- und Beratungsleistungen. Mit dem Siegel „Kommunale IT-Sicherheit“ ermöglicht das LSI gerade kleinen Kommunen einen effektiven Einstieg in die IT-Sicherheit.

Und schließlich ist es wichtig, digital souverän zu bleiben, sich also nicht durch die technische Umsetzung von einem Hersteller abhängig zu machen. Auch darauf sollten die kommunalen Entscheidungsträger bei allen Projekten achten.

**GZ: Vielen Dank für dieses Interview!** **□**



V.l.: Schulamtsdirektorin Nicola Holzapfel, Rektorin Liane Köppl, 1. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und Konrektorin Stefanie Haberl.

Bild: Ingo Knott, Stadt Abensberg

# Grundschule Offenstetten ist eine „Smart School“

**Spannung an der Grundschule Offenstetten: Die diesjährigen Sieger des bundesweiten Wettbewerbs „Smart School“ wurden bekannt gegeben. Ausgeschrieben wird der Wettbewerb vom Digitalverband Bitkom, der die Digitalisierung Deutschlands in Wirtschaft und Verwaltung vorantreiben will. Der Bitkom vertritt mehr als 2000 Mitgliedsunternehmen und vergibt den Titel der Smart Schools heuer zum siebten Mal. „Smart Schools“ vereinen digitale Infrastrukturen mit digitalen Inhalten und pädagogischen Konzepten sowie entsprechend qualifizierten Lehrkräften. Auf die Auszeichnung bewerben konnten sich Schulen, die für diese drei Säulen ein Konzept entwickelt und umgesetzt haben sowie dieses um nachhaltiges Projektmanagement ergänzen.**

Beworben haben sich deutschlandweit 68 Schulen für die dieses Jahr ausgeschriebenen „Smart School“-Auszeichnungen. 20 Schulen haben es geschafft. Bekannt gegeben wurde dies im Rahmen einer Videokonferenz, an der neben den Moderatoren drei der überzeugendsten Schulen vertreten waren. GSO-Rektorin Liane Köppl gehörte dazu. Für sie war ganz klar, weshalb die GSO dabei ist: „Wir haben uns vor zwölf Jahren auf den digitalen Weg gemacht. Damals noch gegen viele Widerstände und Vorbehalte.“ Erster Meilenstein in dieser Entwicklung sei dann der Erhalt des Titels „Referenzschule für Medienbildung“, den die GSO seit 2015 trägt. 2016 wurde die Grundschule aufgrund ihrer Innovationsbereitschaft für die Teilnahme am Schulversuch „Digitale Schule 2020“ der Stiftung Bildungspakt Bayern ausgewählt.

## Informatik ab der ersten Klasse

Seit 2018 wird Informatik an der GSO schon in der ersten Jahrgangsstufe angeboten. „Ich bin gespannt, was nun an dieser Weggabelung auf uns wartet“, so

die Rektorin, als sie nach der Videokonferenz ins Lehrzimmer kam. Dort knallten die Sektkorke, denn mit dem Titel „Smart School“ bieten sich weitreichende Vernetzungsmöglichkeiten. Der Bitkom selbst ist in politischen Verbänden wie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund aktiv.

Liane Köppl dankte ihrer Konrektorin Stefanie Haberl und den Lehrerinnen und Lehrern, die sich um digitale Lerninhalte, digitale Vermittlung und die Beschaffung von digitalen Lernmitteln kümmern. Schulamtsdirektorin Nicola Holzapfel freute sich, dass „Sie und Ihr Team echte Vorreiterrollen in der digitalen Schullandschaft übernommen haben.“ Auch Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl gratulierte: „Vom Wissen dieser Grundschule können andere wirklich profitieren.“

Denn Deutschlands Schulen mit den besten Konzepten und Projekten zur Digitalisierung werden Teil des bundesweiten „Smart School“-Netzwerks mit über 100 Standorten. Der Wettbewerb wird von der Deutschen Telekom unterstützt. Weitere Informationen gibt es unter [www.smart-school.de](http://www.smart-school.de). **□**

# Gigabitstrategie für Deutschland

„Wir wollen den digitalen Aufbruch für Deutschland. Die Digitalisierung bringt uns mehr Fortschritt, mehr Teilhabe, mehr Chancen. Dafür brauchen wir überall leistungsfähige digitale Infrastrukturen, das heißt Glasfaser bis ins Haus und den neuesten Mobilfunkstandard“, betonte der Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wisching, bei der Vorlage der Eckpunkte zur Gigabitstrategie. Aus den Eckpunkten, den Branchengesprächen sowie Gesprächen mit den Ländern wird nun die Gigabitstrategie ausformuliert, die noch vor der Sommerpause im Kabinett beschlossen werden soll.

Laut BMDV „wollen wir bis zum Jahr 2030 Glasfaser bis ins Haus und den neuesten Mobilfunkstandard überall dort, wo Menschen leben, arbeiten oder unterwegs sind. In einem ersten Schritt wollen wir bis Ende des Jahres 2025 die Anzahl der Glasfaseranschlüsse verdreifachen. Außerdem soll mindestens die Hälfte der Haushalte und Unternehmen mit FTTB/H versorgt sein.“ Allein in den privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau wollen die Telekommunikationsbranche bis 2025 50 Milliarden Euro investieren. Dies begleite und unterstütze man mit passenden Rahmenbedingungen.

## Genehmigungen vereinfachen

Um den Glasfaser- und auch den Mobilfunkausbau zu beschleunigen, müssen aus Sicht des BMDV die Bau- und Standortgenehmigungen vereinfacht werden. Dafür sollen die Bundesländer bis Ende 2022 entsprechende Gesetzesänderungen vornehmen. Dazu zählen unter anderem die Möglichkeit zum vorzeitigen Baustart noch vor Erteilung der Baugenehmigung, die Verringerung der Grenzabstände, die für Mobilfunkmasten vorgesehen sind, sowie die Genehmigungs-freistellung für mobile Masten und Änderungen an bestehenden Mobilfunkmasten.

Zudem müssten neue Verlegetechniken in die Fläche gebracht werden. Durch die Änderung des TKG sei es heute schon möglich, etwa Microtrenching und oberirdische Verlegetechniken zu nutzen, die das Glasfaserkabel schneller und kapazitätssparender verlegen. Bislang komme dies jedoch vor Ort nur wenig zum Einsatz. „Wir wollen die Akzeptanz bei Kommunen und Unternehmen der Baubranche erhöhen und Unsicherheiten abbauen. Mithilfe von guten Beispielen und Pilotprojekten wollen wir Potenziale und Umsetzungsmöglichkeiten zeigen. Zugleich unterstützen wir die Prozesse zur Normung und Standardisierung alternativer Verlegetechniken und prüfen, ob und wie mögliche Bauschäden oder Risiken abgedeckt werden können“.

nen“, heißt es in dem Eckpunkt-papier.

Ab nächstem Jahr sei es in Deutschland möglich, die Ausrüstung von Kupfer zu Glasfaser auch in Gebieten zu fördern, die bereits mit 100 Mbit/s versorgt sind. „Damit diese Fördermöglichkeit effizient genau dort zum Einsatz kommt, wo die TK-Unternehmen nicht investieren, passen wir unsere Förderung an und machen die Genehmigungsverfahren digitaler und schneller“, so das BMDV.

## Planungssicherheit für Kommunen

„Die Fördersätze bleiben, wie sie sind. Damit wollen wir den Ländern und Kommunen die notwendige Planungssicherheit geben. Zugleich wollen wir die Förderung vereinfachen: Deshalb schlagen wir eine Cluster-Förderung vor. In den Regionen mit einem hohen Anteil weißen Flecken starten wir unsere Förderung. Auch das Land entscheidet im Rahmen seiner Ko-Finanzierung mit. Das bedeutet: weniger Markterkundungsverfahren und damit weniger bürokratischer Aufwand. Zugleich erreichen wir so vor allem den ländlichen Raum, in dem privatwirtschaftlich seltener ausgebaut wird“, heißt es weiter.

Um die Länder und Kommunen von zusätzlicher Bürokratie zu entlasten, werde das Antragsverfahren vollständig digitalisiert. „Wir entwickeln zudem einen Mustervertrag für das Betreibermodell und ermöglichen die gleichzeitige Ausschreibung von Planung und Bau. Das wird das Förderverfahren um einige Monate verkürzen.“ Zusätzlich werde der Einsatz von Gutscheinen geprüft, um schnell Menschen in unterversorgten Gebieten anzuschließen.

„Wir wollen für Deutschland den neuesten Mobilfunkstandard überall dort, wo Menschen leben, arbeiten oder unterwegs sind. Dafür konzentrieren wir die Mobilfunkinfrastruktur-gesellschaft auf ihre Kernaufgaben, sorgen für eine bessere Mobilfunkversorgung an Bahnstrecken und schaffen einen neuen Bund-Länder-Staatssekretärs-Ausschuss. Dieser wird

sich mindestens vier Mal im Jahr treffen, um die Umsetzung der Gigabitstrategie zu überprüfen und wo nötig Anpassungen vorzunehmen sowie Hilfestellungen zu geben“, betont das BMDV. Zudem etablierte man einen institutionalisierten Branchendialog, um die Kooperation zwischen Staat und Markt bei der Beschleunigung des Ausbaus zu verbessern.

## Bitkom-Reaktion

„Mit der Gigabit-Strategie des Digitalministeriums können Deutschlands Netze bis 2025 auf ein ganz neues Niveau gehoben werden: viel dichter geknüpft, schneller und ressourcenschonender“, begrüßt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder den angekündigten Maßnahmenkatalog. Seit Jahren weise der Branchenverband darauf hin, dass der Netzausbau mit einfachen Maßnahmen unter anderem im Bereich des Bau- und Verwaltungsrechts massiv beschleunigt werden kann. Wichtig sei, dass die neue Strategie nun auch umgesetzt und mit Leben gefüllt wird. Dazu brauche es die Länder und Gemeinden.

Aktuell bestehe eine hohe Investitionsbereitschaft in Gigabit-Netze, bekräftigte der Verbandsvertreter. So hätten schon heute fast zwei Drittel aller Haushalte Zugang zu Gigabit-Internet, 7,5 Millionen Haushalte könnten mit Glasfaser angebunden werden. Genauso wie die Regierung sähen aber auch die Unternehmen weiteren Handlungsbedarf. An mehr als 1.000 Standorten kämen die Mobilfunkunternehmen mit Ausbauplanen für Mobilfunkanlagen derzeit nicht voran, viele Verfahren zögen sich über mehr als zwei Jahre. Die Gründe lägen in der schwierigen Suche nach Standorten, langwierigen Genehmigungsverfahren und fehlender Akzeptanz bei politischen Entscheidungsträgern oder in der Bevölkerung vor Ort.

Aus Rohleders Sicht ist die Bereitschaft der Netzbetreiber groß, ihre Investitionen zu steigern und ganz Deutschland in den kommenden Jahren gigabitfähig zu machen. Bis 2025 bestehe seitens der Unternehmen ein Investitionspotenzial von zehn bis zwölf Milliarden Euro pro Jahr für den Ausbau von Festnetz und Mobilfunk. Die Politik habe die Aufgabe, ideale Rahmenbedingungen zu schaffen, um dieses Potenzial auszuschöpfen.

Auch der VKU begrüßt die kla-

In Kooperation mit der atene KOM GmbH



Alle Beiträge finden Sie auf der Internetseite: [www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog](http://www.gemeindezeitung.de/GZ-Blog)

# Eine Smarte Region und ihre strategischen Voraussetzungen

Die atene KOM informiert über die Digitale Transformation in Stadt und Land

Die Bayerische Gemeindezeitung ist stets bestrebt Gebietskörperschaften im Freistaat fachkundiges Hintergrundwissen für die kommunale Praxis zu vermitteln. In einer Kooperation mit der atene KOM soll die Digitale Transformation in Stadt und Land beleuchtet und mit greifbaren Umsetzungshilfen dargestellt werden. Im Fokus dieser Ausgabe stehen die strategische Herangehensweise und ersten Schritte einer smarten Region. Wie sollte eine Kommune damit beginnen, sich dem Digitalen Wandel zu widmen, welche Bereiche sind betroffen und wer muss in den Prozess eingebunden werden?

Die Digitale Transformation erfasst Deutschland in hohem Tempo. Viele Städte und Gemeinden wollen diesem Trend aber nicht mehr nur passiv begegnen, sondern ihre Zukunft aktiv mitgestalten. Ging es in Stadt- und Regionalplanungsprozessen zuvor um wachsende Städte und Regionen, liegt der Fokus nun darauf, diese intelligent zu machen. Hierbei werden nicht mehr nur die physischen Voraussetzungen vor Ort, sondern auch der Einsatz digitaler Technologien in Betracht gezogen, um mit unter Bereiche wie die Daseinsvorsorge, Verwaltung oder Mobilität langfristig zu verbessern.

Häufig stellen Städte und Gemeinden bereits grundlegende Online-Lösungen, wie Plattformen zur Jobsuche oder Online-Terminvereinbarung mit Bürgerämtern bereit. Intelligente Orte gehen jedoch darüber hinaus. Bei ihnen führen Digitalisierungsprozesse in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen zu neuen Strukturen. Zu Anwendungsfeldern gehören zum Beispiel telemedizinische Angebote im Gesundheitswesen, digitale Werkzeuge im Bildungsbereich und plattformgestützte Mobilitäts-Lösungen wie Car-Sharing-Angebote und intelligente Transportsysteme.

Nicht selten fehlt es den Kommunen jedoch an einer konkreten Zielrichtung oder ausreichenden Personal- und Kapitaldecke, um die Potenziale der Digitalisierung für ihre Entwicklung nutzen zu können. Eine Digitalstrategie kann dabei helfen, die bestehenden Bedarfe und relevanten Handlungsfelder zu identifizieren, lokale Prioritäten zu erkennen und personelle wie finanzielle Ressourcen sinnvoll zu verteilen. Vielfältige Einzelmaßnahmen können so aufeinander abgestimmt und in einen strukturierten Fahrplan für die digitale Transformation gegossen werden.

Eine auf die Kommune zugeschnittene Digitalstrategie begleitet diese zielgerichtet und bedarfsgerecht auf dem Weg der Digitalen Transformation. Auch wenn es für die Erstellung einer solchen Strategie keine Blaupause gibt, zeigen Erfahrungen der kommunalen Praxis, dass besonders folgende drei Thesen bei der Ausgestaltung einer Digitalstrategie wesentlich sind:

re Festlegung auf das Infrastrukturziel eines Glasfaserausbau bis in die Gebäude. Stadtwerke orientierten sich beim Glasfaserausbau schon zu über 90 Prozent genau an diesem Ziel, erklärte VKU-Chef Ingbert Liebing.

Liebing forderte mehr Kooperationen beim Ausbau. Zudem werde Open Access für die Glasfaserwerke benötigt – weg vom Wettbewerb zwischen den Netzen, hin zum Wettbewerb auf dem Netz: „Es macht keinen

Sinn, dass jeder weiter sein eigenes Glasfasernetz ‚buddelt‘ und mancherorts zwei, drei oder vier Netze nebeneinander liegen und in anderen Orten gar keins. Man hat schließlich auch nicht für jede Automarke ein eigenes Straßennetz aufgebaut, sondern ein Straßennetz für alle Marken.“

Die weit überwiegende Zahl der Stadtwerke offeriere bereits einen diskriminierungsfreien Zugang zu ihrem Glasfasernetz für Wettbewerber, unterstrich der

## 1. NUR INTEGRIERTE STRATEGIEN FUNKTIONIEREN

Da die Digitalisierung alle Bereiche der Stadt- oder Regionalentwicklung umfasst, muss auch die dazugehörige Strategie einen integrierten Ansatz verfolgen und sich an bestehenden kommunalen und räumlich übergeordneten Konzepten orientieren. Dazu gehören Konzepte der Integrierten Stadt- und Regionalentwicklung (zum Beispiel ISEK/ILEK), kommunale Leitbilder und sektorale Strategien, wie regionale Tourismus- und Marketingkonzepte. Eine gute Digitalstrategie ist somit kein „Raumschiff“, sondern ein sektorenübergreifendes Bindeglied verschiedener politischer Handlungsfelder und kommunalen Anwendungsebenen.

## 2. NUR PARTIZIPATIVE STRATEGIEN FUNKTIONIEREN

Die Digitalisierung ist ein vielfältiges Themenfeld mit Auswirkungen auf nahezu alle Lebens- und Arbeitswelten. Akzeptanz für den digitalen Wandel und die eingesetzten Technologien erhalten Kommunen dann, wenn die Anwendungen und Dienstleistungen die Bedarfe der Bevölkerung und Akteur:innen vor Ort erfüllen und von ihnen verstanden werden. Dies gelingt am ehesten, wenn die kommunalen Stakeholder und Bürger:innen aktiv im Transformationsprozess involviert sind und die Möglichkeit haben, diesen mit auszugestalten. Es gilt: Wer mitsprechen kann, hält den Fortschritt nicht auf.

## 3. NUR UMSETZBARE STRATEGIEN FUNKTIONIEREN

Visionäre Strategien, die zu abstrakt oder zu allgemein formuliert sind, werden keine Wirkung entfalten, wenn aus ihnen keine klaren Prioritäten und greifbare, realistische Projekte abgeleitet werden können. Doch ein Maßnahmenplan sollte auch kein starres Konstrukt sein, sondern muss gegebenenfalls flexibel auf sich ändernde technologische Entwicklungen, lokale Herausforderungen und Ressourcen angepasst werden.

Die langjährige Erfahrung der atene KOM bei der Begleitung von Kommunen auf dem Weg ihrer digitalen Transformation hat gezeigt, dass eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe und der Blick von außen auf die lokalen Herausforderungen, fruchtbare und bereichernde Ansätze für die Projekte vor Ort hervorbringen können. Wenn auch Sie zusammen mit der atene KOM ihre Zukunft ausgestalten möchten, sprechen Sie gerne unseren Regionalstandort Bayern an: Daniel Artmann, [d.artmann@atenekom.eu](mailto:d.artmann@atenekom.eu), 089 4132488-10

Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur mit offenem Zugang ist für Kommunen in ländlich geprägten Regionen **die Lösung**, um zukunftsfest gegenüber den Ballungsräumen attraktiv zu bleiben.

Aus der Region. Für die Region. Als Unternehmen mit Hauptsitz in Niederbayern und Zweigniederlassung in Oberbayern bietet LEONET das gesamte Programm an: Von der Finanzierung und Teilnehmergebung, über die Bauplanung und Durchführung mit regionalen Tiefbauunternehmen bis zur Leitungsverlegung (FTTH / FTTB) und dem kundenorientierten Netzbetrieb.

**GIGABITFÄHIGES INTERNET FÜR IHRE VERWALTUNG. FÜR IHRE BÜRGER\*INNEN. FÜR IHRE UNTERNEHMEN.**

Das Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.



## GLASFASERAUSBAU UNTER PARTNERN



Ihr LEONET-Berater:  
**Adrian Richter**  
Teamleiter

Tel.: +49 (0)151 18815692  
E-Mail: [adrian.richter@leonet.de](mailto:adrian.richter@leonet.de)



Stadt und Landkreis Würzburg:

## Modellprojekte Smart Cities – die Strategiephase hat begonnen

Im Herbst 2021 erhielten Stadt und Landkreis Würzburg den positiven Förderbescheid des Förderprogramms „Smart Cities“. Unter dem Motto „Gemeinsam aus der Krise: Raum für Zukunft“ wurden Maßnahmen in den drei Handlungsfeldern Kommunikation, Partizipation und Datenouveränität definiert. Diese Maßnahmen gilt es in der einjährigen Strategiephase zu validieren und gegebenenfalls anzupassen und in einer vierjährigen Umsetzungsphase in Stadt und Landkreis Würzburg zu realisieren.

Mit den Modellprojekten Smart Cities unterstützt die Bundesregierung Kommunen dabei, die Digitalisierung im Sinne einer integrierten, nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung zu gestalten. „Das Zusammenleben der Menschen bei allen gesellschaftlichen Entwicklungen zu verbessern, ist ein Ziel dieses Programms“, freuen sich Landrat Thomas Eberth und Oberbürgermeister Christian Schuchardt über den Prozess.

Für diese Herausforderung wurde ein neues, kreatives und hochqualifiziertes Team von der Stadt Würzburg zusammengestellt. Das gesamte Sls-Team (Sls

steht für stadt.land.smart) setzt sich neben Mitarbeitenden der Stadt und des Landratsamtes Würzburg aus sechs neu rekrutierten Personen zusammen.

### Telekom-Expertenteam lieferte wertvolle Impulse

Am 1. Februar 2022 startete das Onboarding, bei dem sich das Team mit ihren Funktionen und Aufgaben kennenlernte. Mit sehr informativen und straff getakteten Einheiten lieferte das Smart City-Expertenteam der Telekom, die als begleitendes Strategieberatungsunternehmen beauftragt wurde, wertvolle Impulse. Das Tele-

kom-Team zeigte auf, wie man an ein derartig umfangreiches Projekt herangeht und wie man die Ziele des Smart Cities-Förderprogramms bestenfalls umsetzt. Dabei wurden u.a. Maßnahmen sowie die Zielgruppen konkretisiert, Leitbild und Mission diskutiert und Best Practices anderer Städte aufgezeigt.

### Gemeinwohl im Mittelpunkt

Bis Ende dieses Jahres wird eine kommunale integrierte Digitalstrategie erarbeitet, bei der das Gemeinwohl im Mittelpunkt

stehen soll. Dabei werden alle relevanten Stakeholder aus den Verwaltungen, Wirtschaft und Wissenschaft sowie den Dachverbänden beteiligt. Auch die Bürgerinnen und Bürger der Region Würzburg werden im Rahmen von Veranstaltungen und Workshops eingebunden.

Rathauschef Schuchardt und Landrat Thomas Eberth haben sich passend zu den Themen online aus dem Landratsamt zur Auftaktveranstaltung des Onboardings zugeschaltet und wünschten dem neuen Team einen guten Projektstart. Beide Hausspitzen sind sich einig: „Die Digitalisierung setzt sich in allen Lebensbereichen durch. Das Förderprogramm gibt uns die große Chance, die Region Würzburg als Vorreiter für das vernetzte soziale Leben der Zukunft zu etablieren.“



Oberbürgermeister Christian Schuchardt, Landrat Thomas Eberth und Michael Dröse (Kreisentwicklung) begrüßten das neue Team und wünschten einen guten Projektstart. Bild: Christian Schuster

## Grenzenlos sichere Kommunikation durch Quantentechnik

Bayerisch-österreichische Studie wichtiger Meilenstein für ein europäisches quantenverschlüsseltes Kommunikationsnetz

Eine bayerisch-österreichische Studie macht den Weg frei für eine quantenverschlüsselte und damit abhörsichere Verbindung verschiedener Anbieter in mehreren Ländern. Die Quantentechnologie kann also einen wesentlichen Beitrag zur sicheren nationalen und europäischen Kommunikation liefern. Dies ist eine zentrale Erkenntnis der Gemeinschaftsstudie im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales und des österreichischen Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

Ziel der bayerisch-österreichischen Studie war es, die Machbarkeit für eine länderübergreifende Quantenkommunikationsinfrastruktur (QCI) aufzuzeigen und quantenverschlüsselte Netzwerke verschiedener Betreiber über entsprechende Schnittstellen miteinander zu verbinden. Bisher war diese Form der Interoperabilität nicht möglich, es konnten nur Netze einheitlicher Betreiber miteinander kommunizieren.

### Roadmap für ein „Quanteninternet“

Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach erklärt: „Cybersicherheit ist ein permanenter Wettlauf gegen Kriminelle und hat mit den Entwicklungen der letzten Tage nochmal eine enorme Dringlichkeit erfahren. In Zukunft werden beispielsweise die heute gängigen Verschlüsselungen für E-Mails nicht mehr sicher sein. Mit unserer bayerisch-österreichischen Studie haben wir neue Sicherheitsmöglichkeiten im Bereich der Quantentechnologie erkundet und eine Roadmap für ein grenzüberschreitendes „Quanteninternet“ vorgelegt. Dies ist ein enorm wichtiger erster Schritt für den Aufbau der europaweiten verschlüsselten Kommunikation von morgen. Mit Hilfe der Quantentechnologie sind wir so etwaigen Mithörern hier mehr als ein Quantum voraus.“

Die österreichische Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Leonore Gewessler, betont: „Mit Österreich und Bayern haben sich zwei europäische Spitzenstandorte im Bereich der quantenverschlüsselten Kommunikation gemeinsam auf den Weg gemacht, den ersten Schritt für eine grenzüberschreitende Quantenkommunikationsinfrastruktur auf den Weg zu bringen.“

Nach den Worten von Bayerns Wissenschaftsminister Markus Blume „spielt Cybersicherheit für unsere freiheitliche Gesellschaft eine große Rolle. Gerade die jüngsten dramatischen Ereignisse zeigen uns, dass wir auf alles vorbereitet sein müssen. Mit exzellenter Forschung und Ausbildung in den Quantentechnologien schaffen wir an den Hochschulen in Bayern die Voraussetzungen für innovative

Lösungen. Quantentechnologien sind eine der Schlüsseltechnologien für die Zukunft und ein wesentlicher Teil unserer High-Tech Agenda Bayern. Insgesamt 300 Millionen Euro investiert der Freistaat in dieses Zukunftsfeld.“

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ergänzt: „Ich begrüße diese bayerisch-österreichische Initiative sehr. Der Freistaat kann bereits einige Erfahrung mit in das Projekt bringen. Schon seit 2019 arbeiten wir mit Sachsen an einer hochsicheren Kommunikations-Testinfrastruktur. Basis sind Quantenkryptografie und quantengestützte Übertragungssysteme. Das Bayerische Wirtschaftsministerium bereitet derzeit die Förderung für quantensichere Verbindungsstrecken und Labore in München, Nürnberg-Erlangen und Oberpfaffenhofen vor. Das werden die Keimzellen für ein innovatives Ökosystem sein. Es spricht deshalb für das Hightech Land Bayern, wenn solche praxisorientierte Quantenforschung nun auch über nationale Grenzen hinweg umgesetzt wird.“

Im Kontext der EuroQCI-Initiative erarbeiteten Forscherinnen und Forscher vom Max-Planck-Institut für die Physik des Lichts (MPL) in Erlangen und dem Austrian Institute for Technology in Wien gemeinsam einen Plan, wie eine quantenverschlüsselte Kommunikationsinfrastruktur über Ländergrenzen hinweg, sprich mit unterschiedlichen Betreiberinnen und Betreibern und Systemen, in Zukunft funktionieren könnte.

### Meilenstein

Die Studie hat die Machbarkeit nachgewiesen. Der folgende Schritt, die Pilotierung, wäre eines der ersten transnationalen Projekte dieser Art und ein weiterer Schritt zu einer abhörsicheren Verbindung zwischen allen europäischen Mitgliedstaaten.

Somit stellt die vorliegende Studie einen wichtigen Meilenstein dar für ein europäisches quantenverschlüsseltes Kommunikationsnetz und skizziert notwendige Standards und wichtige Fragen, die in einem gemeinsamen bayerisch-österreichischen Projekt getestet und beantwortet werden könnten.

### Mobilfunkausbau:

## Staatsforst stellt Grund günstiger zur Verfügung

Die Bayerischen Staatsforsten bieten künftig günstigere Preis-Konditionen für die Pacht beim Bau von Mobilfunkmasten in den von ihr betreuten Waldgebieten an. Damit werden günstigere Voraussetzungen geschaffen, um Mobilfunklücken auch im ländlichen Raum schließen zu können.

Staatsminister Aiwanger dankte den Staatsforsten für diese wichtige Unterstützung: „Mobilfunk wird in ländlichen Gebieten benötigt, die Sender sind dort aber wirtschaftlich schwierig zu realisieren. Ein vernünftiger Preis macht Mobilfunkmasten im Wald erschwinglicher. Da nun die gesamte Staatsverwaltung den Mobilfunkausbau auf ihren Flächen und Liegenschaften fördert, profitieren auch die Bundesprojekte von den verbesserten Konditionen.“

Aiwanger betonte die großen Anstrengungen bei der Verbesserung der Mobilfunkversorgung im Freistaat. Zwar wäre es die Aufgabe des Bundes, durch entsprechende Auflagen an die Mobilfunkbetreiber auch in ländlichen Regionen eine flächendeckende Versorgung zu erreichen. „Der eigenwirtschaftliche Ausbau geht vor, aber Bayern will es den aktiven Kommunen ermöglichen, selbst das Heft in die Hand zu nehmen. Davon ungeachtet werden wir uns wie schon bisher für strenge Versorgungsaufgaben einsetzen. Wir haben hier bereits die nächste Frequenzvergabe 2025 im Blick, hier muss künftig einiges anders und besser laufen“, erklärte der Staatsminister.

## Digitalisierung in der kommunalen Personalwirtschaft

Zeit, Mühe und bares Geld sparen Kommunen, wenn sie ihren Mitarbeitern eine elektronische Gehaltsabrechnung zukommen lassen. Von den Vorteilen für die Umwelt ganz zu schweigen. Mit dem Online-Fachdienst „eGehaltsabrechnung“ der AKDB wurden 2021 über 95.000 eGehaltszettel digital zur Verfügung gestellt.

Bei der digitalen Transformation einer Kommune spielt die Personalabteilung neben der Buchhaltung oft eine Vorreiterrolle. Denn hier macht sich der Abschied vom Papier am schnellsten bezahlt. Das gilt fürs Recruiting ebenso wie für die Gehaltsabrechnung.

Konkret: Wenn jeden Monat die Lohnabrechnungen für die Arbeitnehmer erstellt werden, fallen bei den meisten Kommunen oder kommunalen Unternehmen noch die üblichen Arbeiten an: Ausdrucken, Kuvertieren, Verschicken oder Auf-den-Schreibtischlegen. Und das kostet Papier, Toner, Porto, Arbeitszeit. Schätzungen gehen davon aus, dass so pro Mitarbeiter etwa 1,50 Euro anfallen. Und das unabhängig davon, ob der Dienst an einen Dienstleister outgesourct wird oder nicht.

Den Online-Fachdienst eGehaltsabrechnung der AKDB gibt es bereits seit 2013. Generell kann diese den Beschäftigten nach der Entgeltbescheinigungsverordnung analog oder digital zur Verfügung gestellt werden. Mittlerweile kommt die digitale Variante in immer mehr Kommunen, Verbänden, Kliniken, Handwerkskammern, Krankenkassen und Forschungsinstituten zum Einsatz, die die AKDB-Software OK.PWS nutzen. „Wir stellen fest, dass auch immer mehr Mitarbeiter aus kleineren und mittleren Kommunen unseren Dienst in Anspruch nehmen“, so Maria Birner, Produktmanagerin Personalwirtschaft bei der AKDB.

Über die Systeme der AKDB wurden allein 2021 über 95.000 eGehaltsabrechnungen digital versendet. Dabei ist absolute Datensicherheit gewährleistet. Denn die PDF-Dokumente werden in ein digitales Postfach gelegt, zu dem nur der Beschäftigte Zugang hat.

Der Beschäftigte beantragt zunächst einen elektronischen Postkorb innerhalb des Bürgerservice-Portals. Entweder mit seiner BayernID oder mit Nutzernamen und Passwort. Dadurch wird eine Postkorb-ID generiert. Diese Postkorb-ID wird über das AKDB-Meldeceter zur Rückbestätigung an den Arbeitgeber übertragen. Erst nach Freigabe durch den Personalsachbearbeiter wird die Gehaltsabrechnung in elektronischer Form erstellt und im Postkorb des Beschäftigten abgelegt.

Der oder die Beschäftigte erhält eine automatisierte Benachrichtigungs-Mail. Die Postkorb-Nutzung erfolgt ausschließlich durch den Beschäftigten. Voraussetzung für den Arbeitgeber ist die Nutzung des Personalmanagement-Systems OK.PWS der AKDB. Denn diese Software hat eine Schnittstelle zum digitalen Postkorb.

Derzeit nutzen 1.200 kommunale Kunden OK.PWS und ca. 8.000 Arbeitnehmer erhalten jeden Monat ihre eGehaltsabrechnung über das Bürgerservice-Portal der AKDB.

Auch die AKDB bietet ihren Mitarbeitern eine elektronische Gehaltsabrechnung an. Von den über 1.000 Angestellten nutzen über ein Viertel den Dienst.

## Forschungsprojekt untersucht Desinformations-Kampagnen

Falschinformationen im Netz spielen eine immer größere Rolle, wenn es darum geht, wirtschaftliche und machtpolitische Interessen in der realen Welt durchzusetzen. Das Forschungsprojekt KIMONO am Forschungsinstitut (FI) CODE an der Universität der Bundeswehr München untersucht, wie Desinformations-Kampagnen frühzeitig erkannt, klassifiziert und beobachtet werden können.

Innerhalb der vergangenen zehn Jahre sind die Sozialen Medien zu einer zentralen Informationsquelle für Milliarden Menschen weltweit geworden. Spätestens seit dem Arabischen Frühling 2011 ist klar, wie viel Einfluss Facebook, Twitter und Co. auch auf politische Prozesse haben. Doch gezielte Desinformationskampagnen können Menschen manipulieren und so zu einer massiven Schwächung des Vertrauens in die Demokratie, ihre rechtsstaatlichen Prinzipien sowie in die Meinungsfreiheit führen.

### Desinformation kann ganze Staaten destabilisieren

Zudem besteht die Gefahr, dass staatliche Akteure Beeinflussungskampagnen in Sozialen Medien nutzen, um gegnerische Staaten zu destabilisieren (hybride Kriegsführung). Im Projekt KIMONO am FI CODE der Universität der Bundeswehr München arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler daran, derartige Kampagnen möglichst frühzeitig zu erkennen, um deren Entwicklung und Verbreitung zu beobachten und geeignete Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Prof. Michaela Geierhos, Professorin für Data Science und Technische Direktorin am FI CODE, leitet die deutsch-israelische Forschungskooperation KIMONO: „Um im Ernstfall angemessen reagieren zu können, ist es essenziell, die gezielte Verbreitung von Falschinformationen in Sozialen Medien wissenschaftlich zu untersuchen und die dahinterliegenden Muster und Netzwerke möglichst frühzeitig zu erkennen“, betonte Geierhos.

### An welchen Merkmalen erkennt man Fake News?

Das Projektteam nutzt für die Datenakquise eine klassische Pipeline: Diese ruft entsprechende Daten von verschiedenen Social-Media-Plattformen

wie Twitter, Facebook und Instagram ab und speichert sie zunächst in einer Datenbank. Zur Auswertung wenden die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedene State-of-the-Art-Algorithmen des flachen und tiefen Lernens an. In die Analyse und Klassifikation fließen auch Merkmale wie etwa das Beziehungsnetzwerk der jeweiligen nutzenden Person, die sprachliche Gestaltung der Posts oder Informationen über die Posting-Häufigkeit und Followerzahl – die beiden letztgenannten Faktoren sind insbesondere für die Erkennung sogenannter Social Bots relevant.

### Anforderungskatalog für ein Frühwarnsystem

Im Ergebnis soll eine Softwareunterstützung entstehen, um Kampagnen nicht nur schnell zu erkennen und explizit zu markieren, sondern zusätzlich noch ergänzende Erklärungen bereitzustellen, warum ein bestimmter Social-Media-Beitrag als Teil einer irreführenden Informations- und Beeinflussungskampagne eingestuft wird.

Laut Prof. Geierhos „ist es wichtig, dass die Nutzenden die Klassifizierung verstehen und das Ergebnis transparent bleibt. Nur so können sinnvolle Maßnahmen abgeleitet werden.“ Ein weiteres Ziel des Projekts ist die Bereitstellung eines Anforderungskataloges, der für die spätere Entwicklung eines Early-Warning-Systems herangezogen werden soll.

Das Projekt KIMONO (Kampagnenidentifikation, -monitoring und -klassifikation mittels Methoden des Social Media Mining zur Integration in ein KI-basiertes Frühwarnsystem) wird vom Bundesministerium der Verteidigung gefördert und läuft noch bis zum Jahr 2023.

Mehr Informationen: <https://www.unibw.de/datensicherheit/professuren/data-science/forschung/kimono>



Markus Beckmann, Technik-Chef Bayern.  
Bild: Telekom



Josef Scherl, Konzernbevollmächtigter für den Breitbandausbau in Bayern.  
Bild: Frank Boxler



Peter Roll, verantwortlich für den Fiber Ausbau Süd (Vertrieb).  
Bild: Telekom

## Dauerhaft, nachhaltig und zu 100 Prozent

Telekom startet Glasfaser-Offensive in Bayern

**Bis 2030 will die Deutsche Telekom allein in Bayern zwischen fünf und sechs Mrd. Euro investieren, um alle Haushalte mit einem FTTH (Fiber to the Home)-Glasfaseranschluss an das schnelle Internet anzuschließen. Über den ehrgeizigen Ausbauplan – jeder der 2.065 bayerischen Kommunen soll ein Vorschlag unterbreitet werden – sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit Josef Scherl, Konzernbevollmächtigter für den Breitbandausbau in Bayern, Markus Beckmann, Technik-Chef Bayern und Peter Roll, verantwortlich für den Fiber Ausbau Süd (Vertrieb).**

Das klar formulierte Unternehmensziel ist eine ganzheitliche Glasfaser-Partnerschaft mit den bayerischen Kommunen, verbunden mit einem diskriminierungsfreien Zugang für alle Vertragspartner. „Die Formel lautet: Eigenausbau plus geförderter Ausbau plus Kooperationen gleich Vollausbau“, erklärt Scherl und fügt an: „Wir wollen mit den Kommunen gemeinsam einen Plan entwickeln, wie wir zügig zu einem Vollausbau mit Glasfaser bis ins Haus kommen.“

Die Vorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Die regionalen Ansprechpartner der Telekom haben alle 2056 Kommunen analysiert und auf dieser Grundlage wird bis Mai allen Breitbandverantwortlichen in den bayerischen Kommunen ein Besuchsangebot unterbreitet.

Bis Ende 2020 hat die Telekom vor allem FTTC (Fiber to the Curb) gebaut, um so schnell wie möglich zig Millionen Haushalten hohe Bandbreiten zur Verfügung zu stellen. Bei dieser Ausbaueinheit hat das Unternehmen Glasfaserkabel bis in den Verteilerkasten am Straßenrand gezogen. Vom Verteilerkasten bis ins Haus des Kunden nutzte die Telekom das bestehende Kupferka-

belnetz. „Ca. 90 Prozent unserer Kunden buchen Anschlüsse mit einer verfügbaren Bandbreite zwischen 50 und 100 MBit/sec. Damit läuft unser Netz auch in Pandemiezeiten stabil. Aber das Fundament für die Digitalisierung wird zukünftig der Glasfaser-Ausbau sein. Er bringt unserer Gesellschaft erhebliche Mehrwerte und wir begleiten unsere Kunden in diese digitale Transformation“, begründet Vertriebs-Chef Roll das Engagement der Telekom.

### Nachhaltige Entwicklung der Kommunen

Diese digitale Transformation äußert sich bereits bei virtuellen Geschäftstreffen und in der Nutzung von Homeoffice-Angeboten. Nicht zu vernachlässigen ist aber auch, dass das Glasfasernetz, als passives Netz, kaum Energie verbraucht. Das schnelle Internet trägt so auf vielfältige Weise zu einer nachhaltigen Entwicklung der Städte und Gemeinden bei.

Jetzt wird also auch die „letzte Meile“, das Stück vom Verteilerkasten bis in die Wohnung, in Glas gebaut. „Wir haben unsere Organisation komplett auf FTTH umgestellt“, betont Beckmann, Technik-Chef in Bayern. „Wir ha-

ben unsere Prozesse digitalisiert und nutzen innovative Techniken wie künstliche Intelligenz für den Ausbau.“ Neben dem traditionellen Tiefbau setzt die Telekom verstärkt auf einen minimalinvasiven Ausbau, d. h. das Glasfaserkabel wird in kleineren Gräben und geringerer Tiefe verlegt. „Hier müssen wir bei manchen Kommunen immer noch Überzeugungsarbeit leisten“, stellt Beckmann fest. „Aber wir haben mit diesen Verlegetechniken inzwischen sehr gute Erfahrungen. Und um den Glasfaserausbau in Bayern zu beschleunigen, müssen wir neue Wege gehen.“

Beim Ausbau kommt den Privat- und Geschäftskunden eine neue Rolle zu. Bisher fand der Netzausbau vorrangig in den Betriebsstellen und im öffentlichen Raum statt. Der FTTH-Ausbau ist ohne Mithilfe der Kundinnen und Kunden nicht möglich. Damit das Glasfaser-Kabel bis in die Wohnung und die Unternehmensstandorte gelegt werden kann, ist es erforderlich, buchstäblich die Tür zu öffnen, denn das private Gebäude muss für einen Anschluss von den Technikern betreten werden.

Hier hoffen die Telekom-Verantwortlichen auch auf kommunikative Unterstützung aus der Kommune. Grundsätzlich wird der bayerischen Breitband-Strategie eine gute Note gegeben. Unisono loben Scherl, Beckmann und Roll, dass die Zeichen der Zeit in Bayern verhältnismäßig früh erkannt wurden. Bundes- und Landesförderung seien gut aufeinander abgestimmt. CH

### Digitalisierung der Behördengänge in den bayerischen Landratsämtern:

## Vom Antrag bis zur Genehmigung alles digital

**Behördengänge müssen vollständig digital abgewickelt werden können. Mit dem Projekt „Digitaler Werkzeugkasten“ setzt der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags bereits seit 2019 gemeinsam mit dem Bayerischen Digitalministerium zahlreiche Online-Anträge um. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Pilotprojekts im Oktober 2020, wurde das Projekt im März 2021 auf 24 Landkreise aus allen bayerischen Regierungsbezirken ausgeweitet.**

Das Besondere dabei: Die 24 Landkreise setzen mit dem „Digitalen Werkzeugkasten“ Online-Anträge für wichtige Verwaltungsleistungen arbeitsteilig um und stellen diese anschließend allen Landkreisen zur kostenlosen Übernahme und weiteren Nachnutzung bereit. Auf diese Weise entsteht ein starkes Austauschnetzwerk, von dem alle Landkreise profitieren. Dieser kooperative Ansatz hat auch die Jury beim eGovernment-Wettbewerb 2021 überzeugt. Das Projekt wurde in der Kategorie „Bestes Kooperationsprojekt 2021“ ausgezeichnet.

Mit dem jetzt gestarteten Projekt werden nach den Online-Anträgen auch die internen Prozesse „Vom Antrag bis zur Genehmigung“ digitalisiert. „Die Digita-

lisierung der Landratsämter ist eine Mammutaufgabe, der wir uns gerne stellen. Wir müssen daher unsere Kräfte bündeln. Dafür steht der Innovationsring: Gemeinsame Herausforderungen werden gemeinsam angepackt“, so Landrat Josef Niedermaier zum Projektstart.

### Digitalisierung interner Prozesse

Wesentliches Ziel ist es, die internen Bearbeitungsschritte zu standardisieren (z.B. Beteiligung von Fachstellen) und technisch umzusetzen. Die so entwickelten Prozess-Bausteine werden allen Landkreisen kostenlos bereitgestellt. Der Leiter der Projektgruppe „Organisation/eGovernment“ des Inno-

vationsrings, Landrat Matthias Dießl, Landkreis Fürth, ergänzt: „Die Digitalisierung der internen Prozesse bietet echte Mehrwerte für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Landratsämtern. Das werden wir jetzt zügig angehen.“

Das Ziel, die Behördengänge vollständig zu digitalisieren, verfolgt der Bayerische Innovationsring mit Nachdruck. In diesem Möglichmacher-Gremium des Bayerischen Landkreistags haben sich 26 Landkreise zusammengeschlossen, um die aktuellen und künftigen Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.

Überzeugender Service für die Bürgerinnen und Bürger ist einer der wichtigsten Leitgedanken der 1997 gegründeten Innovationssschmiede. Dass dies auch für die digitale Verwaltung gelten muss, war den Verantwortlichen rund um den Leiter des Innovationsrings, Landrat Josef Niedermaier (Bad Tölz-Wolfratshausen), früh klar. □

### Online-Fachgespräch über kommunale IT-Sicherheit:

## „Wir müssen vor die Lage kommen!“

**Das Thema IT-Sicherheit betrifft Kommunen jeder Größe. Die Anforderungen an den Schutz kommunaler IT-Systeme nehmen bei fortschreitender Digitalisierung sowie bei derart einschneidenden Ereignissen wie dem Ukraine-Krieg weiter zu. Anlass für die Fraktion der Grünen im Bayerischen Landtag, ein Online-Fachgespräch zum Thema IT-Sicherheit aus Sicht der kommunalen Praxis zu veranstalten.**

Als Referenten agierten auf dem digitalen Podium unter anderem: Benjamin Adjei, Sprecher der Grünen für Digitalpolitik im Bayerischen Landtag, Daniel Kleffel, Präsident des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, Manuel Atug von der AG KRITIS sowie Heike Leise, Mitglied der AKDB-Geschäftsleitung.

Wie wichtig das Thema ist, zeigte sich schon zu Beginn der Veranstaltung, als unter den etwa hundert Teilnehmern ein reger Austausch zu den Gefahren von Cyberattacken begann und wie sich Kommunen in Bayern dagegen wappnen können. Zielgruppe des Fachgesprächs waren kommunale Entscheider und Mitarbeitende der Kommunalverwaltungen.

### Trojaner legte Landratsamt lahm

Mit seinem Bericht über die Vorfälle im Landkreis Anhalt-Bitterfeld in Sachsen-Anhalt beeindruckte Manuel Atug, Gründer und Sprecher der AG KRITIS, die sich der Versorgungssicherheit der Bevölkerung verschrieben hat. Atug berät und begleitet Institutionen und Unternehmen bei der Einführung von Informationssicherheits-Management-Systemen.

Infolge des Cyberangriffs auf die Kreisverwaltung wurde im Juli 2021 der Katastrophenfall ausgerufen. Mehrere Server des Landkreises waren mit sogenannter Ransomware infiziert worden, nach Zahlung eines Lösegelds sollten diese wieder freigegeben werden, der Landkreis lehnte die Geldzahlung aber ab. Daraufhin konnte der Landkreis viele Dienstleistungen nicht mehr erbringen. Erst mit neu aufgebauten IT-Strukturen und BSI-Unterstützung stellte die Behörde nach über einem halben Jahr die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung wieder her. Ein Fall, wie er sich nur in größeren Kommunen ereignen könnte?

Die Referenten waren sich einig: Auch in kleineren Kommunen können Cyberkriminelle jederzeit zuschlagen. Umso wichtiger die organisatorische und technische Security-Awareness, also unterschiedlichste Maßnahmen, um Mitarbeitende ei-

ner Behörde für Themen rund um die Sicherheit der IT-Systeme zu sensibilisieren und dadurch die Gefahren für die IT-Sicherheit zu minimieren. Zielgruppen solcher Maßnahmen müssten alle Ebenen sein, von den Sachbearbeitern bis hin zur Amtsleitung.

Einigkeit bestand darin, dass alle bayerischen Kommunen unabhängig von ihrer Größe über ein gewisses Maß an Basissicherheit im IT-Bereich verfügen müssen. Kommunale Netze könne man Stress- oder Penetrationstests unterziehen, um gerade Nicht-Fachleuten die Notwendigkeit einer wirksamen Informationssicherheit zu verdeutlichen. Viele Kommunen hätten aber noch erhebliche Schwierigkeiten, die erforderlichen Maßnahmen umzusetzen.

Dazu berichtete Regina Reitenhardt, Geschäftsführerin der GKDS (Gesellschaft für Kommunales Datenschutz mbH): „Viele Gemeinderatsmitglieder zumindest in kleineren Kommunen kennen kein LSI, nicht einmal das Thema IT-Sicherheit“. Dabei könnte man schon mit der Erstellung eines Informationssicherheitskonzepts vielen Gefahren präventiv entgegenwirken, neben der Sensibilisierung der Mitarbeiter sei das ein funktionierendes Notfallmanagement sowie der Schutz vor Schadsoftware.

### „Gibt's da was von der AKDB?“

Auf die zahlreichen Möglichkeiten, die Kommunen zusätzlich zur Verfügung stünden, verwies Heike Leise von der AKDB als öffentlich-rechtlicher IT-Dienstleister. Die von den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden getragene AKDB unterstütze Kommunen beim Thema IT-Sicherheit im AKDB-Ökosystem, in dem unter anderem das Systemhaus-Tochterunternehmen LivingData und das Datenschutz-Tochterunternehmen GKDS zusammenarbeiten.

Mit pragmatischen Angeboten, die die gesetzlichen Mindestanforderungen erfüllen, mit Unterstützung zur Erlangung einer Sicherheits-Zertifizierung durch das LSI, mit individuellen Beratungsangeboten und auch mit umfassenden Outsour-

cing-Konzepten: „Wir wollen im Sinne unserer Kunden die Komplexität des Themas IT-Sicherheit reduzieren und die Risiken minimieren“.

Eine weitere Stufe sei das Komplett-Outsourcing des IT-Betriebs, wo nicht nur die Fachverfahren, sondern auch ganze IT-Komponenten in das BSI-zertifizierte Rechenzentrum der AKDB ausgelagert werden. Perspektivisch sollten Kommunen ihre IT-Lösungen aus der Cloud beziehen können – und zwar flexibel und sicher. Bernd Schaps, Bereichsleiter Platform- & Cloud Services, Mitglied der AKDB-Geschäftsleitung und verantwortlich für den Rechenzentrumsbetrieb, ergänzte: „Wir investieren stark in die Zukunft, auch mit dem Neubau eines Rechenzentrums. So können wir kommunale Daten weiter in Deutschland hosten und IT-Abteilungen entlasten. Kommunen sollen mehr wertvolle Zeit für ihre Bürger haben.“

Als Vertreter des LSI, das ebenfalls wichtige Beratungsleistungen für Kommunen anbietet, versicherte Präsident Daniel Kleffel, das LSI wolle kein Kontrolleur sein, sondern vertrauensvoller Ansprechpartner. Von der Glaub- und Vertrauenswürdigkeit des Siegels „Kommunale IT-Sicherheit“, mit dem Kommunen auf Basis einer Selbst-Auskunft eine Mindestabsicherung in der Informationssicherheit nachweisen können, ist Kleffel überzeugt: „Das Siegel ist wichtig und hat Aussagekraft – die Vertreter der öffentlichen Verwaltung wollen sich der Realität stellen und nicht in die eigene Tasche lügen.“

Fazit: Gastgeber Johannes Becher, Sprecher der bayerischen Landtagsgrünen für kommunale Fragen, appellierte an die Vertreter der Kommunen: Auf jeden Fall wachsam sein, Prävention betreiben („Wir müssen vor die Lage kommen!“), gerade in Zusammenhang der erhöhten abstrakten Gefährdungslage seit Beginn des Ukraine-Krieges. Und in die Umsetzung kommen, sich auch gegenseitig helfen („Kommunen sind nicht allein!“) und in punkto Informationssicherheit etwas unternehmen. Das sei man schon den Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat schuldig. Prävention sei besser und günstiger als Schadensbewältigung.

Becher verwies auf die freie Entscheidungsmöglichkeit der Kommunen bei der Wahl ihres IT-Dienstleisters, dankte aber ausdrücklich der AKDB als „Partner der kommunalen Familie“. □

**Bayernweit –  
Gemeinsam für mehr  
Geschwindigkeit**

[breitbandausbau@m-net.de](mailto:breitbandausbau@m-net.de)

**m·net**

# Hinweisgebersysteme müssen eingerichtet werden

Ein Gastbeitrag von Kilian Bauer, insidas GmbH & Co. KG

Am 17.12.2021 hätte die Whistleblower-Richtlinie (EU) 2019/1937 in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Der deutsche Gesetzgeber ist dem bis jetzt jedoch nicht nachgekommen. Die Richtlinie soll es Arbeitnehmern und anderen Beteiligten ermöglichen, mittels eines sogenannten Hinweisgebersystems Verstöße gegen Unionsrecht zu melden und trotz der Meldung keine rechtlichen oder betrieblichen Nachteile zu erleiden. Diese Hinweisgeber oder Whistleblower werden durch die Richtlinie geschützt. Private und öffentliche Organisationen werden dagegen verpflichtet, sichere Kanäle für die Meldung von Missständen anzubieten.

## Wer braucht ein Hinweisgebersystem?

Grundsätzlich bedürfen EU-Richtlinien eines nationalen Umsetzungsakts, um rechtliche Wirkung zu entfalten. Unter bestimmten Umständen können einzelne Vorgaben einer Richtlinie jedoch ohne einen Umsetzungsakt unmittelbare Wirkung entfalten. Das ist dann der Fall, wenn die Umsetzungsfrist abgelaufen ist, die konkreten Regelungen hinreichend genau bestimmt und inhaltlich unbedingt sind, sowie keine Privatpersonen

verpflichtet werden. Die Richtlinie verpflichtet juristische Personen des öffentlichen und privaten Sektors Kanäle und Verfahren für interne Meldungen und Folgemaßnahmen einzurichten. Im privaten Sektor gilt das für juristische Personen mit 50 oder mehr Arbeitnehmern. Im öffentlichen Sektor gilt das für alle juristische Personen.

Der deutsche Gesetzgeber hat die Möglichkeit Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern oder weniger als 50 Arbeitnehmern von der Pflicht zur Einrichtung eines Hinweisgebersystems

auszunehmen. Davon wurde noch kein Gebrauch gemacht.

Die Vorgaben, wie ein Hinweisgebersystem eingerichtet werden muss, sind in Art. 9 Whistleblower-Richtlinie detailliert und ohne weitere Voraussetzungen beschrieben. Dementsprechend werden insbesondere Gemeinden und Behörden durch die Richtlinie bereits jetzt verpflichtet und müssen ein Hinweisgebersystem bereithalten.

## Was ist das Hinweisgebersystem?

Die Whistleblower-Richtlinie berücksichtigt drei verschiedene Kanäle für eine Meldung: Interne Meldekanäle, externe Meldekanäle an die zuständige Behörde und eine Offenlegung der Informationen an die Öffentlichkeit. Das Hinweisgebersystem ist der interne Meldeweg, der den Arbeitnehmern die Meldung von Informationen über Verstöße ermöglicht.

Die Hinweise über eine Meldung müssen von einer zuständigen, unparteiischen Stelle entgegengenommen werden. Außerhalb der zuständigen Stelle darf nicht auf die Meldung zugegriffen werden und die Identität des Hinweisgebers darf unter keinen Umständen offenbart werden. Die Meldung muss in schriftlicher und mündlicher Form, sowie nach Ersuchen des Hinweisgebers, in physischer Form möglich sein. Innerhalb von 7 Tagen muss eine Eingangsbestätigung an den Hinweisgeber verschickt werden und es muss innerhalb einer Frist von 3 Monaten zu einer Rückmeldung kommen. In dieser Zeit ist es die Aufgabe der unparteiischen Stelle die Informationen der Hinweise zu verifizieren oder zu widerlegen, Täter zu identifizieren und Schäden zu quantifizieren. Das Verfahren für

interne Meldungen schließt dann auch ordnungsgemäße Folgemaßnahmen der unparteiischen Stelle mit ein.

## Welche Maßnahmen sollten ergriffen werden?

Nach aktueller Rechtslage müssen alle Behörden Systeme einrichten, um Hinweisgeber Meldungen über Missstände zu ermöglichen. Es stehen ihnen verschiedene Möglichkeiten bereit, wie sie ein Hinweisgebersystem einrichten können. Die Einrichtung einer internen Mail-Adresse oder Telefonnummer birgt bereits das Risiko eines Zugriffs durch Admins des IT-Systems, welche die Voraussetzungen der Whistleblower-Richtlinie an die Vertraulichkeit nicht erfüllt. Eine andere Möglichkeit wäre eine externe Mail-Adresse oder Telefonnummer. Da die Meldekanäle jedoch in schriftlicher und mündlicher (und hier auch physischer) Form eingerichtet werden müssen, bietet es sich an, ein IT-System zu verwenden, das unter Kontrolle und alleiniger Einsicht der unparteiischen Stelle steht. Je nach Größe und Ressourcen der Behörde kann sie die interne Einrichtung des Hinweisgebersystems besonders vor eine schwer lösbare Aufgabe stellen.

Zusätzlich zur Einrichtung des Hinweisgebersystems, müssen verschiedene Einschätzungen und Vorkehrungen im Bereich der Informationssicherheit und des Datenschutzes dahingehend getroffen werden, ob das ausgewählte System den rechtlichen Anforderungen entspricht. Dazu gehören z.B. eine Datenschutzfolgenabschätzung nach Art. 35 DSGVO und die Festlegung geeigneter technischer organisatorischer Maßnahmen.

Neben der Beratung für die Umsetzung eines Hinweisgebersystems bietet die Insidas eine eigene, umfassende technische und organisatorische Lösung für Meldungen an, bei der Insidas als unparteiische Stelle auftritt. Kontakt: <https://www.insidas.de/>

# „LandInForm“: Landleben digital

In der aktuellen Ausgabe von „LandInForm“ stellt die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) Projekte vor, die die Lebensqualität der Menschen im ländlichen Raum durch digitale Dienste und Anwendungen steigern: Vom DorfFunk, der 16 Dörfer einer Gemeinde vernetzt, über eine Teilnehmungsplattform, die Jugendliche einlädt, ihre Region mitzugestalten, bis zu einer Notfall-App, die medizinischem Personal die Kommunikation mit nicht-deutschsprachigen Patientinnen und Patienten erleichtert.

Welche Faktoren tragen dazu bei, dass Digitalprojekte erfolgreich sind? Erkenntnisse dazu liefern die Projekte des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE). Rund 60 Projekte der BULE-Maßnahme „Land.Digital“ betreut das in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) angesiedelte Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Es hat sich gezeigt: Die Zielgruppe sollte bereits bei der Identifikation des Problems und bei der Planung des Tools eingebunden sein. Außerdem sollten die Projektbeteiligten die digitale Kompetenz künftiger Nutzer beachten und wissen, wie sie das Projekt fortführen können, wenn die Förderung ausläuft. Wie dies in der Praxis aussehen kann, zeigen folgende Beispiele.

Das Projekt „bremke.digital“ hatte mit der Smartphone-App „DorfFunk“ zunächst den Austausch zwischen den Menschen in dem niedersächsischen Ort Bremke zum Ziel. Das Projekt wurde anschließend auf die weiteren 15 Dörfer der Gemeinde Gleiches ausgeweitet, heißt nun „gleichen.digital“ und brachte der Gemeinde im vergange-

nen Jahr den Titel „Digitaler Ort Niedersachsen“ ein. Bewohner ohne Smartphone oder ohne Internet werden über einen Bildschirm im Dorfladen gleichermaßen über Neuigkeiten informiert. Ein ehrenamtliches Redaktionsteam hat nach dem Ende der BULE-Förderung die Pflege und Weiterentwicklung der Plattform übernommen.

## Damit Jugend mitbestimmt

Im rheinland-pfälzischen Landkreis Birkenfeld lädt der Landkreis mit der Teilnehmungsplattform „userBIR“ junge Menschen dazu ein, Projekte vorzuschlagen, sich zu vernetzen und gemeinsam die Region zu gestalten – anstatt wegzuziehen. Dabei werden auch die Schulen eingebunden: Schülerinnen und Schüler visualisieren ihre Ideen mit den angebotenen Gestaltungs-Übersichten; gibt es von den Mitschülern einen „Daumen hoch“, wird das Projekt bei „userBIR“ eingereicht.

Weitere Beispiele, Hintergrundwissen und Interviews finden sich in der aktuellen Ausgabe der DVS-Zeitschrift „LandInForm“ unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de).

# M-net erreicht Klimaneutralität

Deutschlands erster klimaneutraler Telekommunikationsanbieter bestätigt CO2-Neutralstellung auch für das gesamte Geschäftsjahr 2021

Im ersten Halbjahr 2021 hatte M-net als erster Telekommunikationsanbieter Deutschlands die Klimaneutralität erreicht – nun hat das Unternehmen seine CO2-Neutralstellung für das gesamte Geschäftsjahr 2021 bestätigt. Im Vergleich zu 2019 konnte M-net seine Emissionen dabei um rund 90 Prozent reduzieren. Für die Zukunft sind bereits weitere Verbesserungen der eigenen Klimabilanz in Planung: So werden ab 2022 auch Emissionen, die in der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette entstehen (Scope 3 nach Greenhouse Gas Protocol), in die Betrachtung einbezogen. Ziel bis zum Jahr 2025 ist es zudem, in den bereits betrachteten Scopes 1 und 2 nach Möglichkeit ganz ohne CO2-Emissionen auszukommen.

Im Herbst 2021 hatte Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net anlässlich seines 25-jährigen Firmenjubiläums bekannt gegeben, als erster Telekommunikationsanbieter in Deutschland nach den Scopes 1 und 2 des Greenhouse Gas Protocol klimaneutral zu sein. Grundlage war das Ergebnis der externen Prüfgesellschaft TÜV Rheinland, die dem Unternehmen für das erste Halbjahr 2021 die Klimaneutralität bescheinigte. Diese wurde nun für das gesamte Geschäftsjahr 2021 bestätigt.

Laut dem Gutachten gelang es dem Unternehmen, seine Emissionen stark zu reduzieren: M-net senkte seinen CO2-Ausstoß um rund 90 Prozent auf insgesamt nur noch knapp 800 Tonnen CO2 in 2021, was etwa den Emissionen eines einzigen Passagierfluges von München nach New York und zurück entspricht.

## „Nicht auf dem Erfolg ausruhen“

Diese Menge an aktuell noch unvermeidbaren CO2-Emissionen gleicht M-net über Zertifikate für ein internationales Klimaschutzprojekt aus und fördert die Aktion „Sauberes Trinkwasser Diana Madagaskar“, die nach dem „Gold-Standard“ anerkannt ist – einem der weltweit strengsten Zertifizierungsstandards.

Im Rahmen des Projekts wird eine einfache und günstige Wasserversorgung mit Solarpumpen aufgebaut, um die Treibhausgasemissionen durch das Abkochen von schmutzigem Wasser zu vermeiden, Krankheiten zu verhindern und eine Bewirtschaftung von Feldern zu ermöglichen. Darüber hinaus ist M-net weiterhin in der Heimat aktiv und unterstützt seit dem vergangenen Jahr in einem Waldstück bei Poing nahe München ein Klimaprojekt zur Aufforstung.

## Emissionen langfristig vermeiden

Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung von M-net, betont jedoch: „Als erster deutscher Telekommunikationsanbieter klimaneutral zu sein, ist ein Meilenstein für uns. Allerdings möchten wir uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen. Um die Natur und unsere Heimat zu schützen, werden wir auch in Zukunft hart an unserem ökologischen Fußabdruck arbeiten. Es ist unser erklärtes Ziel, Emissionen nicht nur zu kompensieren, sondern langfristig gänzlich zu vermeiden.“

## Klimabilanz kontinuierlich verbessern

Ab 2022 wird M-net auch den Scope 3 nach Greenhouse Gas Protocol, also die Emissionen, die in der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungskette entstehen und somit außerhalb des eigenen direkten

Handlungsbereichs liegen, in die Betrachtung einbeziehen und nach Möglichkeit schrittweise reduzieren. Das Ziel bis zum Jahr 2025 ist es, in den bereits betrachteten Scopes 1 und 2 nach Möglichkeit ganz ohne CO2-Emissionen auszukommen. Hierfür setzt das Unternehmen vorrangig auf die Reduzierung des Energieverbrauchs sowie auf die Nutzung erneuerbarer und sauberer Energien.

## Glasfaser als Schlüssel zur Nachhaltigkeit

Ein wesentlicher Schlüssel für die herausragende Klimabilanz von M-net ist die Glasfaser-Technologie, auf die das Unternehmen bereits seit 2010 beim Netzausbau setzt. „Die Daten-Übertragung per Glasfaser ist im Vergleich zu herkömmlichen kupferbasierten Netzen nicht nur wesentlich schneller und stabiler, sondern auch deutlich klimaschonender“, so Dr. Hermann Rodler, Technischer Geschäftsführer von M-net.

Während die Daten in einem reinen Glasfasernetz ausschließlich durch Lichtimpulse übertragen werden, müssen die Signale in einem kupferbasierten Netz in elektrische Impulse umgewandelt werden, was wesentlich anfälliger ist und deutlich mehr Energie benötigt. Im Vergleich zu einem Glasfasernetz bis in die einzelnen Wohnungen (Fiber To The Home) verbraucht die Internet-Nutzung per VDSL (Vectoring) daher bis zu 15-mal mehr Strom – und verursacht somit auch deutlich mehr schädliche Treibhausgasemissionen.

## Ganzheitliche Klimastrategie

Schon seit 2018 arbeitet Bayerns führender Glasfasernetzbetreiber M-net daran, seinen CO2-Fußabdruck zu reduzieren. Im Jahr 2020 startete das Unternehmen mit einer neuen Klimastrategie, die gemeinsam mit externen Experten von Bosch Climate Solutions entwickelt und umgesetzt wurde. Auf die Analyse des CO2-Abdrucks im Basisjahr 2019 folgte die Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes.

Bei seiner Reduzierungsstrategie orientiert sich M-net am 4-Hebel-Konzept von Bosch Climate Solutions, das auf vier unterschiedlich gewichteten Ansatzpunkten zum Erreichen einer hochwertigen Klimaneutralität beruht. Dazu zählen – der Reihenfolge nach – die Erhöhung der Energieeffizienz, der Ausbau erneuerbarer Energien, der Zukauf von Grünstrom sowie die Kompensation von unvermeidbaren Emissionen.

Weitere Informationen zum Thema Klimaneutralität sowie der Treibhausgasemissionsberichterstattung von M-net sind unter [www.m-net.de/klimaneutral](http://www.m-net.de/klimaneutral) abrufbar.

## Angebot der Deutschen Telekom:

# Internet- und Telefon-Anschlüsse über die FTTC-Netze von M-net

Der regionale Glasfaseranbieter M-net und die Deutsche Telekom haben eine FTTC-Wholesale-Kooperation für Bayern und den hessischen Main-Kinzig-Kreis geschlossen. Die Partnerschaft ermöglicht es der Deutschen Telekom, in den von M-net mit Glasfaser bis zum Kabelverzweiger (FTTC = Fiber-to-the-Curb) ausgebauten Gebieten eigene Internet- und Telefonanschlüsse auf Glasfaserbasis zu vermarkten. Die ersten Telekom-Anschlüsse über das Netz von M-net sollen ab dem zweiten Quartal 2022 angeboten werden.

„Mit der Deutschen Telekom verbindet uns bereits seit vielen Jahren eine Partnerschaft bei Vorleistungsprodukten. Wir freuen uns sehr, dass wir die Deutsche Telekom nun erstmals auch als Nachfrager und damit einen weiteren Wholesale-Partner für unsere Glasfaserinfrastruktur gewinnen konnten“, so Nelson Killius, Sprecher der M-net Geschäftsführung. „Die Partnerschaft ist zukunftsweisend, da sie einerseits den Weg für weitere Kooperationen ebnet und andererseits einen Beitrag zu einem effizienten Breitbandausbau in Deutschland leistet. Schließlich ist keinem Kunden geholfen, wenn zwei Unternehmen in derselben Region parallel ein zukunftsfähiges Netz bauen, während andernorts die Ressourcen für den dringend benötigten Glasfaserausbau fehlen.“

„Die Telekom setzt sich schon lange für das Open-Access-Prinzip ein. Mehr Anbietervielfalt sorgt automatisch für mehr Wettbewerb, die Kundinnen und Kunden bekommen mehr Auswahlmöglichkeiten. Durch die Partner-

schaft mit M-net haben in Zukunft rund 230.000 Haushalte in Bayern und dem Main-Kinzig-Kreis die Möglichkeit, auf unser Magenta-Produktportfolio zuzugreifen. Kooperationen sind und bleiben ein zentraler Bestandteil unserer Digitalisierungsstrategie“, betont Dido Blankenburg, Vorstandsbeauftragter für Breitbandkooperationen bei der Telekom Deutschland.

In den nächsten Wochen schaffen M-net und die Telekom netz- und systemseitig alle erforderlichen Voraussetzungen für die reibungslose technische Umsetzung. Die zentrale Übergabe der Datenströme findet auf Basis von diskriminierungsfreier Layer 2 Bitstream-Zugängen (L2-BSA) über Anbindungen in München und Frankfurt am Main statt.

Eine entsprechende Wholesale-Schnittstelle, die von beiden Unternehmen gemeinsam implementiert und genutzt wird, sorgt dabei für vollautomatisierte Prozesse bei der Buchung und Realisierung der Endkundenanschlüsse. □

# Smart City-Forschungsprojekt in Kempten

Im Rahmen eines Forschungsprojektes hat die Stadt Kempten (Allgäu) zusammen mit der Yunex Traffic (ein Unternehmen der Siemens Mobility GmbH) ein Kamera-basiertes System zur Erfassung des Verkehrs an der Kreuzung St. Mang Brücke / Illerstraße / Brennergasse installiert.

Elementarer Bestandteil des Forschungsprojektes ist die technische Erfassung und der Schutz von Fußgängern und Radfahrern. Das eingesetzte Kamera-System wertet Daten mit künstlicher Intelligenz aus und kann somit eine Objekterkennung, Detektion und Klassifizierung von Verkehrsteilnehmern durchführen.

Alle Daten werden dabei vollständig als anonymisierte Informationen weiterverarbeitet. Dadurch wird ein Höchstmaß an

Datenschutz gewährleistet. Eine Aufzeichnung von Fahrzeugkennzeichen erfolgt nicht.

Die Stadt Kempten erhofft sich von dem Forschungsprojekt einen Beitrag zu mehr Verkehrssicherheit in Kempten. So soll künftig die Kommunikation zwischen Kraftfahrzeugen und nahenden Fußgängern und Radfahrern durch technische Hilfsmittel optimiert werden. Dadurch sollen unter anderem Unfälle bei Abbiegevorgängen vermieden werden. □

„Tag der öffentlichen Auftraggeber Digital“:

## Auszeichnung für GIZ und N-ERGIE

Beim „Tag der öffentlichen Auftraggeber“ treffen sich jährlich Fach- und Führungskräfte aus Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen sowie öffentlich-rechtlichen Unternehmen zum Erfahrung- und Informationsaustausch. Im Fokus der diesjährigen Online-Veranstaltung standen die Fragen, wie innovative öffentliche Beschaffung zu den Zielen kommunaler Innovationspolitik beiträgt und wie die Zusammenarbeit mit innovativen Start-ups und KMU erfolgreich funktioniert.

Außerdem fand die Preisverleihung des „Innovation schafft Vorsprung“-Awards statt. Sieger in diesem Wettbewerb für öffentliche Auftraggeber sind die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und die N-ERGIE Aktiengesellschaft. Mit dem Preis werden beispielhafte Leistungen bei der Beschaffung von Innovationen und der Gestaltung innovativer Beschaffungsprozesse ausgezeichnet. Der vom Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME) initiierte Preis steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK).

### Mehr Innovationen im öffentlichen Beschaffungswesen

Dr. Franziska Brantner (Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz): „Die Nutzung der innovativen öffentlichen Beschaffung zur Beförderung des Technologietransfers ist Bestandteil der BMWK-Innovationspolitik. Dabei liegt auf der Seite der Anbieter unser besonderes Augenmerk auf Start-ups und innovativen KMU. Es ist mir daher ein wichtiges Anliegen, für den BME-Preis, Innovation schafft Vorsprung, der jährlich die innovativsten Beschaffungsvorgänge auszeichnet, die Schirmherrschaft zu übernehmen. Ich möchte damit unterstreichen, dass auch die öffentliche Hand als Vorreiter Innovationen den Weg in den Markt ebnen kann. Darauf wollen wir einen noch stärkeren Fokus legen. Den Preisträgerinnen und Preisträgern gratuliere ich ganz herzlich zu ihren hervorragenden Leistungen, die innovative Beschaffung weiter voranzubringen.“

Dr. Helena Melnikov (Haupt-

geschäftsführerin BME e.V.): „Die Realisierung von Innovationen ist herausfordernd – auf lange Sicht stellt sie aber eine große Chance und einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung der Verwaltung dar. Sowohl das GIZ-Projekt zur Digitalisierung der Beschaffungsprozesse als auch die Smart-Parking-Lösung der N-ERGIE Aktiengesellschaft zeigen innovative Beschaffung auf hohem Niveau und haben Vorbildcharakter.“

### Preisträger GIZ

Aus den weltweiten GIZ-Projekten müssen jährlich rund 20.000 Anforderungen zentral von der Abteilung „Einkauf & Verträge“ bearbeitet werden. Gegenstand der Anforderungen sind rund zehn Prozent Einkauf von Sachgütern sowie 90 Prozent Dienstleistungs- und Finanzierungsverträge. Das Vergabevolumen beträgt ca. 1,1 Mrd. Euro pro Jahr.

Die Digitalisierung der Beschaffungsprozesse umfasst:

- Prozessanalyse und -anpassungen
- Ausschreibung und Implementierung einer elektronischen Vergabe-Management-Lösung
- Konzeption und Erstellung eines multilingualen webbasierten Self-Service-Portals zur einfachen assistenzgestützten, weltweiten Erfassung von Anforderungen unter Beachtung der GIZ-Compliance-Aspekte („Procurement Portal“, PP)
- Weltweiter Roll-out nur mit „Erklärfilm“ – trotzdem hohe Akzeptanz bei den Nutzern.

Die GIZ-Lösung stellt eine nahtlose Integration und Digitalisierung der Beschaffungskette von der Anforderung bis zur Vertragserstellung dar. Bereits in den ersten Monaten der Nutzung des Procurement Portals zeichneten sich signifikante Effizienzstei-

gerungen bei den Anfordernden und den Beschaffenden ab.

Alle Vergabebeanforderungen für Dienstleistungs-Beschaffungen durch die GIZ-Zentrale laufen seit dem Start über das Portal. Sie werden Algorithmus-gesteuert den Beschaffungsgruppen fair und sachgerecht zugeteilt. Dies führt zu mehr Ordnung, Transparenz und Zufriedenheit bei den Beschaffenden.

Vor allem die Bearbeitung (Antragstellung, Ausschreibung) wurde bedeutend schneller sowie vollständiger und fehlerfreier, da die Nutzer schrittweise durch den Prozess geleitet werden. In der nächsten Phase ist die Integration des Zahlprozesses geplant.

### Preisträger N-ERGIE

Für die N-ERGIE als regionaler Energieversorger in Nürnberg wurde aufgrund der Verlagerung eines Standorts ein zusätzlicher Bedarf an PKW-Stellplätzen für ca. 300 Mitarbeitende notwendig. Außerdem waren bisher genutzte Parkflächen für eine zukünftige wohnwirtschaftliche Nutzung vorgesehen. Bei der Erstellung eines neuen Verkehrs- und Parkraumkonzeptes sollten die Anforderungen einer nachhaltigen Verkehrswende mit den Zielen der Energie- und Klimawende verknüpft werden. So entstand das Konzept „Parkhaus der Zukunft“.

Während die Mitarbeitenden der N-ERGIE tagsüber ihr Fahrzeug parken, sollten die Anwohner aus der unmittelbaren Umgebung ihr Auto abends im Park-

haus abstellen können. Ziel war auch, genügend Ladeinfrastruktur für Elektroautos zur Verfügung zu stellen. Gemeinsam mit sieben weiteren Parkräumen in Nürnberg und Fürth will das Parkhaus der N-ERGIE außerdem dazu beitragen, die Verkehrsbelastung in der Innenstadt zu reduzieren und die Luftqualität zu verbessern: Das Parkraummanagementsystem hat eine direkte Verbindung zu den Nürnberger Luftmessstationen. Wird die Verkehrs- und Schadstoffbelastung im Zentrum zu hoch, werden die Nutzer informiert und in teilnehmenden Parkhäusern im Außenbereich die Preise gesenkt, um einen Anreiz zu schaffen, außerhalb der Innenstadt zu parken.

Das Parkhaus verfügt über 338 Stellplätze und 128 Ladepunkte für Elektroautos. Zudem stehen 20 Ladepunkte für E-Bikes und fünf Ladepunkte für E-Scooter bereit. Die Parkbelegung wird mittels eingebauter Ultraschall-Parkensensoren intelligent gesteuert: Die elektronische Anzeige am Eingang teilt den Nutzern automatisch einen Parkplatz zu. Dadurch wird Rückstau vermieden und die Last beim Laden der Elektroautos gleichmäßig auf die Stockwerke verteilt. Reserviert werden können die Parkplätze über die neu entwickelte App „AppStellen“.

Durch auf dem Dach installierte Photovoltaik-Module mit einer Leistung von 100 Kilowatt erzeugt das Parkhaus einen Teil der Energie, die unter anderem für das Laden der Elektrofahrzeuge benötigt wird. Ein Batteriespeicher mit einer Kapazität von 112 kWh sorgt für die optimale Nutzung der erzeugten Energie und trägt zur Netzstabilität bei. □

Digitalministerin Judith Gerlach:

## Top-Projekte für Digitalpreis B.DiGiTAL gesucht

Smarte Digitalideen für unsere Wirtschaft werden prämiert

Digitalisierung in Unternehmen hängt entscheidend von Qualifikationen und Mindset der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Das Bayerische Digitalministerium zeichnet deshalb im Rahmen des diesjährigen Digitalpreises B.DiGiTAL die kreativsten und smartesten Ideen aus, die die Digitalisierung der Wirtschaft im Freistaat voranbringen. Die Siegerprojekte des Wettbewerbs werden im Sommer mit dem Bayerischen Digitalpreis B.DiGiTAL prämiert.

Digitalministerin Judith Gerlach erklärt: „Der digitale Wandel ist eine große Chance für unsere heimischen Betriebe – vom kleinen Einzelunternehmen bis zum Großkonzern. Um möglichst gut davon zu profitieren, sind digitale Skills und ein innovatives Mindset gefragt. Mit dem Digitalpreis B.DiGiTAL zeichnen wir dieses Jahr Initiativen und Projekte aus, die unsere Arbeitswelt mit Ideen und kreativen Anwendungen bei der digitalen Transformation unterstützen, etwa ein Mitarbeiter-Hackathon oder eine digitale Weiterbildungsplattform. Ich lade alle ein, mitzumachen und gemeinsam mit uns die Digitalisierung Bayerns voranzutreiben.“

Die Bewerbungsphase für den Digitalpreis B.DiGiTAL beginnt am 4. April 2022. Drei Wochen lang können dann online unter [www.bdigital.bayern.de](http://www.bdigital.bayern.de) Projekte eingereicht werden. Es dürfen sowohl Ideen als auch bereits umgesetzte Projekte angemeldet werden. Wichtig ist, dass das Projekt einen klar erkennbaren Bezug zu Digitalisierung und zum Jahresmotto des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales „Markt.Wirtschaft. Digital“ hat. Außerdem darf das Projekt nicht bereits von anderen entwickelt worden sein. Teilnahmeberechtigt sind Einzelpersonen oder Gruppen mit einem (Wohn-)Sitz in Bayern.

Die Siegerprojekte werden anschließend in einem zweistufigen Verfahren gekürt. In einem Publikumsvoting vom 15. bis 30. Mai 2022 können alle Interessierten online für ihre Lieblingsprojekte stimmen. Die zehn Top-Projekte aus dem Voting bei Projektideen und umgesetzten Projekten werden von einer Jury bewertet. Fünf Projekte je Kategorie dürfen sich dann über eine Einladung zur Verleihungsfeier am 14. Juli 2022 in München freuen. Die Sieger werden im Rahmen der Feier bekanntgegeben. Ihnen winken Preisgelder, sowie die begehrte Trophäe und Urkunden. Die Erstplatzierten dürfen zudem ihre Projekte im Rahmen des diesjährigen Digitalgipfels CODE BAVARIA im Herbst präsentieren.

Die detaillierten Teilnahmebedingungen zum Digitalpreis B.DiGiTAL unter: [www.bdigital.bayern.de](http://www.bdigital.bayern.de). □

BREKO zu RA-VT:

## Mindestanforderung anheben auf einen Maximalwert von 350ms

Die Bundesnetzagentur hat den Entwurf der Rechtsverordnung über die Mindestanforderungen für das Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten (RaVT) vorgelegt. Neben den bereits angekündigten Parametern bei den Anforderungen an den Internetzugangsdienst (Bandbreite im Download und Upload, Latenz) enthält dieser eine Ausnahmeregelung, die es der Bundesnetzagentur in Ausnahmefällen erlaubt, niedrigere Bandbreiten und höhere Latenzen festlegen, wenn insbesondere die Höhe der voraussichtlichen Kosten für den Ausbau sowie geographische Einflussfaktoren dies begründen.

Dazu sagt der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO): „Durch die im aktuellen Entwurf enthaltene Ausnahmeregelung ist der vorgelegte Entwurf der Bundesnetzagentur für die Ausgestaltung des Rechts auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten aus Sicht des BREKO ein Schritt in die richtige Richtung. Wir begrüßen, dass die Bundesnetzagentur erkannt hat, dass es bei den aktuell festgelegten Anforderungen an den Internetzugangsdienst einerseits zu Verzögerungen bei der Bereitstellung der Dienste und zusätzlich beim weiteren Glasfaserausbau kommen würde.“

### Drahtlostechnologien einbeziehen

Bei der weiteren parlamentarischen Beschlussfassung in Bundestag und Bundesrat soll-

te deshalb die Mindestanforderung an die Latenz pauschal auf einen Maximalwert von 350ms angehoben werden, um Drahtlostechnologien wie Satelliten-, Mobil- und Richtfunk bei der Umsetzung des RaVT von vornherein mit einzubeziehen und Einzelfallprüfungen zu vermeiden. Auf diesem Weg ist es möglich, schnell, unkompliziert und ohne negative Effekte auf den Glasfaserausbau digitale Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger herzustellen.

### Ziel der Gigabitstrategie

Ansonsten droht die Gefahr, dass das vom Ministerium kürzlich im Rahmen der Vorstellung der Eckpunkte der Gigabitstrategie skizzierte Ziel, den flächendeckenden Ausbau von Glasfaser bis in die Gebäude bis 2030 zu realisieren, nicht erreicht werden kann. □

»Also, ich sehe genau, wo's langgeht!«

Und was sehen Sie? Kommunen, die mit uns digitalisieren, kommen sicher ans Ziel.

Serviceorientiert, nachhaltig, digital. Machen Sie Ihre Kommune fit für die Herausforderungen von morgen – und zu einem attraktiven Standort für Menschen und Unternehmen! Egal ob es um moderne E-Government-Dienste, innovative Smart-City-Lösungen oder sichere Cloudangebote geht: Wir denken immer einen Schritt voraus. Gemeinsam für eine bessere Zukunft.

Möglichkeiten überall

AKDB



# Klimaschutz durch Moore

Expertenanhörung im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags

**Auf Initiative der Landtags-Grünen fand im Umweltausschuss des Bayerischen Landtags eine Expertenanhörung zur Moorschutzstrategie der Staatsregierung statt. Dabei wurden Wege aufgezeigt, wie die Ziele der Staatsregierung zur Wiedervernässung der Moore und zum Erreichen der Klimaneutralität bis 2040 umgesetzt werden können. Erklärtes Ziel ist es dabei, 55.000 Hektar Moorfläche bis 2040 zu renaturieren und intakt zu halten. Tenor der Veranstaltung: Eine Renaturierung funktioniert nicht ohne den Menschen. Wichtig ist der Dialog mit der Bevölkerung.**

Die Renaturierung der Moore ist in vielerlei Hinsicht von großer Bedeutung. Neben einer erheblichen Reduktion des Ausstoßes an Klimagasen lassen sich damit auch Ziele zum Erhalt der Biodiversität und zur Stabilisierung des Wasserhaushaltes erreichen. Weiterhin bilden sie Naturerlebnisflächen für die immer mehr zunehmende Naherholung. Um CO<sub>2</sub>-Emissionen auf null zu reduzieren, müssten laut Dr. Hans Joosten, emeritierter Professor der Universität Greifswald, alle trockengelegten Moore wieder vernässt werden. Damit müsse möglichst schnell begonnen werden. Wie Dr. Annette Freibauer von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft ergänzte, hätten Gespräche mit Landwirten gezeigt, dass „ein leises Umdenken“ stattfinde.

## Regionale Eigenheiten berücksichtigen

Artenschutz und Klimaschutz dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, etwa wenn Solarparks in den Mooren installiert werden, berichtete aus seiner praktischen Erfahrung Dr. Ulrich Mäck, Geschäftsführer

der Arbeitsgemeinschaft schwäbisches Donaumoos. Eine Moorschutzstrategie müsse auf regionale Eigenheiten anwendbar sein, unterstrich der Projektleiter des Naturschutzgroßprojekts Allgäuer Moorallianz, Dr. Ulrich Weiland. Moorschutz müsse alle Funktionen der Moore berücksichtigen, nur in unterschiedlicher Gewichtung.

## Hotspots der Biodiversität

Aus Sicht von Dr. Holger Magel, emeritierter Professor der TU München, darf das Thema nicht auf ökologische Fragen reduziert werden, da man sonst die Menschen nicht erreiche. Die Flurbereinigung könne helfen, wo Flächen nicht im Staatsbesitz sind. Moore seien herausragende Lebensräume mit vielen Funktionen, die man zusammen denken müsse, erklärte Dr. Christine Margraf vom BUND Naturschutz in Bayern. Beim Moorschutz als Klimaschutz solle man auch die Renaturierung als Ökosystem im Auge behalten. Als „Hotspots der Biodiversität“ wurden die Moore von Dr. Norbert Schäffer, Vorsitzender des Landesbundes für Vogelschutz, bezeichnet. Wieder-

vernässung funktioniere nur in zusammenhängenden hydrologischen Einheiten.

Renaturierung bedeute, eine naturnahe Moorvegetation wachsen zu lassen, stellte Cornelia Siuda vom Gutachterbüro Moorrenaturierung fest. Solche Flächen könnten Hochwasserspitzen verzögern. Auch deshalb sollte man das Moor als Chance betrachten. „Nur unsere Generation kann Bayerns Moore noch wirksam schützen“, mahnte Patrick Friedl, Sprecher für Naturschutz und Klimaanpassung (Bündnis 90/Die Grünen) im Anschluss an die Stellungnahmen der Experten. Diese letzte Chance gelte es, zu nutzen. Nur 32.427 Hektar von insgesamt rund 221.000 Hektar Mooren in Bayern befänden sich im Besitz des Freistaats.

## Klimaschutz-Schätze heben

Friedl zufolge sind „unsere Moore echte Klimaschutz-Schätze direkt vor unseren Haustüren, die es zu heben gilt. Wenn wir ihnen wieder ihre ursprüngliche Funktion zurückgeben, sind sie wesentlich effektiver als zum Beispiel die Aufforstung von Wäldern. Die Söder-Regierung agiert auch hier viel zu zaghaft und langsam. Instrumente, finanzielle Mittel und die Personalsituation sind mangelhaft.“

Eric Beißwenger, stellvertretender Ausschussvorsitzender und umweltpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, hob die Vorenterrolle Bayerns beim Schutz

der Moore hervor, „denn wir haben schon seit Jahrzehnten zahlreiche Renaturierungsprojekte und hier beachtliche Erfolge vorzuweisen. Unsere Moore sind wahre Multitalente für den Klimaschutz: sie sind perfekte CO<sub>2</sub>-Speicher, verzögern und verhindern Hochwasser und fördern die Artenvielfalt. Unser Ziel ist, die Maßnahmen weiter auszubauen und zu intensivieren.“

## Investitionen im Donaumoos

Vor allem in Bayerns größtem Mooregebiet, dem Donaumoos, werde massiv in Renaturierung und Schutzmaßnahmen investiert: 200 Millionen Euro stünden hierfür bis 2030 zur Verfügung. Zusätzlich solle die moorverträgliche landwirtschaftliche Nutzung weiter vorangebracht werden, etwa durch Paludikulturen, d.h. Pflanzen, die auf vernässen Moorböden gedeihen und vermarktet werden können. „Moorschutz geht nicht mit der Brechstange, sondern immer nur im Austausch und gemeinsam mit Betroffenen und Betrieben. Dafür machen wir uns stark“, so Beißwenger.

Auch Benno Zierer (Freie Wähler) sprach sich dafür aus, die Eigentümer frühzeitig anzusprechen. „Nur wenn attraktive Nutzungsalternativen zur Verfügung stehen und der Umstieg durch eine langfristige Förderung unterstützt wird, können wir die Bauern beim Moorschutz mit ins Boot holen.“ Im Rahmen der Anhörung hätten Experten bestätigt, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Moorschutzmaßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung sehr gut ist. Steuermittel würden im Vergleich zu anderen Klimaschutzaktivitäten effizient eingesetzt – auch für den Ankauf von Flächen durch die öffentliche Hand. „Das entkräftet im Übrigen auch die Kritik des Obersten Rechnungshofes an der angeblichen Ineffizienz staatlicher Maßnahmen“, machte Zierer deutlich.

Im Donaumoos hätten Landwirte ihm ihre Mitwirkung zugesichert, wenn auch ihre Kinder in Zukunft ihre Existenz mit dem Hof sichern könnten, berichtete Florian von Brunn (SPD). Auch für Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD) ist es unumgänglich, die Menschen miteinzubeziehen, die die Landschaft kennen. Politik in Bayern könne nicht ohne seine Bürger gemacht werden. Laut Christoph Skutella (FDP) braucht es klare Definitionen, Zielsetzungen und Erfolgskontrolle.

## Die Landwirte einbinden

Agrarministerin Michaela Kaniber hatte im Rahmen des jüngsten CARMEN-Forums darauf hingewiesen, dass Moorbodenschutz auf lange Sicht nur mit wirtschaftlichen Perspektiven für die Landwirte gelinge, denn die Flächen seien ihre Lebensgrundlage. Auch nach der Wiedervernässung müssten sie darauf Wertschöpfung erzielen können, um ihr Einkommen zu sichern. „Wir erreichen die Akzeptanz neuer Bewirtschaftungsformen nur, wenn wir die Bauern von Anfang an einbinden“, stellte die Ministerin fest.

Die Anhebung des Grundwasserstands auf entwässerten Moorböden und die weitere landwirtschaftliche Nutzung der Flächen sei eine komplexe Herausforderung, die nur mit einer großen gemeinsamen Anstrengung gelingen könne. Die Forschung müsse hier noch viele Antworten für die praktische und wirtschaftliche Umsetzung liefern. „Mit dem Moorbauernprogramm werden wir unseren Landwirten ab 2023 unsere tatkräftige Unterstützung anbieten. Unser Ziel ist es, mit diesem freiwilligen Angebot bis zum Jahr 2030 auf 20.000 Hektar moorverträgliche Bewirtschaftungsformen zu etablieren“, so Kaniber. **DK**



V. l.: Cornelia Kollmer, Kuratoriumsvorsitzende Haus der Stifter; Armin Baur, Fachbereichsleiter Grünplanung Stadt Augsburg; Susanne Stippler, Stiftungsberaterin Haus der Stifter; Anette Vedder, Leiterin Amt für Grünordnung, Naturschutz und Friedhofswesen der Stadt Augsburg. Bild: Nicole Gergen, ssk

## Grün für die Zukunft

**Aus Anlass ihres zehnjährigen Bestehens hat die Haus der Stifter-Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse den Augsburger Bürgerinnen und Bürgern eine Platane gespendet.**

Nördlich des Manzu-Brunnens musste eine Linde wegen Bruchgefahr entfernt werden. Die Platane, als Ersatz für die Linde, leistet nicht nur einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz, sondern steht auch sinnbildlich für Nachhaltigkeit und das Wirken der Stiftergemeinschaft.

## Dauerhaft Gutes bewirken

Zahlreiche Menschen nutzen bereits diese Plattform für Kundenstiftungen und unterstützen unterschiedliche gemeinnützige Projekte in der Region und darüber hinaus. Die Stiftergemeinschaft wächst seit zehn Jahren kontinuierlich und bewirkt mit ihren regelmäßigen Ausschüttungen dauerhaft Gutes. Genau das soll auch der kleine Baum symbolisieren, der im Beisein von unter anderem Anette Vedder, Leiterin Amt für Grünordnung, Naturschutz und Friedhofswesen der Stadt Augsburg, und Cornelia Kollmer, Kuratoriumsvorsitzende Haus der Stifter, am Königsplatz gepflanzt wurde.

## Startschuss für Naturprojekt

Die neue Platane ist gleichzeitig der Startschuss für ein Projekt des Referates für Nachhaltigkeit, Umwelt, Klima und Gesundheit zur Begründung der nördlichen Innenstadt. In den nächsten Jahren sollen an verschiedenen Standorten wieder mehr Bäume gepflanzt werden und wachsen. Damit das gelingt, ist auch bürgerschaftliches Engagement gefragt. Ab sofort kann jeder mit seiner Spende „Grün für die Zukunft“ unterstützen.

Die Stiftung „Haus der Stifter – Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg“ bündelt das Wirken vieler Stifter und Förderer in unserer Region für verschiedenste Zwecke unter einem Dach. Stifter haben die Möglichkeit, gemeinnützige Projekte aus unterschiedlichen Bereichen in der Region mit ihrer persönlichen Namensstiftung, mit Zuwendungen zum Stiftungsvermögen oder durch Zuwendungen zur zeitnahen Zweckverwirklichung (Spenden) zu unterstützen. **□**

# Grüne Angebote für Geschäftskunden

Device-as-a-Service: Mobile Endgeräte mieten und Ressourcen sparen

**Nachhaltigkeit wird auch für Geschäftskund\*innen immer wichtiger. Unternehmen suchen Maßnahmen, die ihnen helfen, Nachhaltigkeit in ihrem Geschäft zu integrieren. Ein Baustein können mobile Endgeräte sein. So werden zum Beispiel Millionen ungenutzte Alt-Handys und Tablets nach ihrer Nutzungszeit in vielen Unternehmen gelagert, weil sie noch kein Rücknahmekonzept für diese Geräte haben. Dafür bietet die Deutsche Telekom in Kooperation mit Partnern ihren Geschäftskunden entsprechende Angebote an.**

Das Device-as-a-Service (DaaS) Angebot der Telekom in Zusammenarbeit mit everphone bietet das komplette Device-Handling für Geschäftskunden und einen geschlossenen Kreislauf für mobile Endgeräte an. Das beinhaltet die Vermietung, Wartung, Reparatur und den Austausch von mobilen Endgeräten sowie deren Rücknahme und Wiederaufbereitung nach Ablauf der Mietzeit. Hierdurch erhalten die Geräte einen zweiten Lebenszyklus und es können rund 50 kg CO<sub>2</sub> Emissionen pro Endgerät eingespart werden.

Beispielsweise konnte die Firma Henkel mit dem Device-Handling der Telekom von 6.000 Tablets für ihre Mitarbeitenden Einsparungen von 263,9 Tonnen CO<sub>2</sub> erzielen. Aktuell können Geschäftskunden dieses Angebot schon im Projektgeschäft nutzen, die reguläre Markteinführung folgt im zweiten Quartal 2022. Das Device-as-a-Service Angebot ist mit dem #GreenMagenta Label gekennzeichnet.

## Handyankauf

Seit über fünf Jahren bietet die Telekom Geschäftskunden ein einfaches und sicheres Ankaufsprogramm für gebrauchte Smartphones und Tablets in Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner Teqcycle an. Die Verlängerung des Lebenszyklus der Geräte durch Wie-

dervermarktung hat dabei erste Priorität. Teqcycle bewertet die alten Geräte und die Kunden erhalten ein Ankaufsangebot. Zudem bietet das Konzept eine fachgerechte Verwertung der Rohstoffe, wenn die Weiternutzung nicht möglich ist. Im gesamten Rückgabeprozess werden höchste Sicherheitsstandards eingehalten und es erfolgt eine DSGVO-konforme Datenlöschung. So können rund 48 kg CO<sub>2</sub> Emissionen pro Endgerät eingespart werden.

In den vergangenen drei Jahren wurden über 80.000 Endgeräte von Geschäftskunden zurückgenommen. Dieser Handykreislauf ist auch mit dem #GreenMagenta Label gekennzeichnet.

## Nachhaltige Endgeräte

Auch beim Kauf von neuen Geräten bietet die Telekom nachhaltige Produkte für Geschäftskunden an. Zum Beispiel das neue Fairphone 4. Seit September 2021 bietet die Telekom das weltweit erste nachhaltige 5G-fähige Smartphone an. Das Fairphone 4 ist das erste Elektronikmüll-neutrale Mobiltelefon auf dem Markt. Es ist modular aufgebaut, zu 100 Prozent in wiederverwertetes Material gehüllt und nutzt fair gewonnene Materialien aus nachhaltigen Ressourcen. Es sichert die langfristige Verfügbarkeit von Ersatzteilen und unterstützt gängige Software. Ziel ist, die

Nutzer zu ermutigen, ihre Telefone länger zu nutzen. Zudem bietet der Hersteller das Fairphone 4 mit 5-jähriger Garantie an. Das Fairphone 4 ist als derzeit einziges Smartphone mit dem deutschen Umweltzeichen Blauer Engel ausgezeichnet und hat eine Top-Bewertung von 85/100 Punkten beim Eco Rating erhalten.

## Eco Rating und #GreenMagenta

Die Eco Rating-Initiative wurde gemeinsam von der Deutschen Telekom, Orange, Telefónica (unter den Marken O2 und Movistar), Telia Company und Vodafone in 2021 ins Leben gerufen. Ziel ist es, für Kunden einheitliche und genaue Informationen über die Umweltauswirkungen in Zusammenhang mit Herstellung, Nutzung, Transport und Entsorgung von Smartphones zur Verfügung zu stellen. Anhand des Eco Ratings können Betreiber und ihre Kunden die Nachhaltigkeit von Mobilgeräten besser bewerten.

Zudem kennzeichnet die Telekom seit 2021 ausgewählte Produkte, Services, Maßnahmen und Initiativen, die einen positiven Beitrag zum Klimaschutz und zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen leisten, mit dem #GreenMagenta Label. Dazu zählt beispielsweise das Netz mit 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien, die Wiederverwendung gebrauchter Smartphones, sowie die Einsparung CO<sub>2</sub> Emissionen und wertvoller Rohstoffe.

Diese Maßnahmen tragen zum Erreichen der ambitionierten Klimaziele des Konzerns - Klimaneutralität Scope 1-2 bis 2025, Scope 3 bis spätestens 2040 - bei. **□**

## Klimaanpassung:

# Dialogveranstaltung startet mit über 240 Kommunen

**Zur Unterstützung der Kommunen auf ihrem Weg der Klimaanpassung veranstaltet das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) dieses Jahr kommunale Klimaanpassungsdialoge. Den Auftakt bot die virtuelle Einführungsveranstaltung im März. Mit über 240 teilnehmenden Kommunen zeigt sich die Dringlichkeit und Relevanz, die Städte, Gemeinden und Landkreise der Klimaanpassung einräumen.**

„Aktiv dem Klimawandel zu begegnen, schafft zukunftsfähige und lebenswerte Kommunen und Regionen. Das LfU mit seinem Klima-Zentrum, der Landesagentur für Energie und Klimaschutz und dem Ökoenergie-Institut Bayern will die Kommunen als verantwortliche Akteure dabei unterstützen“ so der Vizepräsident des LfU, Dr. Richard Fackler.

## Termine für Regionaldialoge

Die Impulse aus der Auftaktveranstaltung werden in Regionaldialogen weiter vertieft, damit der Weg vom Anstoß zur Klimaanpassung bis zur Umsetzung von Maßnahmen auf kommunaler Ebene gelingt. Die Regionaldialoge finden in Augs-

burg am 28.06.2022, Würzburg am 05.07.2022 und Regensburg am 12.07.2022 statt.

Damit die Regionaldialoge die Bedürfnisse der Kommunen bestmöglich abbilden, hatten die Teilnehmenden im Rahmen der Auftaktveranstaltung die Gelegenheit, ihre Wünsche und Erwartungen einzubringen. Das LfU möchte so einen Raum schaffen, in dem sich Kommunen über mögliche Anpassungsmaßnahmen, Umsetzungsinstrumente und Fördermöglichkeiten informieren, sich vernetzen und insbesondere durch den Austausch ihrer Erfahrungen voneinander lernen können.

Informationen zur kommunalen Klimaanpassung finden sich unter: Kommunale Klimaanpassung – LfU Bayern. **□**

BMUV-Sofortprogramm:

## Klimaanpassung für Kommunen

Im Rahmen der ersten Vernetzungskonferenz „Kommunale Klimaanpassung im Dialog“ hat Bundesumweltministerin Steffi Lemke ein Sofortprogramm mit ersten Maßnahmen vorgestellt. Jede Kommune soll künftig die Klimaanpassung umsetzen können, die zu ihr passt. Das Sofortprogramm fußt auf drei zentralen Säulen: Förderung und Kompetenzaufbau, Information und Beratung sowie Vernetzung aller relevanten Akteure.

Laut BMUV gelten Kommunen als „Schlüsselakteure“ bei der Klimaanpassung. Um sie fit für die Folgen des Klimawandels zu machen, will das Ministerium bis 2026 insgesamt 60 Millionen Euro zusätzlich in die Hand nehmen. Daneben ist auch der Ausbau des seit 2008 existieren-

den Programms „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels (DAS)“ geplant, das mit jährlich rund 14 Millionen Euro Fördergeld ausgestattet ist. Von diesem Fördergeld sollen bis Ende des Jahres mehr als 100 neue Stellen für sog. Klimaanpassungsmanager entste-

hen. Sie sollen Konzepte zur Anpassung erarbeiten und die Umsetzung in den Kommunen vorantreiben.

Auch soll das Förderprogramm „Klimaanpassung in sozialen Einrichtungen“ dauerhaft existieren und nicht wie zunächst vorgesehen Ende 2023 auslaufen. Dieses Programm hilft Stellen mit besonders vulnerablen Gruppen - beispielsweise Heimen für Senioren, Kranke oder Kinder. Sie können beim Bund Geld beantragen, um etwa neue Sonnenschutzanlagen, Fenster mit Wärmeschutz oder begrünte Dächer zu installieren.

### ZKA als Multiplikator

Mit Workshops und mehr gezielter Kompetenzvermittlung soll das digitale Beratungszentrum ZKA zum Multiplikator von Fachwissen zur Klimaanpassung werden. So soll es beispielsweise ein zusätzliches Beratungsprogramm geben, um Kommunen bei der Entwicklung von Hitzeaktionsplänen zu unterstützen.

„Bis Mitte der Legislaturperiode“ will das Umweltministerium ein Klima-Anpassungsgesetz vorlegen. Darin sollen, ähnlich wie beim Klimaschutzgesetz, messbare Ziele zur Anpassung verankert werden. Anders als beim Klimaschutz gibt es bislang weder national noch international messbare Zielvorgaben für die Klimavorsorge. Auch einen Überprüfungsmechanismus soll das Gesetz beinhalten sowie eine grundsätzliche Pflicht, Klimaanpassung in allen Entschei-

dungen der öffentlichen Hand zu berücksichtigen.

Die Finanzierung von Klimaanpassung und Vorsorge soll dauerhaft garantiert sein. Eine neu eingerichtete Arbeitsgruppe von Bund und Ländern soll bis zum Herbst Ergebnisse dazu präsentieren, wie die Finanzierung in Einklang mit dem Grundgesetz abgewickelt werden kann und wie hoch der Finanzbedarf überhaupt ist.

Der DSTGB begrüßte „die verstärkte Förderung des Bundesministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz im Bereich Klimaanpassung mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Kommunen“. Bereits heute hätten Kommunen eine Vielzahl an Anpassungsmaßnahmen auf lokaler Ebene im Rahmen ihrer Infrastruktur umgesetzt, um ihre Gesellschaft auf die künftigen klimatischen Bedingungen auszurichten. Die Klimafolgen wie Hochwasser, Wasserknappheit und Hitze müssten in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit und Komplexität Beachtung finden. Städte und Gemeinden benötigten hier nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch Zeit und Personal mit spezifischer Expertise.

Aus Sicht des Vizepräsidenten des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), Karsten Specht, gibt es auch noch große Aufgaben, wie etwa beim Wassermanagement. Er wirbt für die Idee einer „Schwammstadt“, einem Konzept der Stadtplanung, anfangs Regenwasser in Städten lokal aufzunehmen und zu speichern. „Wir brauchen insgesamt mehr Platz und Raum für Wasser, das heißt mehr Grün und Blau im Grau“, erklärte Specht. Dies könne Wetterextreme mildern. **DK**

Energie und Material mit Ideen aus der Natur sparen:

## Projektverbund „BayBionik“ erfolgreich abgeschlossen

Sparsamer Umgang mit Ressourcen und Energie ist notwendiger denn je. Der Projektverbund „BayBionik“ hat dazu drei Jahre lang innovative Lösungsansätze entwickelt. „Von der Natur zur Technik“ heißt das Projekt, dessen Ergebnisse in Nürnberg präsentiert wurden.

Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der Abschlussveranstaltung im Besucherzentrum „Bionicum“: „Der brutale Krieg in der Ukraine zerstört viele Gewissheiten. Auch der Umgang mit Energie und Rohstoffen muss neu gedacht werden. Industrie und Wirtschaft brauchen energiesparende und ressourcenschonende Produkte und Verfahren. Um diese Herausforderung zu bewältigen, fördern wir die technischen Lösungen von morgen. Nach biologischen Prinzipien der Natur haben die Forscher des Projektverbunds ‚BayBionik‘ innovative technische Produkte entwickelt. Die Projekte bringen die Kreislaufwirtschaft und den sparsamen Umgang mit Rohstoffen weiter voran.“

Insgesamt sechs Forschungsprojekte sowie ein Koordinierungs- und ein Begleitprojekt wurden vom Bayerischen Umweltministerium mit rund 1,8 Millionen Euro finanziert. Der Projektverbund startete Anfang 2019.

### Intelligente Systeme

Schwerpunkte von „BayBionik“ waren selbstreinigende, nachhaltige Oberflächen und intelligente, ressourceneffiziente Systeme. So wurde nach dem Vorbild der fleischfressenden Kannenpflanze eine einfache und nachhaltige Beschichtungsmethode für flüssigkeitsabweisende und selbstreinigende Oberflächen entwickelt. Mit ihrer Hilfe können etwa Algenbewuchs an Schiffen und Zementablagern an Stiefeln im Baubereich verhindert werden.

Ein weiteres Vorbild war beispielsweise die 180°-Drehung des Kopfes einer Eule. In einem Projekt wurde in Anlehnung daran ein bionisch inspirierter Roboterarm mit speziellen, ressourcenschonenden Drähten ge-

baut. Auch die energieeffiziente Herstellung von Biokeramik nach dem Vorbild der Muscheln war Teil des Projektverbunds: Leistungsstarke Biokeramikschichten konnten bereits bei Raumtemperaturen angefertigt werden.

Ziel des Projektverbunds war es, technische Produkte durch das Lernen von der Natur umweltverträglich herzustellen und dadurch Ressourcen und Energie zu sparen.

Aufgrund des Begleitprojekts kann sich die Öffentlichkeit auch nach Ende des Verbunds noch über die bionische Forschung informieren: Das Besucherzentrum Bionicum im Nürnberger Tiergarten begleitete die Projekte von Anfang an und gibt interessierten Besuchern Einblicke in den Stand der Forschung.

Am Projektverbund beteiligt waren die Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg-Erlangen (FAU), die Technische Hochschule Deggendorf (THD), das Bionicum Nürnberg, die Universität Bayreuth, die Technische Universität München-Straubing (TUM Straubing) und die Technische Hochschule Nürnberg (TH Nürnberg).

Folgende Projekte wurden im Rahmen des Projektverbunds finanziert: Koordinierungsvorhaben zum Projektverbund BayBionik, THD; Begleitvorhaben zum Projektverbund BayBionik, Bionicum Nürnberg; Selbstreinigende Oberflächen inspiriert durch die Kannenpflanze, FAU; Nachhaltige Oberflächenfunktionalisierung nach dem Vorbild der Natur, THD; Energieeffiziente Herstellung strukturierter Biokeramik, FAU; Bionische High-Tech-Materialien für optische Anwendungen (Bion Optik I), Universität Bayreuth; Bionische High-Tech-Materialien für optische Anwendungen (Bion Optik II), TUM Straubing; Ein Eulenhalsgelenk für effizientere Maschinen, TH Nürnberg. **□**

„To-Go“ mit gutem Gewissen:

## München fördert Mehrweggeschirr

Die Stadt München unterstützt Gastronomie und Einzelhandel beim Umstieg auf ein Mehrweg-Pfandsystem und bietet ab dem 4. April auch finanzielle Förderung an. Dies hat der Ausschuss für Klima- und Umweltschutz des Stadtrats jetzt beschlossen.

Oberbürgermeister Dieter Reiter: „Essen und Trinken zum Mitnehmen, aber ohne große Müllberge zu produzieren: Das ist zeitgemäß, nachhaltig und leistet einen wichtigen Beitrag zum kommunalen Klimaschutz. Ich setze mich deshalb schon seit Jahren dafür ein, dass München eine ‚Zero Waste City‘ wird. Unser neues Förderprogramm ist für diese Zielerreichung ein wichtiger Mosaikstein.“

### Informationskampagne

Die meisten Gastronomiebetriebe setzen derzeit noch auf Einweggeschirr. Doch es gibt Alternativen. Viele kennen die Möglichkeit, das eigene Geschirr/Dosen oder Kaffeebecher im Supermarkt oder Cafés mitzubringen und so beispielsweise im Supermarkt den Käse an der Käsetheke direkt einpacken zu lassen oder den Kaffee im eigenen Becher mitzunehmen. Doch nicht immer denkt man daran, die eigenen Behältnisse mitzunehmen bzw. sind die Hygienevorschriften gerade in Corona-Zeiten noch strenger. Ein Mehrweg-Pfandsystem kann hier eine attraktive

Alternative darstellen. Christine Kugler, Referentin für Klima- und Umweltschutz: „Einweggeschirr verbraucht irrsinnige Mengen an wertvollen Ressourcen und produziert tonnenweise Müll. Um die Gastronomen und Einzelhändler für das Thema Mehrweg zu sensibilisieren und positiv zu motivieren, hat der Stadtrat jetzt unserem Vorschlag zugestimmt, die Beteiligung an einem Mehrwegsystem mit einem Zuschuss in Höhe von maximal 500 Euro zu unterstützen und parallel eine gezielte Informationskampagne zu starten.“

### Rund 4.800 Tonnen Müll

Laut Umweltbundesamt werden in Deutschland jährlich 2,8 Milliarden Pappbecher hergestellt. Für München sind das rund 47 Millionen verwendete Einwegbecher pro Jahr. Eine Erhebung des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM) ergab sogar 69 Millionen verwendete Einwegbecher pro Jahr. Das entspricht geschätzt bis zu 10.350 Tonnen an CO<sub>2</sub>-Emissionen und rund 4.800 Tonnen Müll in München pro Jahr. **□**

## Da geht noch mehr!

BRBayern fordert Abfallende für qualitativ hochwertige Sekundärbaustoffe

Das enorme Potenzial von Sekundärbaustoffen muss vor dem Hintergrund explodierender Entsorgungs- und Baustoffkosten und für einen praktischen Umwelt- und Ressourcenschutz besser genutzt werden, fordert der BRBayern in einem Positionspapier an die bayerischen Landesvertreter.

Von rund 53 Millionen Tonnen Bauabfällen, die in Bayern jährlich an Bauschutt, Bodenaushub, Gleisschotter und Straßenaushub anfallen, wurden im Jahr 2018 nur rund 18,6 Prozent recycelt. Der jährliche Bedarf von rund 150 Millionen Tonnen an mineralischen Baustoffen in Bayern wird zurzeit nur zu rund 10 % durch Sekundärbaustoffe gedeckt.

„Da geht noch viel mehr. Die Potenziale von Sekundärbaustoffen sind bis heute weder quantitativ noch qualitativ ausgeschöpft! Die Einsatzmöglichkeiten für gute überwachte und zertifizierte Sekundärbaustoffe sind äußerst vielfältig“, betont BRBayern-Geschäftsführer Stefan Schmidmeyer: „Künftig könnten in Bayern jährlich bis zu 25 Prozent der in Bayern benötigten Baustoffe durch hochwertige Sekundärbaustoffe ersetzt werden.“ Dafür muss der Gesetzgeber allerdings jetzt die entsprechenden Weichen stellen“, betonte Schmidmeyer.

Als dringendste Maßnahme fordert der Verband, ein vorzeitiges Ende der Abfallgesellschaft für gute überwachte und zertifizierte Sekundärbaustoffe gesetzlich zu verankern.

„Damit wird die Grundlage dafür geschaffen, dass private, gewerbliche und öffentlichrechtliche Bauherren mehr Sicherheit über klar definierte und gesicherte Gewährleistungs- und Haftungsansprüche erhalten und Sekundärbaustoffe als gleichwertigen und umwelt-schonenden Ersatz für Primärrohstoffe akzeptieren und verstärkt nachfragen.“, so Schmidmeyer.

Grundsätzlich muss aber auch gewährleistet werden, dass die einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften für den Einsatz

von Sekundärbaustoffen für alle verbindlich, einheitlich und umfassend gelten sowie deren Umsetzung regelmäßig und zuverlässig durch die Behörden überwacht werden, stellt der Verband in seinem Positionspapier klar.

Auch sollte es künftig für alle relevanten Anwendungsbereiche der Bauwirtschaft eine Prüfpflicht geben, ob Sekundärbaustoffe eingesetzt werden können. Ein Ausschluss oder Verzicht auf den Einsatz von Sekundärmaterialien müsse begründet werden. Bei Einsatz von Sekundärbaustoffen sollte eine Substitutionsquote dokumentiert und für alle Bauwerke und Bauprodukte als Information für den Verbraucher (z.B. Bauherr) ausgewiesen werden.

Zudem fordert der Verband politische Vertreter und Behörden auf, Genehmigungsverfahren für den Auf- und Ausbau von Aufbereitungsanlagen zu vereinfachen und in der Öffentlichkeit zu unterstützen. Investitionszuschüsse für Unternehmen und finanzielle Anreize für Bauherren, beispielsweise in Abhängigkeit der Substitutionsquote, sollten zusätzlich dazu beitragen das Baustoffrecycling zu fördern und die Nachfrage nach Sekundärbaustoffen zu steigern.

„Mit der gezielten Nachfrage und dem verstärkten Einsatz von Sekundärbaustoffen kann jeder Bauherr nicht nur seine Entsorgungs- und Baustoffkosten senken. Die Vermeidung langer Transportwege für Materialanlieferung und Entsorgung hilft dabei, CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Verkehrsbelastung zu verringern und somit aktiv einen Beitrag für mehr Klima- und Umweltschutz zu leisten.“ hob Schmidmeyer hervor. **□**

## Deutsche produzieren besonders viel Müll

Wie aus aktuellen Daten der Statistikbehörde Eurostat zu kommunalen Abfällen hervorgeht, produzieren deutsche Haushalte mehr Müll als Bürger in den meisten anderen EU-Ländern. Demnach entsorgte 2020 jede Person hierzulande im Durchschnitt 632 Kilogramm – 67 Kilogramm mehr als 2005.

Die Menge des pro Person anfallenden kommunalen Mülls beträgt im EU-weiten Durchschnitt 505 Kilogramm. Dieser Wert ist über die vergangenen beiden Jahrzehnte nahezu konstant geblieben. Mehr Müll als in Deutschland produzierten 2020 nur die Menschen in Dänemark (845), Luxemburg (790) und Malta (643).

Sieben Mitgliedstaaten schafften es in dem Jahr, die Pro-Kopf-Menge der kommunalen Abfälle im Vergleich zu 1995 zu verringern – allen voran Bulgarien, Ungarn und Slowenien. Laut Eurostat spiegeln die Unterschiede beim Müll sowohl verschiedene Verbrauchsmuster als auch den

wirtschaftlichen Reichtum der Länder wider. Zudem gebe es Unterschiede, wie der Müll gesammelt werde und was außer Hausmüll zu den kommunalen Abfällen zähle.

2020 wurden in der EU insgesamt rund 225,7 Millionen Tonnen Müll von Haushalten und Unternehmen entsorgt. Fast ein Drittel des Abfalls sei recycelt worden, ein Anstieg von 44 Prozent im Vergleich zu 1995. Im gleichen Maß reduzierte sich die Entsorgung des Mülls in Deponien. Neben der Wiederverwertung (inklusive Kompostierung) wartet auch die Müllverbrennung mit starken Zuwächsen auf. **DK**

## Neuregelungen der Batterieverordnung

Das Europäische Parlament hat in Straßburg in erster Lesung höhere Sammel- und Einsatzquoten für Gerätealtbatterien beschlossen. Während die Sammelquoten für Gerätealtbatterien demnach Ende 2023 bei 45 % liegen, bis Ende 2025 auf 70 % steigen und Ende 2030 weiter auf 80 % erhöht werden sollen, bleibt es bei den Einsatzquoten von Recyclingmaterialien in Batterien bei den von der Kommission vorgeschlagenen Werten.

So gelten ab 2030 nicht nur für Industrie-, Starter- und Traktionsbatterien, sondern auch für Gerätealtbatterien und Batterien aus leichten Verkehrsmitteln folgende Quoten: 12 % Kobalt, 85 % Blei, 4 % Lithium, 4 % Nickel. Ab dem Jahr 2035 steigen die Werte auf 20 % Kobalt, 85 % Blei, 10 % Lithium und 12 % Nickel.

Grundsätzlich begrüßt hat der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft die Neuregelungen der Batterieverordnung. So sieht der Verband in der Festlegung verpflichtender Mindesteinsatzquoten von Recyclingmaterialien für Batterien eine „richtungsweisende Entscheidung, die hoffentlich als Beispiel für weitere Stoffströme dienen wird.“

BDE-Präsident Peter Kurth nannte es „einen echten Durchbruch, dass das Europäische Parlament die von der Kommission vorgeschlagenen Mindestrecyclinggehalte unterstützt. War die Verabschiedung der Einwegplastikrichtlinie mit einem Mindesteinsatz für PET hierfür schon ein Präzedenzfall, haben die Parlamentarier, mit der heutigen Entscheidung, Recyclingmaterialien bei der Herstellung von Batterien einzusetzen, Maßstäbe für die Kreislaufwirtschaft gesetzt. Damit wird sichergestellt, dass Materialien nicht nur recycelt werden, sondern im Wettbewerb mit Primärmaterialien bestehen können und Absatz am Markt finden.“

Kritisch sieht der BDE, dass sich im Parlament keine Mehrheit für die Einführung eines

Pfandrücknahmesystems gefunden hat. Ein solches Rücknahmesystem war insbesondere vom Binnenmarktausschuss gefordert worden. Ein Pfandsystem soll die Materialrückführung sicherstellen und dadurch Brände verhindern, die immer wieder durch falsch entsorgte Batterien entstehen. Stattdessen haben sich die Abgeordneten lediglich für die Durchführung einer Studie ausgesprochen, die die praktischen Umsetzungsmöglichkeiten und den Nutzen einer solchen Pfandrege-lung untersuchen soll. Damit wird die Einführung eines Pfandrücknahmesystems mindestens auf Jahre verzögert.

### Licht und Schatten

Nach Kurths Worten „ist die Festlegung einer Mindesteinsatzquote in der novellierten Batterieverordnung ein echter großer Wurf und eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft. Angebot und Nachfrage von Recyclingmaterialien müssen sichergestellt werden.“ Deshalb wäre aus seiner Sicht auch ein europaweites Batteriepfand hilfreich gewesen. Nationale Pfandlösungen seien sicherlich wünschenswert, aber keine optimale Lösung. Es bleibe zu hoffen, dass spätestens die für Dezember 2025 angeforderten Studienergebnisse auch die Skeptiker überzeugen und dann die Pfandrege-lung erneut zur Diskussion gestellt wird. „So ist die heute verabschiedete Batterie-verordnung eine Novelle mit Licht und Schatten.“ **DK**

# Rettung für die Flussperlmuschel

Autor: Christof Dahlmann, Redaktion „Profil“

Die Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut hilft dabei, die Flussperlmuschel in den Flüssen des Bayerwalds vor dem Aussterben zu bewahren. Weitere Vorhaben zum Wohle der Natur werden derzeit jedoch blockiert. Wo liegt das Problem?

Wo sind sie nur, die Flussperlmuscheln? Josef Pauli steht am Ufer der Wolfsteiner Ohe, einem Nebenfluss der Ilz im niederbayerischen Landkreis Freyung-Grafenau. Das Unterholz ist schneebedeckt und glitschig. Um mehr zu sehen, hält er sich am Stamm einer Fichte fest, geht in die Hocke und beugt seinen Kopf über das Wasser. Einige Sekunden lang sucht er den Fluss ab, dann bleibt sein Blick hängen und er zeigt mit dem Finger auf eine am Grund

detere Tiere“, wie auch viele anderen der insgesamt 32 in Bayern heimischen Muschelarten. Die Ursache: Flussperlmuscheln besiedeln nur Gewässer mit guter Sauerstoffversorgung und sehr guter Wasserqualität. In den vergangenen Jahrzehnten wurde ihr Lebensraum jedoch zerstört, vor allem durch Überdüngung, das Einleiten von Abwasser in Flüsse und strukturelle Veränderungen wie Begradigungen. Zum Schutz der Muscheln haben

teme die Grundlage sind, um zukunftsorientiert zu wirtschaften“, betont Pauli.

## Bewegliche Wand für das Wehr

Das Engagement für mehr Nachhaltigkeit würde die Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut gerne weiter vorantreiben. Dazu möchte sie einen Teil der Wehranlage, durch die das Wasser von der Wolfsteiner Ohe in den Kanal zum Kraftwerk geleitet wird, durch eine bewegliche Stauwand austauschen. Dies würde einige Vorteile mit sich bringen, erklärt Pauli. Denn derzeit stoppt das Wehr das sogenannte Geschiebe – also hauptsächlich Sand und Kies, der von der Strömung des Flusses flussabwärts getragen wird. Langfristig ist das nicht ideal, denn ohne ausreichend Geschiebe sinkt der Wasserspiegel am Unterlauf der Wolfsteiner Ohe. Zudem trocknet das Erdreich aus. „Aus Umwelt- und Klimaschutzgründen wäre es sehr sinnvoll, eine bewegliche Stauwand zu errichten“, betont Pauli. Auch plant die Genossenschaft, den derzeitigen Fischaufstieg und -abstieg an der Wehranlage durch ein sogenanntes Wasserwirbelkraftwerk zu ergänzen. Dies würde saubere Energie für fünf Haushalte erzeugen, die Fische könnten die Stauwand weiterhin passieren.

Die Genossenschaft kann die Projekte jedoch nicht umsetzen. Dabei scheitert sie nicht am Geld, sondern am Widerspruch von Naturschutzverbänden wie dem Landesfischereiverband Bayern und dem Bund Naturschutz. In einem entsprechenden Positionspapier der Verbände heißt es: „Die weitere Förderung der kleinen Wasserkraft (< 1 MW Leistung) in Bayern lehnen wir ab.“ Darüber hinaus fordert der Bund Naturschutz sogar, Kleinwasserkraftanlagen mit einer Leistung von unter einem Megawatt grundsätzlich zurückzubauen. Darunter fallen laut Pauli alle Wasserkraftanlagen im Landkreis Freyung-Grafenau und somit auch das Wasserkraftwerk der Genossenschaft mit einer Leistung von 240 Kilowatt.

## Genossenschaft wünscht sich faktenbasierten Dialog

Der Geschäftsführer der Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut würde es begrüßen, wenn die pauschale Ablehnung durch einen faktenbasierten Dialog ersetzt würde. Er hofft auf ein Gesprächsformat zwischen Politik, Naturschutzverbänden und Betreibern von Wasserkraft-Anlagen. „Mein Antrieb ist es, gemeinsam nach Lösungen

zu suchen, die einerseits das öffentliche Interesse an der Erzeugung von regenerativer Energie bedienen und andererseits den Schutz von Natur und Fischerei sicherstellen“, sagt Pauli. Er betont, dass die Wasserkraft einen zentralen Beitrag zur Energiewende leiste. Im Landkreis Freyung-Grafenau würde sie rund zehn Prozent der erneuerbaren Energien produzieren. „Damit ist sie ein wichtiges Standbein der klimafreundlichen Energieerzeugung, vor allem, da sie im Gegensatz zur Solar- und Windkraftenergie sehr konstant Strom liefert“, betont er.

## 100 Prozent regional und erneuerbar

Unabhängig davon treibt die Genossenschaft die Energiewende voran. Seit Jahresbeginn bietet sie einen neuen Stromtarif an, den sogenannten „Regionalstromtopf“. Das Prinzip: Die Genossenschaft kauft nachhaltig erzeugte Energie aus der Region ein. Diese landet in einem virtuellen Topf, in dem immer mehr Strom ist, als verbraucht wird. „Alle Kundinnen und Kunden, die den Stromtarif buchen, erhalten garantiert ausschließlich Strom aus regionalen und erneuerbaren

ren Energiequellen“, betont Pauli. Überschüssiger Strom aus dem Topf wird an der Energiebörse verkauft. Der Geschäftsführer der Genossenschaft hofft, das Angebot in Zukunft weiter auszubauen. Dazu braucht es vor allem Stromerzeuger, die den Topf mit regionaler und nachhaltiger Energie befüllen. „Wenn das Konzept aufgeht und wir den Eigenversorgungsgrad weiter steigern, leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Energiewende“, sagt Pauli.

Die Webseite der Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut eG: <https://www.evg-perlesreut.de/>.

# Bäume für Traunsteins Zukunft

Stadt startet Projekt mit dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft

Die Stadt Traunstein setzt sich jeden Tag für mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit ein. Ein weiterer Baustein der Klimapolitik ist der „Zukunftswald“, den die Städtische Forstverwaltung Traunstein pflanzen will. Dieses tolle Projekt stellt Förster Gerhard Fischer gemeinsam mit dem BVMW (Bundesverband Mittelständische Wirtschaft) – Region Chiemgau auf die Beine.

Gemeinsam mit Oberbürgermeister Dr. Christian Hümmer pflanzten Kornelia Kirchermeier vom BVMW Chiemgau und Gerhard Fischer die ersten Bäume im „Zukunftswald“. Dabei spendierte Kornelia Kirchermeier auch zwei Bäume für die im November vergangenen Jahres geborenen Zwillingssöhne des Oberbürgermeisters, der sich sichtlich über die gelungene Überraschung freute.

## Bäume mit Zukunft

Doch was ist der „Zukunftswald“ eigentlich? Mit diesem Wald wollen der BVMW und die Stadt Traunstein einen Schritt in die neue Baumzukunft gehen. Es geht darum, rechtzeitig herauszufinden, welche Bäume dem Klimawandel in unseren Breitengraden standhalten können. Stadtförster Gerhard Fischer wird geeignete Baumarten ausuchen und pflanzen. Jedes neue BVMW-Mitglied in den teilnehmenden Regionen wird einen Baum im „Zukunftswald“ als Begrüßungsgeschenk erhalten und kann, ebenso wie alle Mitglieder des Verbands deutschlandweit, weitere Bäume als Zukunftswald-Pate erwerben.

Kornelia Kirchermeier vom BVMW, Wirtschaftsregion Chiemgau, wird das Projekt begleiten. „Nichts ist so wertvoll, wie eine Minute unter dem schützenden Blätterdach eines Baumes zu liegen und seinem sanften Rauschen zu lauschen – genau für so eine Minute lohnt sich für mich der Einsatz in diesem Projekt, damit auch zukünftige Generationen es erleben können“, sagte Kornelia Kirchermeier.

Oberbürgermeister Dr. Christian Hümmer hob die gute Zusammenarbeit mit dem BVMW hervor und zeigte sich erfreut über die Idee, dieses Projekt hier in Traunstein umzusetzen: „Wir sind uns bewusst, dass das Waldsterben für uns alle gravierende Auswirkungen haben kann. Deshalb ist es wichtig, jetzt entschlossen zu handeln und mit einem gesunden Wald auch unser Klima zu schützen.“ Diese Einstellung vertritt auch Landrat Siegfried Walch, der die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen hat.

Gemeinsam machten sich Kornelia Kirchermeier für den BVMW, Stadtförster Gerhard Fischer und Oberbürgermeister Dr. Christian Hümmer ans Werk und pflanzten die ersten Bäume: Dabei handelt es sich um Douglasien, Schwarzkiefern, Nussbäume und Buchen, die warmen Temperaturen und Trockenheit resistent gegenüberstehen.

Insgesamt wurden bereits 300 Bäume verschenkt und sie warten nur noch auf ihren Platz im „Zukunftswald“. Informationen, wie sich der Wald entwickelt, können die Paten unter [www.bvmw.de/chiemgau](http://www.bvmw.de/chiemgau) verfolgen.

[bvmw.de/chiemgau](http://www.bvmw.de/chiemgau) verfolgen.

Mit der Rettung des Waldes schützt der Mittelstand auch sich selbst: Der Rohstoff Holz wird in vielen Bereichen verarbeitet und ist gegenwärtig gefragter denn je. Nachhaltig bewirtschaftet ist der Wald Lebensgrundlage und ein Gewinn für alle.

Mit dem Zukunftswald ist die gute Zusammenarbeit mit der Stadt Traunstein und dem BVMW beim Thema Klimaschutz noch nicht am Ende. Mit einem

neuen Projekt KliMaWirtschaft unterstützt der BVMW gemeinsam mit dem Fraunhofer IPK Unternehmen praktisch bei der Umsetzung von Klimaschutz. Wie Unternehmen ihre Treibhausgasemissionen konkret reduzieren können, wird in dreiteiligen Workshopreihen vermittelt, inklusive fachlicher Beratung in den Umsetzungsphasen. Die Teilnahme sowie alle weiteren Angebote des Projektes KliMaWirtschaft sind aufgrund der Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz kostenfrei. Anmeldung und weitere Informationen unter [www.klimaschutz-wirtschaft.de](http://www.klimaschutz-wirtschaft.de).

## Die Flussperlmuschel: Zierde für Kronen

Die Bayerische Landesausstellung „100 Schätze aus 1.000 Jahren“ zeigte von September 2019 bis März 2020 genau 100 bedeutende Exponate der bayerischen Geschichte. Mit dabei: Die sogenannte „Hedwigskrone“, in die der Brautschmuck der Landshuter Hochzeit von 1475 eingearbeitet sein soll. Damals heiratete Georg der Reiche die polnische Königstochter Hedwig. Auch die Perlen der Flussperlmuschel zieren die Votivkrone, die sich online anschauen lässt. Zahlreiche weitere Könige, aber auch Fürsten und Grafen schmückten sich mit Perlen der Flussperlmuschel aus dem Bayerischen Wald. Sie ist übrigens die einzige Süßwassermuschel in Deutschland, die Perlen produziert.

verankerte Kiste. Sie ist schwarz und aus Holz gefertigt, etwa halb so groß wie ein Wäschekorb. „Darin befinden sich zwischen fünf und zehn Jahre alte Flussperlmuscheln“, erklärt Pauli. Die Kiste lässt er im Wasser und steigt zurück auf einen nahen Pfad. „Muscheln sind sehr empfindlich. Sie zu betreuen, ist Aufgabe von Fachleuten. Diese kommen regelmäßig vorbei, um zu schauen, wie sich die Weichtiere in den Aufzuchtkästen entwickeln“, erzählt der Geschäftsführer der Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut.

## Besonders streng geschützt

Die Genossenschaft beteiligt sich an einem Projekt zum Erhalt der Flussperlmuschel an der Wolfsteiner Ohe. Dafür stellt sie einen Platz am Unterlauf einer Wasserkraftanlage zur Verfügung. Die Aufzuchtkästen sind dort im Wasser befestigt. „Der Standort eignet sich aus zwei Gründen: Erstens hält das Kraftwerk Treibgut wie Äste zurück. Diese könnten sich ansonsten in den Boxen verfangen und sie beschädigen. Zweitens sind die Fließmenge und die Wassergeschwindigkeit sehr konstant, was der Entwicklung der Muscheln zugutekommt“, sagt Marco Denic, der das Muschelschutzprojekt beim Landschaftspflegeverband Passau betreut. Ihm ist wichtig, dass der genaue Platz der Kästen nicht verraten wird. Denn es ist bereits vorgekommen, dass die Muschelkästen gestohlen wurden. Über die Gründe lässt sich nur spekulieren: Haben es die Täter auf die Perlen abgesehen, die der Flussperlmuschel ihren Namen gaben? Das wäre eigentlich sinnlos, denn nur wenige Muscheln enthalten tatsächlich Perlen und lediglich ein Bruchteil davon ist als Schmuck brauchbar. Ganz davon abgesehen, dass die Flussperlmuschel eine nach Bundesnaturschutzgesetz besonders streng geschützte Art ist. Wer sie entwendet, dem droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren.

## Vom Aussterben bedroht

Früher gab es Hunderttausende Flussperlmuscheln in den Bächen und Flüssen des Bayerischen Walds. Doch mittlerweile ist die Art vom Aussterben bedroht. Sie steht auf der „Roten Liste gefähr-

mehrere Forschungseinrichtungen, Kommunen und Unternehmen 2015 das Verbundprojekt „ArKoNaVera“ ins Leben gerufen. Es ist im Sommer 2021 ausgefallen. Der Muschelschutz wird aber im Bundesprojekt „Margaritifera Restoration Alliance“ (MARA) fortgeführt. Margaritifera ist der wissenschaftliche Name für die Flussperlmuschel. Marco Denic ist mit dem abgeschlossenen Projekt zufrieden: „Wir haben es erstmals geschafft, die Bestände der Flussperlmuschel auf niedrigem Niveau zu stabilisieren und eine nennenswerte Anzahl von Jungmuscheln auszuwildern. Damit ist der Rückgang der Population vorläufig gestoppt“, bekräftigt er. In den kommenden Jahren sollen die Bestände weiter vergrößert werden.

Auch im MARA-Projekt bleiben die Muscheln an ihrem Standort. Josef Pauli erkundigt sich regelmäßig bei Denic, wie es den Muscheln geht. Das ist dem Geschäftsführer der Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut wichtig. „Seit jeher setzen wir uns dafür ein, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. In der jüngeren Vergangenheit haben wir unsere Anstrengungen in diesem Bereich noch einmal verstärkt, wie beispielsweise das Muschelschutzprojekt zeigt. Auch einen Fischaufstieg und -abstieg haben wir errichtet. Wir sind überzeugt, dass intakte und stabile Ökosys-

## Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut

Die Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut eG blickt auf eine knapp 100-jährige Geschichte zurück: Sie wurde 1923 von engagierten Menschen gegründet, die damals mit der bisherigen Elektrizitätsversorgung sowie den sehr hohen Strompreisen unzufrieden waren. Perlesreut liegt im Landkreis Freyung-Grafenau rund 30 Kilometer nördlich von Passau. Nach der Gründung übernahm die Genossenschaft das Wasserkraftwerk an der Wolfsteiner Ohe, das sie noch immer betreibt. Heute ist die Elektrizitäts-Versorgungs-Genossenschaft Perlesreut Stromnetzbetreiber und Energieversorger. Insgesamt liefert sie Strom an rund 3.400 Kundinnen und Kunden. Dazu zählen nicht nur Privatleute, sondern auch Unternehmen, Kommunen und die Landwirtschaft. Das Versorgungsgebiet umfasst rund 50 Quadratkilometer in den Gemeinden Perlesreut, Ringelai, Fürsteneck und Grafenau. Neben dem Wasserkraftwerk betreibt die Genossenschaft eine PV-Anlage, zudem nimmt sie den Strom von über 600 regenerativen Erzeugungsanlagen auf. Außerdem betreibt sie alle Messstellen im Geschäftsgebiet. Aktuell beschäftigt die Genossenschaft zwölf Mitarbeiter, darunter drei Auszubildende. Die Zahl der Mitglieder liegt bei 140, neue Teilhaber nimmt die Genossenschaft derzeit nicht auf.



V.l.: Andreas Klimm, Wirtschaftsförderung Chiemgau GmbH (in Vertretung für Dr. Birgit Seeholzer), Oberbürgermeister Dr. Christian Hümmer, Kornelia Kirchermeier vom BVMW Chiemgau und Stadtförster Gerhard Fischer mit Dackel Cessy.

Bild: Stadt Traunstein

# Die Egholm „Ranger“

Können mehr als man denkt.

Egholm Arbeitsmaschinen bieten echte Multifunktionalität. Sowohl in der Vielfalt der Anwendungen als auch in ihrer Qualität der Arbeitsergebnisse. Für die drei Maschinentypen Park Ranger 2150, City Ranger 2260 und City Ranger 3070 stehen insgesamt 45 verschiedene Anbaugeräte für den Ganzjahreseinsatz zur Verfügung.

Das Original der Multifunktionalität ist der Egholm Park Ranger 2150. Durch das durchdachte Geräteschnellwechselsystem kann der Anwender verschiedenste Anbaugeräte in kürzester Zeit werkzeuglos wechseln und die Maschine immer wieder aufs Neue an zahlreiche Anwendungen wie z.B. Kehren, Mähen, Laubsaugen, Heckschneiden, Schneeräumen oder Salzstreuen anpassen. Aber auch spezielle Aufgaben werden mit der umfangreichen Anbaugerätepalette z.B. durch eine Wildkrautbürste, Kantenschneider, Umweltharke, Schaufel oder einen Kippwagen abgedeckt. Anschaffungskosten für viele Spezialgeräte entfallen.

## Flexibel zu jeder Jahreszeit

Die Anbaugeräte wurden speziell von Egholm für die Anforderungen der Anwender im Ganzjahreseinsatz entwickelt und optimal an die technischen Gegebenheiten der Trägerfahrzeuge angepasst. Es ist kein umständliches Ab- und Aufbauen oder Feinjustieren von Hydraulikan schlüssen und Systemeinstellungen notwendig. Der Anspruch an die Arbeitsergebnisse ist dabei ebenso hoch wie der von Einzeckmaschinen.

Auch die Trägerfahrzeuge sind hervorragend für den Einsatz auf Straßen und Gehwegen sowie in Park- und Außenanlagen geeignet. Serienmäßige Vorteile wie Knicklenkung, permanenter Allradantrieb, leistungs-



Bild: Egholm

starke Arbeitshydraulik, Gehwegtauglichkeit und ein tiefer Schwerpunkt ermöglichen Wohnbauunternehmen, Dienstleistern, Industrieunternehmen und Bauhöfen einen flexiblen und sicheren Einsatz zu jeder Jahreszeit.

Fest verwurzelt:

## Mehr als 50.000 Bäume für Bayern

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken beteiligen sich an Nachhaltigkeitsinitiative und setzen ein Zeichen für Klimaschutz

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind seit jeher in ihrer Region fest verwurzelt. Jetzt schlagen die Kreditinstitute auch im buchstäblichen Sinne Wurzeln. Sie beteiligen sich an der Klima-Initiative „Morgen kann kommen“ des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), die die nachhaltige Wiederaufforstung lokaler Wälder vorantreibt. 21 bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken haben deshalb in den vergangenen Monaten 50.960 Setzlinge geordert, um mit dem Pflanzen von Bäumen in ihrer Region für die heimische Natur aktiv zu werden. Die Banken übernehmen so die Patenschaft für einen Wald in ihrer Nähe und leisten einen Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit.

Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) unterstützt die bundesweite Initiative der Volks-

banken und Raiffeisenbanken und begrüßt das große Engagement seiner Mitglieder: „So leis-

ten wir einen wichtigen Beitrag, um unsere Heimat zu schützen und ihre Einzigartigkeit zu erhalten. Wir alle sind gefordert, den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen“, sagte GVB-Präsident Gregor Scheller am Montag in München. „Jeder noch so kleine Setzling bringt uns diesem Ziel näher und ist ein Schritt in eine nachhaltigere Zukunft“, ist er überzeugt.

### Dem Klimawandel begegnen

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken engagieren sich bereits seit Langem durch unterschiedliche Aktivitäten für die Umwelt. „Die genossenschaftlichen Institute werden auch in Zukunft versuchen, auf kommunaler Ebene einen globalen Problem – dem Klimawandel – etwas entgegenzusetzen“, so Scheller.

### Eine Million Bäume bis 2024

Die Baumpflanzaktion wurde 2021 ins Leben gerufen und wird vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft unterstützt. Sie läuft noch bis Ende kommenden Jahres – bis 2024 sollen mehr als eine Million Bäume in ganz Deutschland gepflanzt werden. Bisher nahmen an der Pflanzaktion mehr als 140 Volksbanken und Raiffeisenbanken teil, die inzwischen bereits mehr als 570.000 Setzlinge finanziert haben. Auch einige Partner in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken beteiligten sich an der Baumpflanzaktion. „Klimaschutz und Nachhaltigkeit gehören seit jeher zur genossenschaftlichen DNA. Bäume zu pflanzen, ist eine langfristige Investition in unsere Zukunft, denn Bäume sind Klimaretter“, betonte Scheller.

### Genossenschaftsverband Bayern e.V.

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB) vertritt seit mehr als 125 Jahren die Interessen bayerischer Genossenschaften. Zu seinen 1.167 Mitgliedern zählen 208 Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 959 Unternehmen aus Branchen wie Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Sie bilden mit rund 50.000 Beschäftigten und 2,9 Millionen Anteilseignern eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat (Stand: 31.12.2021).



Forstministerin Michaela Kaniber und Wolfgang Falk, Landesinventurleiter der LWF bei einer Aufnahme zur dritten Bodenzustandserhebung. Bild: Judith Schmidhuber/StMELF

## Dem Wald in Bayern „auf den Grund gehen“

Forstministerin Michaela Kaniber startet dritte Bodenzustandserhebung

Wie entwickeln sich die Böden in Bayerns Wäldern? Das untersuchen staatlichen Stellen ab April im Rahmen der dritten Bodenzustandserhebung. An bayernweit rund 370 Inventurpunkten wird der Zustand und die Veränderung der Waldböden analysiert. Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber gab heute den offiziellen Startschuss für die Untersuchungen: „Waldböden sind wahre Multitalente: Sie sind das Fundament für gesunde Wälder und die Basis für einen funktionierenden Waldumbau. Außerdem speichern sie erhebliche Mengen an Kohlenstoff und sind damit echte Klimaschützer. Wir wollen dieses Potenzial bestmöglich nutzen, deshalb brauchen wir mehr Fakten über dieses komplexe Ökosystem“. Durchgeführt wird die Bodenzustandserhebung von Expertinnen und Experten der Bayerischen Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft (LWF).

Neben ihrer wertvollen Funktion als Kohlenstoffspeicher sind Waldböden der Ministerin zufolge auch als Wasserspeicher unverzichtbar. Die positive Wirkung zeigt sich bei Starkregen genauso wie bei anhaltenden Dürreperioden. Der Zustand der Böden ist zudem entscheidend für die richtige Baumartenwahl im Klimawandel. Um ein ganzheitliches Bild dieses verborgenen Lebensraums zu erhalten, erfassen die Forscher an den Inventurpunkten auch Daten zur Nährstoffversorgung und zum Kronenzustand der Bäume sowie zur Biodiversität.

Die bundesweite Bestandsaufnahme der Waldböden findet bereits seit den 80er Jahren etwa alle fünfzehn Jahre unter der Federführung des Bundeslandwirtschaftsministeriums statt. Sie ist Teil einer bundes- und europaweiten systematischen Stichprobeninventur. Mit den Ergebnissen der Bodenzustandserhebung wird aufgrund der umfangreichen Laboranalysen und Auswertungen allerdings erst frühestens 2026 gerechnet.

Weitere Informationen im Internet unter <https://www.lwf.bayern.de/boden-klima/bodeninventur>.



Das Team des Waldfriedhofs Landsberg am Lech hat bei Henne Nutzfahrzeuge in Heimstetten einen neuen Hansa APZ 131 als Friedhofsbagger in Empfang genommen. Der Friedhofsbagger APZ 131 ist ein handgeführter Bagger mit Allradantrieb und stufenlos steuerbarer Fahrgeschwindigkeit von 0-6 km/h, angetrieben von einem kraftvollen 4 Zylinder Kubota Motor. Für gutes Arbeitsklima sorgt eine geschlossene, beheizte Kabine, die wahlweise auch mit Schiebetür bestellt werden kann, und eine intuitive Bedienoberfläche. Die Karosserie macht das behutsame Arbeiten auf engstem Raum möglich. Die Abstützung sorgt für Stabilität und ein Niveaueausgleich ermöglicht komfortables Fahren und Arbeiten an Hanglagen. Die Spur kann mühelos und sogar während der Fahrt verstellt werden.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge



Bild: Mercedes-Benz Trucks

## Fire & Rescue

Waldbrandeinsätze am Mittelmeer, Hochwasser-Alarm an Donau und Elbe, heftige Orkane und Herbststürme in ganz Europa, dazu Hagel oder Erdbeben: Die Zahl der Naturkatastrophen nimmt weltweit zu – und mit ihnen die Groß- und Spezialeinsätze der Feuerwehren und Katastrophenschutz-Organisationen. Das bedeutet, dass die Einsatzkräfte vor immer größeren Herausforderungen stehen – und damit auch die Einsatzfahrzeuge. Kein anderer bietet unter härtesten Bedingungen ein vergleichbares Leistungspotenzial wie der Unimog: als Transportfahrzeug für Mannschaft, Material, Werkzeug und Gerät. Und vor Ort als Lösch-, Räum- oder Bergfahrzeug.

Robust, sicher und einsatzorientiert: Der Unimog erfüllt das zum Beispiel durch den gekrümmten und geschweißten Fahrzeugrahmen, Schubrohrtechnik für eine extreme diagonale Verwindung von bis zu 600 mm, große Böschung- und Rampenwinkel, Portalachsen, Allradantrieb und Differenzialsperren sowie hohe Traktion und Steigfähigkeit.

Eine Besonderheit ist die Selbstschutzanlage. Sie benetzt Reifen und Windschutzscheibe, wenn die Flammen dem Fahrzeug zu nahe kommen. Das be-

reits ab Werk erhältliche Hitzeschutzpaket beinhaltet beispielsweise die Ummantelung wichtiger Leitungen, um sie gegen Hitze und Beschädigungen zu schützen.

### Auch in schwierigem Terrain

Mit seinen einsatztaktischen Vorbereitungen – zum Beispiel der runden Dachluke zur Brandbekämpfung direkt aus dem Fahrerhaus – unterstützt der Unimog Einsatzkräfte wirkungsvoll. Und die optionale Doppel-

kabine schafft Platz für bis zu sieben Feuerwehrleute.

Der Motor- oder Getriebenebenantrieb macht aus dem Unimog das perfekte Fahrzeug zur schnellen Waldbrandbekämpfung. Das Getriebe mit Geländegruppe sorgt dafür, dass das Fahrzeug auch in schwierigem Terrain oder für „pump & roll“ mit extrem niedrigen Fahrgeschwindigkeiten betrieben werden kann.

Die Antriebstechnik ist so angeordnet, dass Wassertiefen bis 80 cm (auf Wunsch 120 cm) durchfahren werden können. Weitere Highlights sind die Reifendruck-Regelanlage TireControl plus mit den Modi „Straße“, „Sand“ und „Schlechtweg“ und das leistungsfähige Getriebe mit der Wendeschaltung Electronic Quick Reverse, der Geländeunterstützung und der elektronisch automatisierten Schaltung EAS.



## 365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

# Modellprojekt „Jugendhilfe vor Ort in Puchheim“

Einrichtung bleibt dauerhaft in der Stadt

Mitten in Puchheim, und damit nah dran an den Menschen, die Hilfe benötigen, ist die „Jugendhilfe vor Ort“. Mit der Eröffnung seiner Außenstelle in Puchheim hat das Jugendamt im Landratsamt neue Methoden in der Sozialarbeit eingeführt. Zum Projektabschluss ziehen Jugendamt und Stadt Puchheim eine positive Bilanz. Die Außenstelle soll nun eine dauerhafte Einrichtung werden.

Das Modellprojekt „Jugendhilfe vor Ort in Puchheim“ (JvO) wurde Ende 2018 ins Leben gerufen und ist zum Ende des Jahres 2021 ausgelaufen. Ziel des Projektes war es, ein Team des Jugendamtes vor Ort zu etablieren und so eine sozialräumliche Ausrichtung der Arbeit zu ermöglichen. Zur gelingenden Umsetzung kooperierten die Stadt Puchheim und der Landkreis Fürstfeldbruck miteinander: das Personal des Amtes für Jugend und Familie des Landratsamtes zog in durch die Stadt

Puchheim finanzierte Räume, die Kosten der wissenschaftlichen Begleitung durch die Katholische Stiftungshochschule München wurden hälftig geteilt. Durch die Büroräume direkt im Puchheimer Sozialraum ist es den sozialpädagogischen Fachkräften in viel höherem Maße möglich, einen engen Kontakt nicht nur zu relevanten Netzwerkakteuren, sondern auch und vor allem zu den Kindern, Jugendlichen und Familien in Puchheim aufzubauen.

Die Nähe bringt eine bessere

Qualität der Beratung mit sich: zum einen waren deutlich mehr Hausbesuche möglich, zum anderen konnten zahlreiche Familien an geeignete Stellen weitervermittelt werden, da die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes durch ihre Vernetzung im Sozialraum mehr Kenntnisse über die dortigen Angebote und Strukturen erhielten.

## Vorteile für Stadt und Landkreis

Dabei geht es nicht nur um professionelle Akteure im Jugendhilfebereich, sondern auch um Sportvereine, Kirchen, ehrenamtliche Angebote und vieles mehr. Sowohl für den Landkreis Fürstfeldbruck wie auch für die Stadt Puchheim sind durch die Etablierung der Jugendhilfe vor Ort Vorteile entstanden. Die Stadt entwickelt im Rahmen des Projektes „Kinderfreundliche Kommune“ Strukturen, die den Puchheimer Familien gute Lebensbedingungen ermöglichen; das direkt vor Ort tätige Jugendamt ist in dieser Hinsicht ein zentraler Netzwerkakteur, der durch die unmittelbare Nähe auch gut zu erreichen ist.

## Kinderfreundliche Kommune

Bürgermeister Norbert Seidl sagt dazu: „Mit der Fortführung des Modellprojekts ‚Jugendhilfe vor Ort‘ verstetigen wir eine der wichtigsten Maßnahmen aus unserem Aktionsplan ‚Kinderfreundliche Kommune‘. Eine moderne und präventiv einsetzende Kinder- und Jugendhilfe in Puchheim ist für diejenigen jungen Menschen da, die in einem schwierigen Umfeld aufwachsen, belastenden Situationen ausgesetzt sind oder drohen, von der sozialen Teilhabe abgehängt zu werden. Mit dem Jugendamt des Landkreises vor Ort ermöglichen wir jetzt wichtige und nachhaltige Verbesserungen für sie. Die Stadt Puchheim hat sich im Rahmen der

„Kinderfreundlichen Kommune“ folgende Ziele gesetzt: Schützen, Stärken, Helfen, Unterstützen, Beteiligen. Kinder und Jugendliche werden mit ihren Eltern in Puchheim künftig aktiv einbezogen und junge Menschen sollen Kinder- und Jugendhilfen aus einer Hand bekommen.“

Das Amt für Jugend und Familie konnte aus dem Puchheimer Modell Erkenntnisse ziehen, die in eine sozialräumliche Ausgestaltung des gesamten Jugendamtes gemündet sind. Von einer Nähe des Jugendamtes sollen schließlich auch die anderen Kommunen des Landkreises profitieren. Das Puchheimer JvO-Team ist inzwischen auch für die Gemeinde Eichenau zuständig. Die Räume der Puchheimer Außenstelle befinden sich in der Boshstraße 1.

Im Abschlussbericht zum Modellprojekt weist Prof. Dr. Andreas Kirchner von der Katholischen Stiftungshochschule auf eine höhere Mitarbeiterzufriedenheit und eine effizientere Arbeitsweise im Jugendamt hin, die er vor allem auf die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern Puchheims zurückführt. Dadurch sei das Jugendamt in der Lage, fachlich besser zu arbeiten und die Partizipation der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Landrat Thomas Karmasin bestätigt den Erfolg des Modellprojekts: „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Puchheimer JvO-Team arbeiten mit hoher Motivation in der Außenstelle in Puchheim und gehen mit Freude in die Arbeit. Das kommt letzten Endes den Menschen vor Ort zugute. Das ist für die Puchheimer Kinder und Familien eine positive und wichtige Entwicklung und wird in einem nächsten Schritt deshalb auf den ganzen Landkreis ausgeweitet.“

Neben dem Puchheimer Team hat das Amt für Jugend und Familie inzwischen vier weitere JvO-Einheiten etabliert, die für die Stadt Fürstfeldbruck, die Kommunen Olching und Gröbenzell, die Stadt Germering sowie die 17 kleineren Kommunen insbesondere im Westen des Landkreises zuständig sind. Daneben gibt es als zentrale Anlaufstelle des Jugendamtes die

BVI (Beratung, Vermittlung, Intervention), die unter Telefon 08141 / 51 -599 und -968 zu den Öffnungszeiten des Landratsamtes erreichbar ist.

## Gemeinsam Lösungen entwickeln

Ein zentraler Baustein, der die sozialräumliche Arbeitsweise überhaupt erst möglich gemacht hat, war die regelhafte und standardisierte Etablierung des Familienrats in die Abläufe der Jugendhilfe. Der Familienrat ermöglicht ein zuverlässig hohes Maß an Beteiligung, denn Jugendhilfemaßnahmen können nun nicht mehr über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg entschieden werden, sondern stets unter Einbezug der Familien, vor allem aber der Kinder

und Jugendlichen.

Im Familienrat treffen sich die Familien mit ihrem Netzwerk, also mit Vertrauenspersonen ihrer Wahl aus dem Umfeld, um bestmöglich über die Zukunft entscheiden und einen guten Plan ausarbeiten zu können. Unterstützung erhalten sie dabei nicht ausschließlich vom Jugendamt selbst, sondern auch noch von sozialräumlichen Ressourcen aus dem unmittelbaren Umfeld. Die Erfahrungen aus dem Modellprojekt zeigen deutlich: je mehr Akteure und Ressourcen aus dem Umfeld für die Kinder und Familien aktiviert werden können, desto besser fallen auch die Ergebnisse der Familienräte aus, desto mehr Ideen werden entwickelt, damit die betroffenen Kinder und Jugendlichen eine gute Zukunft haben. □

# Antrag auf Asyl-Leistungen jetzt auch online möglich

Bequem und ohne Wartezeit: Geflüchtete aus der Ukraine können Antrag ab sofort auch elektronisch stellen

Wer es geschafft hat, aus dem ukrainischen Kriegsgebiet zu fliehen, hat meist alles zurücklassen müssen. Neben einem sicheren Ort, an dem man erst einmal etwas zur Ruhe kommen kann, brauchen die meisten Menschen dringend Geld, um für sich und ihre Kinder sorgen zu können. Obwohl das Landratsamt das Antragsverfahren für Asylleistungen von Anfang an so unbürokratisch wie möglich gestaltet hat, kam es wegen des hohen Zugangs an Geflüchteten doch zu teils längeren Wartezeiten für die Antragsteller.

Seit Ende März können Geflüchtete aus der Ukraine den Antrag auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auch online von jedem mobilen Endgerät oder aber von einem PC aus stellen. Voraussetzung dafür ist lediglich eine E-Mail-Adresse. Der Antrag steht sowohl in deutscher, englischer als auch in ukrainischer Sprache zur Verfügung und wird dann verschlüsselt an das Landratsamt übermittelt. Der Bescheid auf Leistungsauszahlung wird dann ebenfalls als verschlüsselte, passwortgeschützte Nachricht per E-Mail an den Antragsteller gesendet.

## Antrag kann nach wie vor persönlich gestellt werden

Mit diesem elektronischen Dokument können die Geflüchteten dann zum Rathaus ihrer aktuellen Wohnsitzgemeinde (bzw. der Gemeinde, in der sie zum Zeitpunkt der Antragstellung gewohnt haben) gehen und sich – nach einer Überprüfung der Identität – die Leistungen auszahlen lassen. Darüber hinaus besteht auch die Möglichkeit einer bargeldlosen Auszahlung, wenn die Geflüchteten schon über ein deutsches Bankkonto verfügen und bereits in ihrer jeweiligen Gemein-

de melderechtlich erfasst sind. Wer den Antrag lieber persönlich stellen möchte, kann selbstverständlich weiterhin zu den Öffnungszeiten ohne Termin ins Landratsamt kommen.

## Gute, unbürokratische Hilfe

Den Antrag sowie alle Informationen zum Prozedere gibt es auf der Homepage des Landratsamtes unter [www.landkreis-muenchen.de/ukraine](http://www.landkreis-muenchen.de/ukraine). Unter dem Menüpunkt „Informationen für ukrainische Flüchtlinge im Landkreis München“ findet sich das Auswahlfeld „Leistungen erhalten“.

„Alle Abteilungen des Landratsamtes arbeiten zurzeit mit Hochdruck und größtem Engagement daran, die Aufnahme der Geflüchteten so gut und unbürokratisch wie möglich zu gestalten. Der Online-Antrag ist ein weiterer Baustein in diesem Bemühen“, kommentiert Landrat Christoph Göbel die Einführung des elektronischen Antragsverfahrens. „Wer alles verloren hat, soll sich nicht als erstes mit der deutschen Bürokratie herumschlagen müssen“, so die Meinung Göbels. „Natürlich ist das nicht an jeder Stelle möglich, aber dort, wo wir Erleichterung verschaffen können, tun wir das!“ □

## Jugendstadtrat Schrobenhausen:

# Müllsammelaktion ein voller Erfolg

Erneut organisierte der Jugendstadtrat eine seiner traditionellen Müllsammelaktionen. Am Wochenende kamen rund 40 Jugendliche zusammen, um den Innenstadtbereich zu säubern. Ob Grünfläche oder Straßenrand, die Gruppe war eifrig dabei, in Steingriff machte sich eine separate Gruppe ans Sammeln. Am Ende kam mehr als ein halber Container an Müllsäcken zusammen.

„Ich bin wahnsinnig begeistert von dem Fleiß der Jugendlichen“, lobte der Stadtjugendpfleger Benedikt Schmid. Die Mitglieder des Jugendstadtrates haben sich extra Zeit für die Aktion genommen, obwohl sie im Anschluss – wie bereits die Tage zuvor und auch danach – für die Flüchtlingshilfe im Einsatz waren. „Das ist schon beachtlich.“

## Unterstützung durch den Streetworker

Unterstützt wurden die Jugendlichen nicht nur von Schmid, sondern auch von Sa-

scha Hellwich: Der Streetworker ist mit einem Lastenfahrrad von Gruppe zu Gruppe gefahren und hat die einzelnen Müllsäcke zum Container gebracht und die Jugendlichen mit Getränken versorgt. Für die Stärkung kümmerte sich das Team des Jugendzentrums GreenHaus mit Grillfleisch und verschiedenen Salaten.

Für Benedikt Schmid und alle Beteiligten war die Müllsammelaktion ein voller Erfolg. „Es ist einfach schön zu sehen, wie begeistert die Jugendlichen bei der Sache sind. Sie kümmern sich um ihre Heimat und bringen sich mit vollem Engagement ein.“ □

# Auf dem Weg zu Klimaneutralität und einem starken Image

Metropolregion Nürnberg erhält Förderung in Höhe von insgesamt knapp 900.000 EUR für zwei neue Projekte durch das bayerische Wirtschaftsministerium

Mit zwei Projekten rüstet sich die Metropolregion Nürnberg für die Zukunft: CleanTech-Kompetenz und die nationale sowie internationale Stärkung ihres Images stehen auf der Agenda bis 2024. Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert übergab am 21. März 2022 die Förderbescheide für die beiden Projekte der Metropolregion in Höhe von jeweils 450.000 Euro. Mit Überreichung des Förderbescheids gab Wirtschaftsstaatssekretär Weigert den offiziellen Startschuss. „Die Europäische Metropolregion Nürnberg beweist in ihrer täglichen Arbeit, dass durch Beteiligung, Zusammenarbeit und Vernetzung vor Ort innovative Projekte entstehen. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Regionen entscheidend gestärkt. Ich bin überzeugt, dass alle 25 Regionalen Initiativen, die wir mit unserer Förderung unterstützen, ganz wesentlich zu gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Bayern beitragen“, sagte Roland Weigert.

Der Ratsvorsitzende der Metropolregion und Landrat des Landkreises Bamberg, Johann Kalb, dankt für die Unterstützung. „Mit der Regionalförderung nutzt das Wirtschaftsministerium die Kraft ihrer Regionen zur Stärkung der bayerischen Wettbewerbsfähigkeit. Gleichzeitig befähigt das Ministerium die Regionen, ihre Wirkungskraft zu intensivieren. Die große Aufgabe Klimaneutralität kann ohne die regionale Ebene nicht gelingen. Und auch die Stärkung der regionalen Anziehungskraft für Fachkräfte setzt eine optimale regionale Verankerung und Maßnahmen voraus“, sagt der Ratsvorsitzende.

## Technologieoffene Vernetzung

Das Projekt „CleanTech-Kompetenz: Accelerator Klimaneutralität in der Metropolregion Nürnberg“ hat das Ziel, den Wandel zur Klimaneutralität in der Region zu beschleunigen. Schon heute ist die Kernbranche von CleanTech – der Bereich Energie- und Umwelttechnologie – regional sehr gut aufgestellt. Das Projekt wird systematisch und technologieoffen Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Kompetenzinitiativen vernetzen. Dazu Rainer Kleedörfer, fachlicher Sprecher des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung der Metropolregion: „Wir haben in der Metropolregion sehr gute Voraussetzungen, die Anstrengungen zur Klimaneutralität zu beschleunigen. Etablierte Netzwerk- und Kooperationsstrukturen sowie exzellente Kompetenzen im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Sektor. Mit Mitteln der Regionalförderung des Freistaats Bayern können wir der CleanTech-Kompetenz in

der Metropolregion zusätzliche Stoßkraft verleihen“. Geplant ist auch die Etablierung eines Clean Tech Innovation Days.

Damit erhält das Leitbild für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung der Region einen weiteren Schwerpunkt. Das Projekt wird von vier Experten-Netzwerken der Metropolregion gemeinschaftlich umgesetzt: den Foren Wirtschaft und Infrastruktur, Verkehr und Planung, Wissenschaft sowie Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung.

## Anziehungskraft steigern und Fachkräfte gewinnen

Das zweite Projekt widmet sich der Entwicklung einer Marketing-Strategie und deren erfindungsreicher Umsetzung. Ziel ist es, Talente aus Deutschland und aller Welt in die Region zu ziehen und hiesige Fachkräfte zu binden. Über die eigenen regionalen Stärken weiß man aufgrund langjähriger Imagearbeit und die Imagekampagne „Platz für...“ eine ganze Menge.

„Die Metropolregion Nürnberg steht schon heute für eine dynamische Balance zwischen attraktiven Karrierechancen und hoher Lebensqualität. Das ist ihrem ausgewogenen Stadt-Land-Mix zu verdanken: Eng ineinander verflochten finden sich Städte unterschiedlicher Größe und attraktive ländliche Räume in Reichweite!“, sagt Peter Ottmann, Sprecher des Forums Marketing der Metropolregion Nürnberg und CEO der NürnbergMesse Group.

Gezieltes Ausspielen von informierenden, beratenden und unterhaltenden Inhalten (Content-Marketing) soll neue nationale und internationale Zielgruppen erreichen und die Attraktivität der Region aufzeigen und erlebbar machen. □

# „Wir sind Heimat – Vielfalt leben vor Ort“

Bezirk Oberbayern lobt Inklusionspreis 2022 aus  
Bewerbungsfrist bis 20. Mai

„Wir sind Heimat – Vielfalt leben vor Ort“: Unter diesem Motto lobt der Bezirk Oberbayern den Inklusionspreis 2022 aus. Der Bezirk möchte diesmal Projekte und Initiativen auszeichnen, die sich für ein barrierefreies Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen, insbesondere in den Bereichen Kultur, Umwelt, Natur und Mobilität in den oberbayerischen Kommunen einsetzen. Die Bewerbungsfrist läuft vom 28. März bis 20. Mai 2022.

Bewerben können sich ab sofort gelungene Initiativen und Projekte, die Aktivitäten eines vielfältigen heimatlichen Lebens von Menschen mit und ohne Behinderungen stärken. Ziel ist es, den Prozess der Inklusion aktiv voranzutreiben. Preiswürdige Ideen können auch vorgeschlagen werden.

„Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen findet in Familien, Vereinen, Dörfern und Städten statt. Das heimatliche Leben ist geprägt von Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen“, sagte Bezirkstagspräsident Josef Mederer. „Mit dem Inklusionspreis 2022 wollen wir deshalb Initiativen vor Ort auszeichnen, die ein wertschätzendes Miteinander aller Menschen ermöglichen und in Kultur, Natur, Umwelt und Mobilität Inklusion leben.“

Die Ausschreibungsunterlagen sind auf der Homepage des Bezirks Oberbayern unter [www.bezirk-oberbayern.de/inklusionspreis](http://www.bezirk-oberbayern.de/inklusionspreis) eingestellt. Es gibt die Auslobung und den Bewerbungsbogen auch in Leichter Sprache.

Der Inklusionspreis zum Motto „Wir sind Heimat“ war bereits 2020 ausgeschrieben worden, wegen der Corona-Pandemie wurde die Auslobung jedoch um zwei Jahre auf 2022 verschoben. Der Preis wird heuer zum fünften Mal vergeben. Die Preisvergabe ist im November 2022 in München. Das Preisgeld beträgt 10.000 Euro. Es kann auf maximal drei Preisträger verteilt werden. Eine Fachjury trifft die Auswahl unter den eingehenden Bewerbungen. Ihr gehören neben dem weiteren stellv. Bezirkstagspräsidenten Michael Asam Mitglieder der Fraktionen, der Freien Wohlfahrtspflege und Vertretungen der Selbsthilfe sowie eine Hörfunkjournalistin an. □



Auf Initiative der CSU-Landtagsfraktion wird das Projekt „Virtuelles Gemeindegewerk“ der regionalwerke GmbH & Co. KG vom Freistaat mit 400.000 Euro gefördert. Diese gute Nachricht überbrachten die CSU-Landtagsabgeordneten Helmut Radlmeier (2.v.l.), Josef Zellmeier (3.v.l.) und Dr. Petra Loibl regionalwerke-Geschäftsführer Andreas Engl (r.) und dem kaufmännischen Leiter Dr. Andreas Wieser (2.v.r.) sowie Sebastian Öllerer, Netzwerkmanager des Landshuter Gründerzentrums LINK. Bild: René Spanier

Landkreis Landshut:

## Leuchtturmprojekt kann entwickelt werden

CSU erreicht Förderung für Aufbau des Gemeindegewerks

Die regionalwerke sind ein regionaler Energieversorger aus dem Landkreis Landshut. Hauptziel ist jedoch die Entwicklung innovativer Geschäftsmodelle im Rahmen der Energiewende. Eines davon ist das Forschungsprojekt „Virtuelles Gemeindegewerk“. Es wird in diesem Jahr vom Freistaat mit einer kräftigen Förderung bedacht, wie die Landtagsabgeordneten Dr. Petra Loibl, Helmut Radlmeier und Josef Zellmeier (alle CSU) bei ihrem Besuch im Landshuter Gründerzentrum LINK verkündeten.

„Mit dem Konzept der virtuellen Gemeindegewerks sollen die Vorteile eines Stadtwerks aufs Land gebracht werden – und zwar für jede Gemeinde“, beschrieb Andreas Engl, Geschäftsführer der regionalwerke, die Idee. „Jeder Bürgermeister ist froh, wenn er ein Stadtwerk hat. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Stadtverwaltung wird entlastet, Fachexperten stehen zur Verfügung, Überschüsse werden an die Stadt ausgeschüttet und die kostengünstige Energieversorgung sichergestellt.“

Zum ersten Mal umgesetzt werden soll das Konzept im Landkreis Landshut. „Hier bei uns entsteht die Blaupause für ganz Bayern. Wir wollen zeigen, wie sich Gemeinden interkommunal organisieren können. Gemeinsam werden Risiken sowie Kosten minimiert und das Wertschöpfungspotenzial erhöht“, so Engl.

Region Landshut als Vorbild

Vergleichbar mit einem App-Store soll eine Plattform aufgebaut werden. Über sie könne jede Gemeinde, jeder Bürger und jedes Unternehmen die gewünschten Dienstleistungen buchen, informierte Engl. Ein Bei-

spiel für die Möglichkeiten eines solchen gemeinsamen Kommunalunternehmens ist der Ausbau der Energiewende und die Organisation einer regionalen und erneuerbaren Energieversorgung. So könnte beispielsweise der Strom von ausgeführten EEG-Anlagen regional eingekauft und anschließend vor Ort vermarktet werden.

Wertschöpfung bleibt vor Ort

Dass eine solche Innovation ideelle und finanzielle Unterstützung benötigt, versteht sich von selbst. Hierzu überbrachten die Abgeordneten Dr. Petra Loibl, Helmut Radlmeier und Josef Zellmeier den regionalwerken die lang ersehnte Nachricht: Das gemeinsame Werben für das Konzept war erfolgreich, teilten die Abgeordneten mit. „Auf Initiative der CSU-Landtagsfraktion wird der Freistaat die Projektentwicklung mit 400.000 Euro unterstützen“, führte Zellmeier, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags aus. Der Haushaltsausschuss hat dem schon zugestimmt, weshalb von der endgültigen Zustimmung durch

das Plenum des Landtags Anfang April ausgegangen werden kann, so Zellmeier.

Die Förderung ist das Ergebnis einer langen Zusammenarbeit: Schon seit 2019 unterstützen die Abgeordneten Radlmeier und Loibl die Idee des virtuellen Gemeindegewerks. „Es freut mich sehr, dass wir dieses zukunftsweisende Projekt unterstützen können. Wir haben lange darauf hingearbeitet. Mit einem virtuellen Gemeindegewerk bietet sich die Chance, die Wertschöpfung in vielen Bereichen in der Region zu halten“, erläuterte Helmut Radlmeier. „Dass die Idee dahinter aus unserem Landshuter Gründerzentrum kommt und bayernweit ausgerollt werden kann, macht das Konzept natürlich besonders unterstützenswert“, so Radlmeier.

„Gerade mit Blick auf den turbulenten Energiemarkt bietet ein virtuelles Gemeindegewerk Chancen. Mit dem Konzept virtueller Gemeindegewerks könnten Gemeinden in Zukunft lokal erzeugten Strom auch vor Ort vermarkten. Für die vielen Anlagen, die aus der EEG-Förderung fallen, ist das eine interessante Option“, bekräftigte Loibl.

Die Abgeordneten wollen weiter im engen Kontakt mit den Verantwortlichen der regionalwerke bleiben und die weitere Entwicklung begleiten. Für den ländlichen Raum könnten sich mit dem Konzept Zukunftschancen eröffnen. Dank der Förderung stehe die Tür dafür nun weit offen, war man sich einig. □

EU-Kohäsionspolitik:

## Europäische Kommission genehmigt erste Interreg-Programme

Die ersten Interreg-Programme des Programmplanungszeitraums 2021–2027 wurden von der Kommission genehmigt; sie umfassen drei Programme der „Europäischen territorialen Zusammenarbeit“ mit Investitionen in Höhe von über 481 Mio. EUR. Genehmigt wurden die Programme „Interreg Mitteleuropa“, die „Interreg Österreich – Deutschland (Bayern)“ und „Interreg Deutschland (Bayern) – Tschechien“. Die Mittel werden entsprechend den Prioritäten der EU für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Europa zugewiesen.

Elisa Ferreira, EU-Kommissarin für Kohäsion und Reformen, erklärte: „Ich freue mich, dass die ersten Interreg-Programme des Zeitraums 2021–2027 inzwischen angenommen wurden. Die Zusammenarbeit steht im Mittelpunkt des europäischen Projekts, und mit Interreg wird dieser Gedanke in konkrete Maßnahmen vor Ort umgesetzt. Interreg-Programme veranschaulichen das Wesen und die Stärke der europäischen Integration: Durch die Finanzierung einer engen Zusammenarbeit in den Grenzregionen und über Mitgliedstaaten hinweg tragen diese Programme dazu bei, dass die Menschen gemeinsame Herausforderungen gemeinsam anstatt jeder für sich angehen.“

Einzelheiten der Interreg-Programme

Die Mittelausstattung von Interreg Mitteleuropa beläuft sich auf insgesamt 280,7 Mio. EUR. Die Hälfte dieser Mittel wird für grüne Investitionen bereitgestellt, z. B. für die Steigerung der Energieeffizienz, die Anpassung an den Klimawandel oder die Ökologisierung der städtischen Mobilität; fast ein Drittel fließt in Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovationskapazitäten in Mitteleuropa. Ein weiterer Programmschwerpunkt wird die Verbesserung der Verkehrsverbindung von ländlichen Gebieten und Randgebieten sowie die Verbesserung der Governance für die integrierte territoriale Entwicklung sein.

Die Mittelausstattung von Interreg Österreich – Deutschland (Bayern) wird sich auf insgesamt 76,9 Mio. EUR belaufen und folgende Schwerpunkte betreffen: zukunftssichere Wirtschaft, widerstandsfähige Umwelt, nachhaltiger Tourismus, integrierte regionale Entwicklung und grenzübergreifende Governance. Fast ein Drittel der Mittel fließt in die Entwicklung von Forschungs- und

Innovationskapazitäten, mehr als ein Fünftel in klimabezogene Maßnahmen.

Die Mittelausstattung von Interreg Deutschland (Bayern) – Tschechien beläuft sich auf 123,8 Mio. EUR. Mit fast einem Drittel der Mittel werden Kultur und nachhaltiger Tourismus im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung, soziale Inklusion und soziale Innovation unterstützt; weitere Investitionsschwerpunkte sind der Schutz und die Erhaltung der Natur, der biologischen Vielfalt und der grünen Infrastruktur sowie die Verbesserung des gleichberechtigten Zugangs zu inklusiven und hochwertigen Dienstleistungen in der Bildung.

Nächste Schritte

Interessierte Akteure in den betroffenen Gebieten werden aufgefordert, die bevorstehenden Aufforderungen zur Einreichung von Projektvorschlägen, die auf den Websites der Programme veröffentlicht werden, aufmerksam zu verfolgen.

Hintergrund

Seit jeher gibt es im Zentrum Europas große wirtschaftliche Unterschiede, und Interreg eignet sich besonders dafür, Brücken zwischen Regionen und Menschen zu bauen. Interreg wird dazu beitragen, die betroffenen Regionen bei der Umsetzung des ökologischen und digitalen Wandels in der EU stärker voranzubringen.

Im Programmplanungszeitraum 2021 – 2027 stehen für die sechste Generation von Interreg-Programmen insgesamt fast 10 Mrd. EUR zur Verfügung.

Interreg gliedert sich in vier Aktionsbereiche:

- grenzübergreifende Zusammenarbeit (Interreg A),
- transnationale Zusammenarbeit (Interreg B),
- interregionale Zusammenarbeit (Interreg C) sowie
- Zusammenarbeit der Gebiete in äußerster Randlage mit benachbarten Gebieten (Interreg D).

Weitere Informationen

- Europäische territoriale Zusammenarbeit
- Interreg-Programm Mitteleuropa
- Interreg-Programm Österreich – Deutschland (Bayern)
- Interreg-Programm Deutschland (Bayern) – Tschechien
- Fragen und Antworten zur EU-Kohäsionspolitik □

## Bürgermeisterwahlen in Bayern

Neue Rathauschefs in Blaibach (Landkreis Cham) und Fischbachau (Landkreis Miesbach): In der Regentalgemeinde holte die ehemalige Skirennläuferin Monika Bergmann für die Freie Wählergemeinschaft Blaibach im ersten Wahlgang mit 53,5 Prozent den Sieg. Für die weiteren Kandidaten Volker Fischer (CSU-Freie Bürger) und Waltraud Oberberger (SPD) votierten 36,9 Prozent bzw. 9,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Die Bürgermeisterwahl war nötig geworden, weil der vormals amtierende Rathauschef Wolfgang Eckl im Herbst vergangenen Jahres überraschend verstorben war. Die Wahlbeteiligung lag bei 73,3 Prozent.

Nachdem Johannes Lohwasser (Freie Wähler) das Amt des Bürgermeisters in Fischbachau 2021 vorzeitig niedergelegt hatte, war der Weg nun frei für den CSU-Kandidaten Stefan Deingruber, der 90,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Bereits im Jahr 2000 war der Bauamtsleiter für die CSU ins Rennen um das Bürgermeisteramt gegangen. Damals unterlag er dem SPD-Kontrahenten Franz Sellmayr. Die Wahlbeteiligung in der oberbayerischen Gemeinde betrug 32,7 Prozent. DK

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

TV BAYERN  
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE  
NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER  
NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

## GZ ZU GAST BEI ...

**Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?**  
Ich bin Oberbürgermeister der Stadt Fürth mit fast 130.000 Einwohnern.

**Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?**

Mein Amt habe ich am 1. Mai 2002 angetreten und bin seitdem hauptamtlich tätig.

**Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?**

Zuvor war ich Landtagsabgeordneter beziehungsweise Rechtsanwalt. Meinen Beruf übe ich nicht mehr aus.

**Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?**



### Dr. Thomas Jung

Oberbürgermeister der Stadt Fürth,  
Erster stv. Vorsitzender  
des Bayerischen Städtetags

Der Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen, bestand und besteht in der Möglichkeit vor Ort Entwicklungen voranzubringen zu dürfen.

**Wie haben Sie sich vorbereitet?**

Auf diese Aufgabe habe ich mich durch zehn Jahre ehrenamtliche Tätigkeit im Fürther Stadtrat vorbereitet.

**Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?**

Bei meinem Amtsantritt als OB lag die Hauptherausforderung in der Sanierung der Fürther Innenstadt und ihrer Attraktivitätssteigerung. Da konnte bereits viel erfolgreich umgesetzt werden.

**Welche Themen beschäftigen Sie momentan?**

Aktuelle Herausforderungen sind nach wie vor die Überwindung der Corona Krise mit ih-

ren negativen Auswirkungen auf Handel, Gastronomie und Kultur, und ganz brisant: die Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine.

**Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?**

Ein weiteres Projekt, das uns für viele Jahre beschäftigen wird, ist der Klimaschutz. Ebenso ist die Digitalisierung der Verwaltung eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre.

**Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?**

Jüngeren Kolleginnen und Kollegen empfehle ich letztlich immer nach gesundem Menschenverstand zu entscheiden und weniger nach parteipolitischen Überzeugungen oder ideologisch. Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Projekte versuche ich immer in einem breiten Konsens mit viel Dialog und Gesprächen umzusetzen. Das hat es mir bislang auch erspart, dass Entscheidungen im Rathaus durch Bürgerentscheid korrigiert wurden.

**Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**

Die Digitalisierung wird weniger die Kommunalpolitik beeinflussen, als die kommunale Verwaltung. Dennoch wird auch die Politik im Zeitalter der Digitalisierung andere Formen des Ausdrucks und des Dialogs finden müssen.

**Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**

Ein hohes Maß an Gottvertrauen hilft bei jeder Entscheidungsfindung und ist immer wieder auch Grundlage für meine Entscheidungen.

**Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?**

Ich möchte gerne als Oberbürgermeister in Erinnerung bleiben, der die Stadt Fürth auf Augenhöhe mit den Nachbarstädten Erlangen und Nürnberg geführt hat.

## LEP-Fortschreibung in der Kritik

Entwurf zur 15. Fortschreibung des Regionalplans Südostoberbayern stößt auf Ablehnung

Auf große Vorbehalte stoßen bei nicht wenigen Bürgermeistern die derzeitige Fortschreibung des LEP mit Blick auf den Entwurf zur 15. Fortschreibung des Regionalplans Südostoberbayern, Region 18. Darin wird festgelegt, dass die Siedlungsentwicklung nur auf Gemeinden über 5.000 Einwohner und auf Orte mit ÖPNV-Anbindung konzentriert werden solle. „Im Prinzip wird hier eine versteckte Gebietsreform über das LEP und den Regionalplan umgesetzt, der die Entwicklung der kleineren Gemeinden verhindert“, äußert sich unter anderem Martin Lackner, Bürgermeister der Gemeinde Engelsberg (Landkreis Traunstein). Der Landesentwicklungsplan greift aus seiner Sicht zu stark in die Planungshoheit der Gemeinde ein. Deshalb habe ihn der Rat in der aktuellen Form abgelehnt.

Mit der vorliegenden Fortschreibung im LEP würden die Einschränkungen für die kleinen Gemeinden genauso gelten wie beim Regionalplan, in-

formiert Lackner. Die Entwicklung der kleinen Gemeinden zu verhindern, bedeute auch, einen Eingriff in das Grundrecht der Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger in Bayern sowie eine Grundrechtsverletzung zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern vorzunehmen. Die Selbstverwaltungsgarantie sei damit stark eingeschränkt. Die Gemeinde Engelsberg lehne dies ab. Man werde sich dieses Ansinnen nicht gefallen lassen und mit anderen betroffenen Kommunen zusammenschließen, unterstreicht der Rathauschef.

### Beschneidung der kommunalen Entscheidungshoheit

Auch nach Auffassung von Hans Jörg Birner, Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags Kreisverband Traunstein und Bürgermeister der Gemeinde Kirchanschöring, würde die „Fortschreibung des Regionalplans der Region Südostoberbayern“ zu einer Beschneidung der kommunalen Entscheidungshoheit führen. „Wie soll sich eine Gemeinde so weiterentwickeln?“ fragt er sich, „es bleibt überhaupt kein Gestaltungsspielraum.“ Auch stören ihn „unbestimmte Begriffe und „undeutliche Formulierungen“ im Entwurf. Birner begrüßt, dass der Planungsausschuss mit den betroffenen Kommunen in Kontakt getreten ist, um noch vor Ostern in einer Vollversammlung den Entwurf zu besprechen. Zwei Drittel der Kommunen im Landkreis Traunstein seien betroffen, so der Kreisverbandsvorsitzende.

Bedenklich findet auch das Präsidium des Bayerischen Gemeindetags einige Aussagen des Entwurfs der aktuellen LEP-Fortschreibung. Denn anders als es die Teilüberschriften des Eckpunktebeschlusses des Ministerrats suggerieren, führten die neuen Festlegungen nicht zu einer Stärkung der ländlichen Räume, sondern eher zu einer Entlastung der Verdichtungsräume.

### Gefährliche Etikettierung

In dem Entwurf werde ein Gedanke des Konservierens des ländlichen Raums sowie ein Befeuern der Entwicklung der Zentren postuliert. Der Bayerische Gemeindetag hält diese irreführende Etikettierung für gefährlich und kontraproduktiv für das eigentlich verfolgte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Der Kommunalverband sieht die Gefahr, dass die durch die Landesregierung nunmehr verfolgte Idee der Landesentwicklung einen weitestgehenden Entwicklungsstopp für zahlreiche Grundzentren, Landgemeinden und deren Ortsteile zur Folge hat, zu einer weiteren Belastung und Überhitzung von angespannten Verdichtungsräumen führt und durch immer weitergehende Begutachtungsanforderung in Planungsprozessen eine „Bau-Entscheidung“ herbeigeführt wird.

Die neuen Festlegungen werden sich auch bei der Überar-

beitung der Regionalpläne niederschlagen, befürchtet Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl. „Derartige Leitgedanken können nicht im Interesse einer ausgewogenen und einer fairen, vom Subsidiaritätsprinzip getragenen und räumlich gerechten Landesplanung liegen, so dass wir Grund zur Annahme haben, dass sich die Staatsregierung bei der aktuellen LEP-Fortschreibung des Primats der Politik entledigt hat und diese inhaltlich einzig und allein der Verwaltung übertragen hat“, stellt Brandl fest und ergänzt: „Vor ziemlich genau elf Jahren legte der Zukunftsrat der Bayerischen Staatsregierung einen Bericht vor, wonach der ländliche Raum geschlossen und die Städte zu Leistungszentren ausgebaut werden sollten. Er verschwand richtigerweise im Giftschrank.“

### Brandls Déjà-vu

„Wir erleben gerade ein Déjà-vu und eine Einführung dieser Ideen durch die Hintertür. Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land, ein vor Ort gelebtes Subsidiaritätsprinzip und eine offene Chancengleichheit für alle Städte und Gemeinden. Das hat die Landesplanung zu leisten. Nicht ein Konservieren des Landes und Befeuern der Zentren.“

DK

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern

**Herausgeber:**  
Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chafin vom Dienst  
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel  
Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**  
Sebastian Franz (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Anzeigen und Vertrieb:**

Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-12  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022

**Anzeigenschlusstermine:**  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugpreis Inland:**  
€ 76,10 zzgl. MWST.

**Sammellabo ab 10 Lieferanschriften:**  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWST.

**Sammellabo ab 10 Zeitungen:**  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

**Kündigung:**  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:**  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel

**Druck und Auslieferung:**  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

### Große Kreisstadt Eichstätt:

## Kommune sorgt für besseren Handyempfang

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert hat gemeinsam mit dem Eichstätter Landrat Alexander Anetsberger und der Zweiten Bürgermeisterin Elisabeth Gabler-Hofrichter den offiziellen Spatenstich für den Bau des Mobilfunkmastes in Eichstätt-Buchenhüll gesetzt. Die 45 Meter hohe Sendeanlage entsteht mit Unterstützung des bayerischen Mobilfunk-Förderprogramms und wird von den Netzbetreibern Vodafone und Telefónica mit LTE und 5G ausgestattet. Dadurch verbessert sich die Mobilfunkversorgung für die Bewohner Buchenhülls und entlang der Jurahochstraße zwischen Eichstätt und der A9 deutlich.

Weigert: „Eichstätt macht vor, wie eine Kommune eigenständig für einen besseren Handyempfang sorgen kann. Ich freue mich sehr, dass wir durch unser Mobilfunk-Förderprogramm den Bau des Sendemasts mit 500.000 Euro substantiell unterstützen können. Entscheidend ist aber die örtliche Ebene. Die Stadt hat das Projekt von der Standortsuche über die Bauplanung bis hin zur Genehmigung im Eiltempo umgesetzt. Das zeigt, dass wir Funklöcher schnell schließen können, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen.“

Der Wirtschaftsstaatssekretär verwies auf die breit angelegte bayerische Mobilfunkinitiative, die den Netzausbau im Freistaat beschleunigt hat. „Wir sind eine Gigabitgesellschaft. Bayern braucht flächendeckend ein hoch-

leistungsfähiges Mobilfunknetz. Deshalb schieben wir beim Mobilfunk enorm an“, betonte Weigert. So habe sich der Freistaat für strenge Versorgungsaufgaben bei der Frequenzauktion 2019 eingesetzt, die bei den Netzbetreibern eine enorme Ausbaudynamik auslösten. Durch den Mobilfunkpakt mit den Netzbetreibern seien 1.000 Masten mehr gebaut worden, als gesetzlich vorgesehen. Und das Mobilfunk-Förderprogramm schließe Funklöcher dort, wo der Ausbau durch die Netzbetreiber aufgrund der rechtlichen Rahmendaten unterbleibt. „Unsere Bemühungen zeigen Wirkung. Allein in den vergangenen beiden Jahren sind über 10.000 Funkmasten in Bayern ausgebaut oder neu installiert worden. Wir beseitigen konsequent die weißen Flecken in der Netzversorgung.“

Eichstätt Landrat Alexander Anetsberger unterstrich: „Mit dem neuen Mobilfunkmast in Eichstätt-Buchenhüll wird ein entscheidender Impuls für die mobile Kommunikation und Datenübertragung in unserer Region gesetzt. Auch umliegende Gemeinden, Unternehmen wie Privathaushalte und Autofahrer auf der Jurahochstraße zwischen Eichstätt und der A9 werden davon profitieren. Der Spatenstich ist ein wichtiger Meilenstein in der Mobilfunkversorgung unserer Region, die Stadt Eichstätt hat als eine der ersten Gemeinden in Bayern mit ihrem Antrag 2019 offensiv eine vorausschauende Entscheidung getroffen. Unsere Kreisstadt hat sich hier als starker Partner des Freistaats erwiesen, und ich als Landkreischef bin stolz darauf, dass wir das Mobilfunkförderprogramm zur Stärkung von Wirtschaftsstandort und Lebensqualität in dieser Weise als einer der ersten in Bayern nutzen können. Ein gutes Mobilfunknetz ist ein entscheidender Faktor, wenn es um die Attraktivität des ländlichen Raums geht.“

Christian Schilling, Leiter Politischer Kommunikation Vodafone in Bayern, erklärte: „Mo-

bilfunk ist ein Stück Lebensqualität und zugleich ein wichtiger Infrastruktur-Faktor für die heimische Wirtschaft und für Arbeitsplätze. Und die Bürger nutzen die Netze sehr gerne – etwa um soziale Medien zu nutzen, Events aus Kultur und Sport im Live-Stream zu verfolgen oder sich in Nachrichtenportalen zu informieren. Der mobile Datenverkehr wächst auch in Bayern rasant – mit einer jährlichen Steigerungsrate von aktuell mehr als 25 Prozent im Vodafone-Netz. Dieser starken Nachfrage der Bevölkerung tragen wir und alle Beteiligten Rechnung, indem – wie hier in Eichstätt-Buchenhüll – Funklöcher geschlossen und mobile Datenautobahnen ausgebaut werden.“

### Mobilfunk-Förderprogramm

Mit 130 Millionen Euro im Mobilfunk-Förderprogramm ergänzt das Bayerische Wirtschaftsministerium die Bemühungen der Mobilfunkanbieter zur Schließung der verbleibenden Versorgungslücken. Das Programm hilft Kommunen beim Bau von Funkmasten mit bis zu 500.000 Euro. Dadurch können bisher unwirtschaftliche Gebiete erstmals mit Mobilfunk versorgt werden. 137 bayerische Städte, Märkte und Gemeinden haben bislang einen Förderantrag gestellt und 92 davon den Förderbescheid erhalten. Darüber hinaus haben die Netzbetreiber im Rahmen von Markterkundungen bereits für fast 470 Gemeinden einen eigenwirtschaftlichen Ausbau zugesagt. Das entspricht einem Gegenwert von 200 Millionen Euro, ohne dass Fördergelder benötigt werden. In Bayern versorgen die Mobilfunknetzbetreiber inzwischen über 99 Prozent der Haushalte mit LTE, 90 Prozent haben bereits Zugriff auf den modernsten Standard 5G. Bayern ist auch das erste Bundesland, das seit Herbst 2019 die Versorgungsqualität entlang der Autobahnen und ICE-Strecken selbstständig nachmisst und prüft.



Spatenstich für den Bau des geförderten Mobilfunkmastes in Eichstätt-Buchenhüll (v.l.): Christian Schilling (Leiter Politischer Kommunikation Vodafone in Bayern), Alois Scherer (Baufirma FUCHS Europoles), Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert, Eichstätts Zweite Bürgermeisterin Elisabeth Gabler-Hofrichter, Herbert Benker (Planungsbüro Tele-Plan Ingenieurbüro GmbH) und Landrat Alexander Anetsberger. Bild: StMWI

Projekt RessourcenRegionEUREGIO+:

## Beispiele guter Praxis

Gemeinden und ihre Regionen besitzen ein großes Potenzial, um zu einer ressourcenschonenderen Zukunft beizutragen. Um sie dabei zu unterstützen, haben die Euregio Salzburg-Berchtesgadener Land-Traunstein, die Regio Berchtesgadener Land – Traunstein sowie das Ressourcen Forum Austria das Projekt „RessourcenRegionEUREGIO+“ durchgeführt. Darin wurde das abstrakte Thema praxisnah und handlungsorientiert für Kommunalpolitiker und alle politisch Verantwortlichen aufbereitet und aufgezeigt, welche große Rolle die Kommunen, Städte und Regionen für eine effiziente Kreislaufwirtschaft spielen.

Eine aktuelle Broschüre zum Projektabschluss zeigt nunmehr einige Beispiele guter Praxis in der Grenzregion zwischen Österreich und Bayern auf. Als besonders relevant wurden dabei die kommunalen Handlungsfelder Wiederverwenden, Reparieren und Recyceln, Energie und Wärme, Mobilität, Landwirtschaft und Lebensmittel, Effiziente Flächeninanspruchnahme, Unternehmen bei Kreislaufwirtschaft unterstützen, Kreislauffähiges Bauen, Öffentliche Beschaffung und Schließen der (Ab)Wasser-Kreisläufe dargestellt.

### Grenzüberschreitende Re-Use-Potenzialanalyse

Beispiel Grenzüberschreitende Re-Use-Potenzialanalyse: Im Rahmen eines EUREGIO-Kleinprojekts ließen der Regionalverband Flachgau-Nord sowie die Landkreise Traunstein und Berchtesgadener Land durch die pulswerk GmbH eine Machbarkeitsstudie für die grenzübergreifende Region erstellen, um zu prüfen, ob ein oder mehrere Standorte für Re-Use-Zentren Potenzial haben. Zentrale Fragen dabei waren: Welche Strukturen brauchen Re-Use und Repair? Und: Wie können bestehende Re-Use-Angebote rechtskonform gestaltet werden?

Neben einer umfassenden Literatur- und Projektrecherche bildeten durchgeführte Stichproben den Kern der Potenzialanalyse. Im Schnitt waren zwischen 10 und 12 Prozent der Eingänge leicht Re-Use-fähig. Weitere 5 bis 7 Prozent der Eingänge waren mit Aufwand Re-Use-fähig, was in etwa ein Potenzial von 1 bis 2 kg je

Einwohner pro Jahr an marktgängigem Material bringt.

Wichtig zur Wiederverwendung ist vor allem die Vorbereitung hierzu. Im Rahmen der Studie wurden drei Szenarien zur Umsetzung aufbereitet:

- die gemeinsame Onlineplattform bestehender Angebote,
- die Sammlung durch Verbände separat, Vorbereitung zur Wiederverwendung durch externe Partner sowie gemeinsame Dachmarke,
- Sammlung durch Verbände separat, Vorbereitung zur Wiederverwendung durch einen externen Partner, getrennte Verkaufstandorte unter gemeinsamer Marke.

Für eine erfolgreiche Wiederverwendung müssen viele Aspekte wie die Auswahl der Produktgruppen, eine gemeinsame Marke oder die richtige Logistik berücksichtigt werden. Daher gehen die drei Partnerregionen zunächst einen Schritt nach dem anderen und prüfen die Umsetzung des ersten Szenarios.

### Kirchanschöring

Beispiel Kirchanschöring (Landkreis Traunstein): In dem Wissen, dass ein nachhaltiges Beschaffungswesen zentral für das Gemeinwohl ist, hat die Gemeinde mehrere innovative Schritte gesetzt. Beim Beschaffungswesen der Gemeinde gibt es keinen „Gesamteinkauf“. Die Beschaffungen werden von den jeweiligen, damit beauftragten Mitarbeiterinnen getätigt. Mit dieser wurde zuerst eine Analyse des Beschaffungs-Status Quo hinsichtlich Umweltbewusstsein, Gütesiegeln, Gesundheit, Regio-

nalität und sozialer Nachhaltigkeit durchgeführt. Dazu wurden die Beschaffungen in zehn unterschiedlichen Kategorien von Bürobedarf über die Abfallentsorgung bis zu Dienstreisen und Lebensmitteln betrachtet.

Auf Basis der Ist-Analyse wurde in der Folge ein Großteil der bisherigen Lieferanten der Gemeinde mit einer Befragung zum Thema Nachhaltigkeit kontaktiert. Einerseits um sie als Multiplikator mit einer beispielhaften Zusammenstellung ökologischer (und sozialer) Herausforderungen entlang einer Lebenszyklusbetrachtung und anerkannter Zertifikate zu sensibilisieren und andererseits, um detaillierte Informationen zum Umgang der Lieferanten mit den ökologischen Herausforderungen bei Rohstoffgewinnung und Produktionsprozess (z.B. Wasser-, Energieverbrauch, Emissionen, Abfallvermeidung, Flächenverbrauch), Nutzung (Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit, Ersatzteilverfügbarkeit, Energieeffizienz, etc.) und Entsorgung (z.B. Recyclebarkeit) zu erhalten.

Auf Basis der Lieferantenbefragung unterzog man viele Produkte einer Risikoanalyse und bewertete ihre sozialen und ökologischen Auswirkungen in Abhängigkeit des Haushaltsvolumens. Schließlich wurden durch ein internes Team Maßnahmen zur Reduzierung der Risiken vorgeschlagen.

Fazit: Das Bewusstsein der Beschaffer in der Gemeinde ist groß. Zusätzlich wurden sie im Rahmen einer interkommunalen Arbeitsgemeinschaft zum Thema nachhaltige Beschaffung in den Bereichen Bürobedarf und Bauen geschult. Um das Wissen über die Produkte und das Bewusstsein bei den Lieferanten weiter zu erhöhen, sind künftig Lieferantenerhebungen angedacht. Mit Partnerkommunen erarbeitet man nach Vorarlberger Vorbild eine nachhaltige Beschaffungsplattform, wie Bürgermeister Hans-Jörg Birner betont. **DK**

## Den Landkreis zukunftsfähig aufstellen

Auftakt zum Jubiläum „50 Jahre Landkreis Regensburg“

Vor 50 Jahren, im Jahr 1972, vollzog sich in Bayern die Gebietsreform. Zunächst auf der Ebene der Landkreise, anschließend bei den Gemeinden. Von zuvor 143 Landkreisen blieben 71 übrig. Der Landkreis Regensburg blieb, veränderte aber seine Gestalt und Größe. Das 50-jährige Jubiläum in der jetzigen Form feiert der Landkreis Regensburg mit mehreren über das Jahr verteilten Aktionen und Veranstaltungen. Den Auftakt bildete ein Vortrag des Trend- und Zukunftsforschers Matthias Horx im Foyer des Landratsamtes, der anhand einiger Aspekte einen Blick in die Zukunft wagte.

Die Zuwächse bzw. Abtretungen im Zuge der Neugestaltung des Landkreises im Jahr 1972 erwähnte in seiner Eröffnung Martin Lindner (TVA), der Moderator der Veranstaltung. So kamen etwa im Nordwesten und -osten Gemeinden aus den bisherigen Landkreisen Parsberg und Burglengenfeld zum Landkreis Regensburg. Dieser musste im Osten Kommunen an die Landkreise Cham und Straubing abgeben, ebenso Orte an die Stadt Regensburg. Im Süden kam mit Schierling eine Gemeinde aus dem bisherigen Landkreis Mollersdorf dazu. „Beim Wachstum und den Arbeitsplätzen gehört der Landkreis Regensburg zu den Top Ten in Deutschland“, merkte Lindner an, was auch an der Verzahnung zwischen der Stadt und dem Landkreis Regensburg liege.

### Damals und heute

Viele Bürgermeister, Kreisräte aller Fraktionen sowie Vertreter aus Wirtschaft und Verbänden hieß Landrätin Tanja Schwei-

ger in ihrer Begrüßung willkommen. Auch sie blickte zurück – sogar weiter als die fünf Jahrzehnte. Denn erstmals tauchte der Landkreis Regensburg 1939 auf, zuvor waren die Bezirksämter die entsprechende Einrichtung. Während des Zweiten Weltkriegs, in der Nachkriegszeit und in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland hatte der Landkreis „unterschiedliche Strukturen“, so die Landkreischefin. Einschneidend sei die 1972 vollendete Landkreise reform gewesen. Zum Landkreis Regensburg kamen Gemeinden aus den bisherigen Landkreisen Parsberg, Burglengenfeld, Mollersdorf und Rottenburg an der Laaber. Anhand einiger Zahlen beschrieb Schweiger die Entwicklung: 37.000 zugelassenen Fahrzeugen im Jahr 1972 stehen 2021 knapp 198.000 gegenüber. Die Einwohnerzahl wuchs von 130.000 auf 195.000, Radwege scheint es 1972 nicht oder nur wenig gegeben zu haben. Von 1990 bis heute vergrößerte sich das Netz von 32 auf 72 Kilometer. Stark zuge-

nommen hat auch die Zahl der Schüler (1972: 1700 – 2021: über 5000), wobei die Landrätin besonders auf die in den letzten 50 Jahren neu gebauten Schulen (Realschule Obertraubling, Gymnasien Neutraubling und Lappnersdorf, Förderzentrum Hemau) verwies – und auf die seit 1868 existierende Landwirtschaftsschule. Als Meilensteine nannte sie die Ansiedlung von BMW, den Bau des Universitätsklinikums, die „zukunftsfähige Aufstellung“ des RVV und die Fusion der Sparkasse (Stadt und Landkreis Regensburg).

### Blick in die Zukunft

Von einer zweiten Zeitenwende nach Corona sprach angesichts des Krieges in der Ukraine der Trend- und Zukunftsforscher Matthias Horx. Grundsätzlich gab er den Rat, Herausforderungen anzunehmen und als Chancen zu sehen. „Krisen machen vieles deutlicher, rücken vieles klarer“, stellte er fest. Als wichtiges Element in Krisenzeiten sieht er die Kreativität und – gerade jetzt im Ukraine-Krieg – die Zusammenschlüsse. Er verdeutlichte, dass sich zu den jüngsten Megatrends (z.B. Urbanisierung, Globalisierung, Individualisierung, Outsourcing) nun Gegen-trends entwickeln, woraus Zukunftssynthesen entstehen können: GLokalisierung, Re-Sour-

## GZ PINOS WELT



Der Krieg gegen die Ukraine und die dort lebenden Menschen hält uns weiter in Atem, da ist es tröstlich zu wissen, dass es in unserer Republik noch andere wichtige Dinge gibt, die die Aufmerksamkeit fesseln können. Dazu gehört ganz sicher der Kampf gegen jede Form von Rassismus. Das mag jetzt aus der Feder einer Rassekatze etwas ungewöhnlich klingen, da wir Katzen uns ja mächtig auf unsere Abstammung zugutehalten, aber Rassismus als Abwertung eines anderen Menschen aufgrund seiner Hautfarbe oder seines Herkommens ist doch was Ekliges.

Was ich jetzt gelernt habe ist, dass man als Mensch schon Rassist ist, wenn man Bräutchen oder Verhaltensweisen einer anderen Kultur adaptiert. Und zwar auch dann, wenn man etwas adaptiert, weil man es schätzt und ehren will. Also wenn eine weiße Sängerin die

### Der neue Kulturtotalitarismus

aus ästhetischen Gründen durchaus zu hinterfragenden, aus verfilzten Haaren bestehenden Dreadlocks trägt, muss sie sich, so erst in Hannover geschehen, nicht wundern, wenn sie unter dem Vorwurf der kulturellen Aneignung nicht vor den woken Kids von Fridays for Future singen darf. Dreads dürfen nur dunkelhäutige Menschen tragen – punktum. Herrlich, wie verbohrt und apodiktisch schon Teens sein können. Natürlich auch uninformiert, denn sein Haar verfilzt zu tragen war schon am Hof des Dänenkönigs Christian IV der demier crie, ganz zu schweigen von den pffiffigen Soldaten der frühen Neuzeit, die verfilztes Haar im Nacken zum Schutz vor Säbelhieben trugen.

Es mag daran liegen, dass ich ein alter Kater bin, aber mir ist dieses Konstrukt der kulturellen Aneignung einfach nicht eingängig. Will denn ein dunkelhäutiger Amerikaner, der sich für einen Wiesnbesuch (für alle, die es in der Pandemie vergessen haben sollten: Die Wiesn war mal ein großes Volksfest in München) einen Trachtenanzug anzieht, seine Verachtung für die bayerische Kultur ausdrücken? Darf denn dann wenigstens der dunkelhäuti-

ge Mann, der im Schwabinger Krankenhaus geboren und in Neuhausen aufgewachsen ist, den Trachtenanzug tragen? Denn der ist ja zweifellos ein Bayer.

Ziemlich ratlos stehe ich auch vor dem sogenannten blackfacing, einer anderen Variante angeblicher kultureller Aneignung, die von Aktivistinnen und Aktivistinnen zellisch bekämpft wird. Dabei geht es darum, dass sich hellhäutige Menschen schwarze Farbe ins Gesicht schminken, um wie ein dunkelhäutiger Mensch zu wirken. Das hat eine lange Tradition bei den Sternsängern, denn die populäre Vorstellung geht davon aus, dass die Drei Weisen aus dem Morgenland aus zwei hellhäutigen und einem dunkelhäutigen König bestanden. Warum auch nicht?

Dann geht es in die Gefilde des Dramas und der großen Oper. Shakespeare hat den Titelheld seines Stückes „Othello, der M. von Venedig“ (so wohl die neue korrekte Schreibweise, da Mohr mittlerweile leider auch zum rassistischen Wort erklärt wurde) als dunkelhäutigen Mann angelegt, genau wie Verdi seinen Otello. Seit Entstehung der Stücke wurde in der Regel ein Schauspieler oder ein Sänger im Gesicht dunkel geschminkt, um der Rolle gerecht zu werden.

Was ist zu tun? Nachdem mittlerweile auch Mädchen bei den Sternsängern mitmachen dürfen, kann man auch drei weiße Kinder ins Rennen schicken und wir zeigen halt nicht mehr, dass in unserer traditionellen Vorstellungswelt schwarze Menschen sowohl Weise als auch Könige sein konnten. Und die hohe Kunst? Da müssen wir es wohl in Zukunft wie das Münchner Gärtnerplatztheater machen, das einen Entrüstungssturm heraufbeschwor, als es die Rolle eines afroamerikanischen Jazzmusikers in einer 20er-Jahre-Oper mit einem weißen Bariton besetzte und ihm das Gesicht schwarz färbte: Der Bariton singt fortan ungeschminkt.

Ob das jetzt die BIPOC (Black, Indigenous, People of Color) hierzulange glücklich macht? Oder die Aktivistinnen milder stimmt? Macht es die Welt zu einem besseren Ort? Mir jedenfalls fällt Helmut Qualtinger ein: „Toleranz ist vor allem die Erkenntnis, dass es eh keinen Sinn hat, sich aufzuregen.“

### Ihr Pino

50 Jahre Großgemeinde Poppenhausen

## Ein starkes Stück fränkische Heimat

Am 1. Juli 1971 schlossen sich Hain, Kronungen, Kützbberg, Maibach, Pfersdorf und Poppenhausen zur Großgemeinde Poppenhausen zusammen. Eigentlich sollte dieses Ereignis am 3. Juli 2021 groß gefeiert werden. Doch machte auch hier Corona einen Strich durch die Rechnung. Nachdem die Perspektiven für 2022 für Festivitäten wieder positiv erscheinen, laufen inzwischen die Vorbereitungen für das Jubiläumsevent „Honky Tonk® goes Dorf“ im Juli auf vollen Touren.

In den Wochen vor dem eigentlichen Honky Tonk® ist laut Bürgermeister Ludwig Nätischer eine „Roadshow“ durch die Gemeindeteile geplant. Mit einer fahrenden Gastronomie und Livemusik werden alle sechs Orte Teil der Jubiläumsfeierlichkeiten. Ziel sei es, dass sich Poppenhausen mit der Veranstaltung

originell und innovativ präsentiert, serviceorientiert, kurzum als guter Ort für Familien und als Gemeinde mit hoher Wertschätzung für seine Vereine.

### 1250-jährige Geschichte

Tatsächlich leben in den sechs Gemeindeteilen Tradition und Brauchtum, die in einer teilweise über 1250-jährigen Geschichte begründet sind. Darüber hinaus sind in den Dörfern aber auch ein lebendiger Wandel und eine Aufgeschlossenheit gegenüber künftigen Entwicklungen gegenwärtig.

Laut Rathauschef Nätischer zeichnet sich die Gemeinde Poppenhausen durch einen landkreisübergreifenden Gewerbe-park an der A 71, zusammen mit der Gemeinde Oerlenbach, aus. Mit diesem interkommunalen Gewerbegebiet streben die beiden Gemeinden eine Verringerung des Flächenverbrauchs und eine Minimierung interkommunaler Konkurrenz an. Hier stehen auch noch freie Gewerbenutzflächen zur Verfügung.

Auch als Teil der Interkommunalen Allianz Oberes Wernthal, in der sich insgesamt zehn

Mitgliedsgemeinden gemeinsam für eine zukunftsfähige Entwicklung der Region engagieren, blickt Poppenhausen über den Tellerrand hinaus. Dabei geht es sowohl um die wirtschaftlichen Perspektiven als auch um die Verbesserung der Lebensqualität und die Nutzung und Bewahrung von naturräumlichen und kulturhistorischen Potenzialen des Oberen Wernthals.

Die Allianz wurde als „staatlich anerkannte Öko-Modellregion“ ausgezeichnet, in der die ökologische Landwirtschaft gestärkt und die Vermarktung regionaler Erzeugnisse vor Ort gefördert werden. Ein vorbildliches Beispiel dafür ist neben den beliebten Hofläden in Maibach und Kronungen (mit regionalen Bio-Erzeugnissen) auch die im Landkreis einmalige „Milchtankstelle“ in Maibach.

Mit Stolz blickt der Bürgermeister zudem auf die Aufforstung von Gemeindewald mit einer Investitionssumme in Höhe von 350.000 Euro und eine neue Patenschaft mit einer Kompanie der Bundeswehr. Nätischer zufolge bleibt seine Gemeinde wie bereits seit 2008 auch heuer wieder schuldenfrei. Prägend sei die Sanierung der Wernthalhalle, für deren Instandsetzung über 3,7 Millionen Euro veranschlagt sind.

Weitere Großprojekte wie der Bau der neuen Kindertagesstätte in Kützbberg (1,3 Millionen Euro) und die Sanierung der Rathäuser in den Ortsteilen Maibach und Kronungen stünden 2022 und in den Folgejahren an. Kräftig investiert werde zudem in den eigenen Bauhof und in die Feuerwehren. Für die Brücke in Hain werden 2022 und 2023 über eine halbe Million Euro aufzuwenden sein. **DK**

Sicherung der Zukunftsfähigkeit Oberfrankens:

## Best Practice-Beispiele für Akteure aus der Region

Den demografischen Wandel mitgestalten und dabei vor allem die Daseinsvorsorge sichern und qualitativ ausbauen, lautet das Credo des Demografie-Kompetenzentrums Oberfranken, ein Projekt der Entwicklungsagentur Oberfranken Offensiv e.V. Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, hat es sich das Kompetenzzentrum zur Aufgabe gemacht, Kommunen, Unternehmen und lokale Initiativen bei der Sicherung der Zukunftsfähigkeit Oberfrankens zu unterstützen. Deshalb werden regelmäßig interessante Best Practice-Beispiele für Akteure aus der Region vorgestellt.

Beispiel „Bayreuth. Bühne für Wirtschaft“: Ziel der 2020 gestarteten Kampagne (Träger: Stadt Bayreuth, Wirtschaftsförderung) ist es, die Region als Karrierestandort sichtbar zu machen. Immerhin zählt Bayreuth zu den 78 dynamischen Groß- und Mittelstädten Deutschlands. Schwerpunkte des ausschließlich kommunal finanzierten Projekts sind die Vermarktung der Region in ausgewählten Quellgebieten, ein „Onboarding-Prozess“ über den „Welcome Service Bayreuth“, und die Bindung von Arbeitskräften in der Region (Neubürger-Veranstaltungen, Services für Schüler, Studenten etc.).

Ein bisher deutschlandweit einmaliges Kulturangebot an wechselnden Standorten in der Fränkischen Schweiz ist „Klappstuhl- KulTour“. Dieses 2021 gestartete Projekt (Träger: Klappstuhl- KulTour e.V.; Finanzierung: private Gelder, Regionalbudget 2021, Spenden; Budget: ca. 5.000 Euro plus laufende Kosten) eröffnet neue Räume für die Kunst und somit ungeahnte Bühnen, zum Beispiel in Gewerberäumen, Ladenlokalen, leerstehenden Gebäuden, Höfen und Gärten. Das Programm soll den Einstieg in kulturelles Interesse leicht machen und Menschen durch unterschiedliche

Veranstaltungen in vielen Genres unterhalten. Die Darsteller und Künstler nutzen die Möglichkeiten vor Ort. Zudem bringt jeder Gast seine eigene Sitzgelegenheit mit. Auch besteht die Möglichkeit, vor Ort Klappstühle und kleine Klappstische auszuleihen. Der Eintritt erfolgt in der Regel auf Spendenbasis. Die Besonderheit sind der direkte Genuss und unmittelbare Eindruck. Reduziert auf ein Minimum liegt der Fokus auf dem Künstler. Authentisch, nahbar und direkt.

### Entdeckertour Marktkeugast

Die Heimat spielerisch kennenzulernen, Neues zu entdecken und Heimatverbundenheit zu wecken, ist das Ziel des Projekts „Entdeckertour Marktkeugast“ (Träger: Verein für offene Jugendarbeit Marktkeugast; Startfinanzierung: 80 Prozent aus Regionalbudget der ILE FMB, 20 Prozent aus Eigenmitteln des Vereins, laufende Kosten aus Eigenmitteln des Vereins; Startbudget: ca. 2.500 Euro). So sollen spannende, lustige und skurrile Geschichten sowie Hintergründe zu Festen, Religiösem, Gewerbe und Industrie oder der Natur rings um die Heimatgemeinde für Familien, Kindern und Jugendlichen und Senioren zugänglich gemacht werden. Mit der Entdeckertour wird Marktkeugast vor Ort auf eigene Faust erkundet.

Interessierte loggen sich mit dem Smartphone über den QR-Code in die kostenlose Web-App



Im Adalbert Stifter Saal des Sudetendeutschen Hauses in München wurde die Jahreshauptversammlung des Landesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bayerns mit Neuwahlen durchgeführt. Nach dem Wahlvorgang stellten sich die Gewählten den Fotografinnen und Fotografen. Das Bild zeigt v.l. Beisitzer Toni Dutz (Wiesau), Beisitzer Kurt Aue (Augsburg/Königsbrunn), Stellv. Landesvorsitzender Bernhard Moder (Neumarkt), Stellv. Landesvorsitzende und Landesfrauenreferentin Dr. Sigrid Ullwer – Paul (Burglengenfeld), Beisitzerin Dorith Müller (Nürnberg), Stellv. Finanzreferent Dieter Heller (Roth), Stellv. Landesvors. Eberhard Heiser (Forchheim), Stellv. Landesvors. und Vermögensverwalterin Hannelore Heller (Roth), Landesvorsitzender Steffen Hörtler (Bad Kissingen), Schriftführer Günther Wohlrab (Marktkredwitz), Beisitzer Dr. Wolfgang Theissig (Ampfing), Kassenprüfer Andreas Pawel (Waldkraiburg) und Kassenprüferin Kriemhild Heller (Markt Rettenbach), nicht im Bild Stellv. Landesvors. u. Kulturreferentin Margarethe Michel (Pegnitz) und Beisitzerin Hildrun Barthlme (Kleinostheim).

Bild: Alexander Klein

ein, damit sie digital Rätsel lösen und Punkte sammeln können, um an weitere spannende Standorte in Marktkeugast geführt zu werden. Die Verknüpfung mit einem Instagram-Account ist die erste Erweiterung des dynamischen Projektes. Durch Kooperation mit Institutionen, Vereinen und Einrichtungen soll das Angebot an Entdeckertouren weiter ausgebaut werden. So hat jede Gruppe die Möglichkeit, eine thematische und auf die jeweilige Zielgruppe individuell zugeschnittene Tour einzubringen. So könnte z.B. für den Heimat- und Sachunterricht ein entsprechender Rundgang konzipiert und in eine Schulstunde integriert werden.

Beispiel „Kaffeebohnen in der Pfandflasche“: Die kleine Kaffee-

rösterei Garten Café aus Hollfeld veredelt direkt gehandelte Kaffeebohnen und engagiert sich aktiv für die Direktvermarktung in der Fränkischen Schweiz. Um Verpackungsmüll zu vermeiden aber dennoch die frisch gerösteten Kaffeebohnen aroma- und luftdicht zu verpacken, hat sie eine einfache und gleichzeitig geniale Idee entwickelt: Die Kaffeebohnen werden in braune 1-Liter Milch-Pfandflaschen abgefüllt, die in jedem Supermarkt zurückgegeben werden können (Finanzierung: Regionalbudget ILE Neuburg 80 Prozent Budget 10.000 Euro). Ziel ist es, vielen Verbrauchern die Nutzung von Mehrweg auch bei Lebensmitteln zu ermöglichen, die sonst üblicherweise in Wegwerf-Verpackungen im Handel sind.

Zum 2021 gestarteten Projekt gehört auch der Wissenstransfer und Austausch mit anderen Direktvermarktern, um diese ebenfalls zum Umdenken in Richtung Müllvermeidung und Pfandsysteme zu bewegen und zu ermutigen. Schließlich sind das Netzwerke und der Austausch mit Gleichgesinnten ein großes Anliegen der Kaffee-Rösterei. Das Konzept wird bereits von der Initiative „let's go Mehrweg“ des Landkreises Bayreuth als Vorzeigeprojekt beworben. Die Waren sind demnächst in sämtlichen Supermärkten und Dorfläden der Region erhältlich. Auch dank Social Media Auftritten und verschiedenster Einzelaktionen erfreut sich das Projekt bereits jetzt eines wachsenden Bekanntheitsgrads. **DK**

### Vorschau auf GZ 8/2022

In unserer Ausgabe Nr. 8, die am 14. April 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management
- Kommunaler Bau
- Krankenhäuser, Pflegeheime, Gerontotechnik, Rehabilitation
- Schulen, Kindergärten, Horte, Spielplätze
- Kommunale Museen und Bibliotheken

#### Abzeichen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

**Fahren Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

#### Bau

**ERLUS AG**  
Hauptstraße 106  
D-84088 Neufahrn/NB  
T 08773 18-0  
F 08773 18-113  
www.erlus.com

**ERLUS**  
Qualität aus Deutschland

#### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN KOCH COBURG**  
www.fahren-koch.de info@fahren-koch.de

**Fahren Koch**  
Thüringer Fahnenfabrik GmbH  
Querstrasse 8  
96450 Coburg  
Tel.: 09561-5527-0  
Fax: 09561-552723

**FAHNEN KÖSSINGER**  
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling  
Tel: 09451 9313-0 • www.fahren-koessinger.de

Fahnen  
Maste  
Roll-Ups  
Bekleidung  
uvm.

#### Glasfaserausbau

**UG Glasfaserausbau**  
powered by Allianz

**VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.**

Jetzt UG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2022 sichern unter: **0800 410 1 410 111**

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

#### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL BRUNNENSERVICE**  
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

#### Energiedienstleistung

**erdgas schwaben**  
sicher, günstig, nah  
[erdgas-schwaben.de](http://erdgas-schwaben.de)

#### Erneuerbare Energien

**LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN** **juwi**

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

**juwi AG** · Martha Müller · 0711/900357-72 · windimwald@juwi.de · [www.juwi.de](http://www.juwi.de)

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:

f i t t w y

#### Informationssicherheit und Datenschutz

**insidas**  
INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSICHERHEIT

Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet? Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit.  
Tel.: 0871 205494-0 oder [vertrieb@insidas.de](mailto:vertrieb@insidas.de)

[www.insidas.de](http://www.insidas.de)

#### Kommunale Fachmedien

**Wegweisend bei Wissen.**

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

[www.schweitzer-online.de](http://www.schweitzer-online.de) **schweitzer**  
Fachinformationen

#### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
Telefon 08171.9307-12  
[steer.monika@gemeindezeitung.de](mailto:steer.monika@gemeindezeitung.de)

#### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

#### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) **Bayern Grund**

#### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

#### GZ Akademie

Termine unter:  
[www.gemeindezeitung.de/akademie](http://www.gemeindezeitung.de/akademie)



#### Kommunalfahrzeuge

**Für jeden der richtige Unimog.**  
Bei Ihren Profis in der Region.

**Henne Nutzfahrzeuge GmbH**  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

**Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)

**Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

**Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)

**Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

**KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

#### Kommunalfinanzierung

#### Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)



#### KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf  
Kommunales Leasing  
für Mobilien und Immobilien  
[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



#### Kommunen kompetent erreichen:

[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

#### Recyclingbaustoffe

**BAUSTOFF RECYCLING BAYERN**  
[www.baustoffrecycling-bayern.de](http://www.baustoffrecycling-bayern.de)